Tür an Tür
Haus an Haus

Nachbarschaften in der historischen Stadt

Historische Stadtkerne
im Land Brandenburg

Auf gute Nachbarschaft

Im Frühjahr 1992 hat sich die Arbeitsgemeinschaft „Städte mit historischen Stadtkernen" des Landes Brandenburg mit dem Ziel gegründet, die historischen Stadtkerne vor dem Verfall zu retten, die historische Bausubstanz zu bewahren und mit neuem Leben zu füllen. Inzwischen zu einer festen Institution im Land Brandenburg gewachsen, beteiligte sich die Arbeitsgemeinschaft im Jahr 2014 am Themenjahr von Kulturland Brandenburg „PREUSSEN - SACHSEN - BRANDENBURG. nachbarschaften im wandel".

Unter dem Motto „Tür an Tür und Haus an Haus – Nachbarschaft(en) in der historischen Stadt" haben die Mitgliedsstädte der Arbeitsgemeinschaft vielfältige Projekte und Veranstaltungen durchgeführt. So wurde erlebbar, was Nachbarschaft in der Vergangenheit und in der Gegenwart bedeutet, welche äußeren Einflüsse eine Nachbarschaft - heute wie damals - bestimmen, welche politischen und behördlichen Entscheidungen Einfluss nehmen auf die Gestaltung des städtischen Zusammenlebens und welchen Einfluss Zu- und Abwanderung auf die Zusammensetzung von Nachbarschaften hat.

Historische Stadtkerne
im Land Brandenburg

ISBN 978-3-00-047888-8

Tür an Tür und Haus an Haus Nachbarschaft(en) in der historischen Stadt

Tür an Tür
Haus an Haus

Nachbarschaften in der historischen Stadt

Historische Stadtkerne
im Land Brandenburg

Tür an Tür und Haus an Haus

Nachbarschaft(en) in der historischen Stadt

Tür an Tür und Haus an Haus: Nachbarschaft ist bis heute beinahe eine Alltäglichkeit. Dabei ist sie jedoch alles andere als selbstverständlich. Das diesjährige Motto der Arbeitsgemeinschaft „Städte mit historischen Stadtkernen" des Landes Brandenburg zeigt vielmehr: Um eine gelingende Nachbarschaft muss man sich offensichtlich bemühen.

So ist eben Nachbarschaft nicht gleich Nachbarschaft. Hier wird um sie gestritten, dort wird ihr in Eintracht nachgelebt. Nachbarschaft selbst wandelt sich, weil die sozialen und räumlichen Beziehungen in einem Haus, in einem Stadtteil und sogar die Stadtgestalt selbst im Lauf der Geschichte Veränderungen unterliegen.

Die in diesem Themenband versammelten elf Beiträge nähern sich aus unterschiedlichen Perspektiven städtischer Nachbarschaftsgeschichte und zeigen dabei u. a., wie Nachbarschaften zu guten Teilen bis heute aus der städtetypischen Parzellenstruktur der Grundstücke, aus Bebauungsweisen und Straßenreihen hervorgeht. Ergänzt wird dieser Blick durch „Zeugnisse gelebter Nachbarschaft", die aufzeigen, was ein Leben in Quartieren heute ausmachen kann.

Tür an Tür und Haus an Haus

Nachbarschaften in der historischen Stadt

Themenbuch 2014

Herausgegeben von der Arbeitsgemeinschaft
»Städte mit historischen Stadtkernen« des Landes Brandenburg.
2014

Inhaltsverzeichnis

Michael Knape
Vorwort 8

Brigitte Faber-Schmidt
Vorwort 10

EINLEITUNG

Hathumar Drost
Altstadtlust 14
Herausforderung für historische Stadtkerne

Heinz-Dieter Heimann
Wir alle sind Nachbarn? 18
Soziale Beziehungen im Wandel der historischen Stadt und Nachbarschaften

Hans-Joachim Stricker
Auf Nachbarschaft gebaut heißt gut gebaut! 24
Ein Erfolgsrezept für die lebendige Stadt

ALTE NACHBARSCHAFTEN

Joachim Müller
Neue Nachbarn: 28
Historische Aspekte von Nachbarschaft in Brandenburg an der Havel

Markus Hennen
Gelebte Nachbarschaft 36
Der Wittstocker Markt, die gute Stube der Stadt

Marlies Donath
Die „Noppern" in Luckau 38
Nachbargemeinschaften mit Tradition

Rainer Baatz
Gelebte Nachbarschaft 44
Baugemeinschaften an der Alten Brauerei in Potsdam Babelsberg zur Revitalisierung einer Gewerbebrache

Elfi Czaika
100 Jahre Sandberg in Belzig 46

Tourist-Information Dahme/Mark
Gelebte Nachbarschaft 52
Das Stadtquartier Klosterhof in Dahme/Mark

Sascha Bütow
Vielheit statt Einheit: 54
Nachbarschaften im historischen Stadtkern von Beeskow

NEUE NACHBARSCHAFTEN

Julia Binder
Place matters! 60
Gedanken zum Umbau des Museums Neuruppin

Stadt Doberlug-Kirchhain
Gelebte Nachbarschaft 64
Das Schloss Doberlug

Rainer Lehmann
Alte Nachbarhäuser – neue Hausnachbarn 66

Bettina Brandt
Gelebte Nachbarschaft 74
Das Spree-Chalet in Lübbenau/Spreewald

Monika Fenn/Christopher Brandt
»Time-Travel-Treasures« 76
Eine Mobile-Learning-App zur Erkundung des historischen Altlandsberg

AUSBLICK

Albrecht Göschel
Nachbarschaft in kleinen Städten Brandenburgs 82
Zur alltäglichen Bewältigung eines historischen Umbruchs

UNTER NACHBARN...

Impressionen 96

ANHANG

Autorenverzeichnis 122

Quellennachweis 124

Impressum 128

Brandenburgkarte 131

Michael Knape

Vorwort

Vor nunmehr 23 Jahren hat sich unsere Arbeitsgemeinschaft mit dem Ziel gegründet, die historischen Stadtkerne vor dem Verfall zu retten, die historische Bausubstanz zu bewahren und mit neuem Leben zu füllen. Inzwischen hat sich die Arbeitsgemeinschaft zu einer festen Institution im Land Brandenburg und zunehmend auch in der gesamten Bundesrepublik entwickelt. Dennoch befinden sich die Mitgliedsstädte auf einer gemeinsamen Reise, die vor über 20 Jahren begonnen wurde und deren Ende noch nicht erkennbar ist. Weiterhin gilt es – trotz all der großen Erfolge – die erreichten Sanierungserfolge zu sichern, weitere nicht genutzte und perspektivisch vom Verfall bedrohte Denkmale zu retten und wertvolle städtebauliche Ensembles mit Nutzungen zu beleben. Bei allen Anstrengungen, die notwendig sind um einzelne Gebäude zu erhalten und das Stadtbild als Ganzes zur Geltung zu bringen, ist eines klar: Eine passfähige Nutzung von Gebäuden ist immer die beste Lösung. Denn: Nutzungen bringen Menschen und damit Leben in die Stadt.

Früher wussten die Menschen in den Städten, wer rechts oder links des eigenen Grundstücks lebt, wer gegenüber wohnt und wo welche Waren und Dienstleistungen angeboten werden. Nachbarschaft war immer auch der Inbegriff einer Bedarfsgemeinschaft oder neudeutsch eines sozialen Netzwerks. Und heute? Heute sind die historischen Stadtkerne perfekte Wohnstandorte, sie bieten Raum für kleingewerbliche Aktivitäten, für bürgerschaftliches Engagement, für Feste und Feiern. Kurz: Sie bieten alles, was eine zeitgemäße Nachbarschaft wertvoll macht und sind auch in Zukunft eine zentrale Basis für die soziale Entwicklung unserer Städte.

Bereits zum 10. Mal beteiligten wir uns an Kulturland Brandenburg. Das 2014er-Thema „PREUSSEN – SACHSEN – BRANDENBURG. nachbarschaften im wandel" bot hinreichend Anknüpfungspunkte dafür. „Tür an Tür und Haus an Haus - Nachbarschaften in der historischen Stadt" – das Jahresthema der Arbeitsgemeinschaft im Jahr 2014 knüpft direkt an das Vorjahresthema 2013 „Alte Stadt –jugendfrei?!" an. Die jungen Menschen haben uns 2013 in vielfältiger Weise deutlich gemacht, dass ihnen historische Stadtkerne etwas bedeuten, dass diese trotz Internet für sie der Inbegriff von Heimat sind. Da galt es näher hinzuschauen. Was bedeutet eigentlich Nachbarschaft in historischen Stadtkernen? Wie prägen frühere Nachbarschaftsbezüge unser gebautes Umfeld und wie gestaltet sich das Zusammenleben im historischen Stadtkern heute?

Beispiele gewünscht? Die vorliegende Publikation zeigt eindrucksvoll, welche Nachbarschaften für ein lebendiges Miteinander der Generationen im historischen Umfeld sorgen, und gibt auch Zeugnis, wie Nachbarschaften in der Vergangenheit überhaupt entstanden sind. Wussten Sie beispielsweise schon, dass die Stadt Bad Belzig aus zwei Siedlungskernen besteht und die Stadt heute eigentlich den Namen Bad Sandberg tragen müsste? Diese und andere spannende Anekdoten können Sie nun nachlesen.

Wir wünschen uns, dass wir Sie mit unserem Buch neugierig auf einen Besuch unserer historischen Stadtkerne gemacht haben und heißen Sie selbstverständlich gern herzlich willkommen. Vor Ort erwartet Sie lebendige Geschichte zum Anfassen. Neben Straßencafés, urigen Kneipen und regionalem Gewerbe präsentieren die Stadtkerne auch ein vielseitiges kulturelles Programm. Ob mittelalterliches Treiben, Burgfeste, Freilufttheater, Konzerte oder Stadt- und Hoffeste, die historischen Stadtkerne haben einiges zu bieten und freuen sich auf Ihren Besuch. Und wer weiß… vielleicht gefällt es Ihnen ja so gut in unseren Städten, dass Sie auch bald einer unserer Nachbarn werden?!

Geschichte zum Anfassen. Foto: Erik-Jan Ouwerkerk.

Brigitte Faber-Schmidt

Vorwort

„PREUSSEN – SACHSEN – BRANDENBURG. nachbarschaften im wandel", so lautet der Titel des Themenjahres Kulturland Brandenburg 2014, das damit die Erste Brandenburgische Landesausstellung in Doberlug-Kirchhain unter dem Motto „Preußen und Sachsen. Szenen einer Nachbarschaft" thematisch aufgreift, komplementär unterstützt und über zahlreiche Projekte mit unterschiedlichen Partnern in das gesamte Land trägt.

Anlass für die Landesausstellung und Kulturland Brandenburg, die wechselvollen Beziehungen zwischen Sachsen und Preußen in den Blick zu nehmen, stellt der Wiener Kongress vor 200 Jahren dar, in dessen Ergebnis 1815 große Teile Sachsens an Brandenburg-Preußen fielen. Dazu gehörten das heutige Südbrandenburg mit der Niederlausitz sowie die Hälfte der Oberlausitz. Per Federstrich wurden sächsische Bürger nun zu Preußen. Noch heute bezeichnen sich einige Bewohner Süd-Brandenburgs augenzwinkernd als „Musspreußen".

Zentrale Projekte des Kulturland-Themenjahres stellen die so genannten „Korrespondenzausstellungen" dar, Ausstellungsvorhaben, die in besonderer Weise regional und thematisch, zum Teil am authentischen Ort, Aspekte der Landesausstellung vertiefen. Insgesamt gibt es acht Korrespondenz-Projekte in Brandenburg, in Bad Liebenwerda, Cottbus-Branitz, Finsterwalde, Kloster Zinna, Lauchhammer, Luckau, Lübben und Senftenberg, sowie drei in Sachsen, in Bautzen, Görlitz und Kamenz.

Es ist jedoch auch in diesem Jahr erklärtes Ziel von Kulturland Brandenburg, möglichst viele Regionen des Landes in das Themenjahr einzubeziehen und so wurden mit Partnern Konzepte entwickelt, die eine breite Teilnahme an der Dachmarke ermöglichen. Einen besonderen Ansatz hat dabei die Arbeitsgemeinschaft „Städte mit historischen Stattkernen" entwickelt, die sich nunmehr bereits zum elften Mal an den Themenjahren von Kulturland Brandenburg beteiligt. Unter dem Motto „Tür an Tür und Haus an Haus – Nachbarschaften in der historischen Stadt" rücken die sechs beteiligten Mitgliedsstädte die baulichen Strukturen in den Mittelpunkt ihrer Jahresaktivitäten, die exemplarisch für die Ausbildung von Nachbarschaften stehen. Dabei werden unterschiedliche Perspektiven beleuchtet, – mal, quasi wie mit einem Zoom, ein Stadtquartier betrachtet, mal der Blick über innerstädtische und Stadtgrenzen hinweg gerichtet.

Es wurde den Fragen nachgegangen, was „Nachbarschaft" in der Vergangenheit und in der Gegenwart bedeutet, welche Einflüsse eine Nachbarschaft prägen und welche Folgen mit steigender Mobilität oder auch mit Zu- und Abwanderung verbunden sind. Es werden Brüche und Kontinuitäten dargestellt und dabei unter anderem eindrucksvolle Beispiele bürgerschaftlichen Engagements aufgezeigt, die die Identität der Bürger, aber auch die Lebensqualität einer Stadt und ihrer Quartiere widerspiegeln.

Mit Ausstellungen, mit Infotafeln im öffentlichen Raum, mit interaktiven Stadterkundungsangeboten für unterschiedliche Zielgruppen, mit Vorträgen und weiteren Angebotsformaten wird das Thema in einem breiten Spektrum aufgearbeitet. Auch die Aktion „Denkmal des Monats" orientiert sich erneut an der thematischen Schwerpunktsetzung der Kulturland-Beteiligung der Arbeitsgemeinschaft.

Die Arbeitsgemeinschaft „Städte mit historischen Stadtkernen" hat das Thema „Nachbarschaften im Wandel" fokussiert und den Blick auf konkrete Nachbarschaften gerichtet, – also gewissermaßen eine Verdichtung des Themas vorgenommen und damit den inhaltlichen Bogen der Projekte im Kulturland Brandenburg 2014 auf interessan-

Postsäule Bad Belzig © Kulturland Brandenburg 2014. Foto: Jürgen Hohmuth/zeitort.de.

te Weise bereichert. Die Brandenburgische Gesellschaft für Kultur und Geschichte gGmbH, Kulturland Brandenburg, hat sich erneut für die überaus konstruktive Zusammenarbeit bei der Geschäftsstelle der Arbeitsgemeinschaft und den einzelnen beteiligten Städten sowie für die wissenschaftliche Unterstützung bei dem Historischen Institut der Universität Potsdam herzlich zu bedanken.

Den beteiligten Städten wünschen wir mit ihren Angeboten viel Erfolg und zahlreiche interessierte und begeisterte Besucher, die dann gern zu Wiederholungstätern werden dürfen.

Historische Stadtkerne
im Land Brandenburg

Einleitung

Hathumar Drost

Altstadtlust

Herausforderung für historische Stadtkerne

Ausblicke...

Anfang der 1990er Jahre galten zahlreiche historische Stadtkerne für einen nennenswerten Teil der Immobilienwirtschaft, für Baufachleute, Politiker und auch für Stadtbewohner als nicht zu retten. Einzelne bedeutsame Denkmale könnten eine Zukunft haben – aber das Stadtquartier als Lebens- und Arbeitsort bei weitgehendem Erhalt der so offensichtlich maroden Substanz? Das überstieg das Vorstellungsvermögen von Laien und Fachleuten. So gerät manchmal ein wenig in Vergessenheit, dass die historische Bausubstanz in der Aufbruchsstimmung der ersten Hälfte der 1990er Jahre nur bedingt Priorität hatte. Gerade auf der kommunalen Ebene waren zeitgleich viele Themen der Infrastruktur- und Wirtschaftsentwicklung zu bearbeiten. Nur in wenigen Städten stand – anknüpfend an die Anliegen der Bürgerbewegungen in der DDR – die Erhaltung von historisch geprägten Stadtquartieren im Fokus. Dort lebten unter eher bescheidenen Wohnbedingungen vorwiegend alte Menschen und sogenannte „Assis" (ein zur DDR-Zeit gängiger Begriff für „Assoziale" d.h. für Menschen, die in der Gesellschaft keinen besseren Platz gefunden oder angestrebt haben). In den ländlich geprägten historischen Stadtkernen waren jedoch auch viele Gebäude in privatem Eigentum verblieben und wurden von ihren Bewohnern, trotz der sich im Laufe der Jahre verschärfenden Materialknappheit, mit großem Engagement instandgehalten. Teilweise wurden in den Erdgeschossen private Läden betrieben und die Inhaber wohnten im Obergeschoss. Zahlreiche Gebäude wurden jedoch von den kommunalen Wohnungsverwaltungen bewirtschaftet und nur im notwendigsten Umfang instandgehalten. In besonders schlechtem Zustand befanden sich unter Zwangsverwaltung stehende Objekte, deren Eigentümer den Weg in den Westen gewählt hatten. Der Ruf nach dem Wegschieben und Plattmachen, um sodann in zeitgemäßer Architektur, wie sie in den westlichen Bundesländern zu besichtigen war, Neues zu errichten, war in der Öffentlichkeit und mit dem Wiedererlangen der kommunalen Eigenständigkeit neu konstituierten Stadtverordnetenversammlungen durchaus zu vernehmen. Die über mehrere Jahrzehnte erfolgte mentale Abwertung der Stadtkerne wird entsprechende Positionierungen maßgeblich beeinflusst haben.

In diesem Spannungsfeld erfolgte die Bereitstellung von öffentlichen Mitteln, zunächst für die Sicherung von eingetragenen Denkmalen und später im Rahmen der Städtebauförderung mit dem Programm Städtebaulicher Denkmalschutz. Es ermöglicht in ausgewählten historischen Stadtkernen gezielt Sicherungs- und Erneuerungsmaßnahmen an Denkmalen und stadtbildprägenden Gebäuden durchzu-

... Jung und Alt blicken gemeinsam in die Zukunft. Beide Fotos: Erik-Jan Ouwerkerk.

führen und den öffentlichen Raum d.h. Straßen, Wege und Plätze zeitgemäßen Anforderungen entsprechend wiederherzustellen. Im Vorfeld zu diesen Baumaßnahmen galt es die unterirdische städtische Infrastruktur zu erneuern. Kanalisationen wurden neu oder gar erstmals verlegt, Trinkwasserleitungen erneuert und Gasnetze installiert. Zusätzliche Impulse entstanden durch zeitlich befristete aber höchst attraktive Optionen der steuerlich wirksamen Abschreibung von Investitionen.

Die historischen Stadtkerne waren über viele Jahre hinweg Großbaustellen. In diesem Zuge sortierte sich auch die Bewohnerschaft neu. Selbstnutzende Einzeleigentümer verblieben zum überwiegenden Teil in ihren Immobilien und investierten, soweit dies ihre wirtschaftliche Situation zuließ. Die Neueindeckung des Daches, der Einbau einer Zentralheizung und der Austausch der Fenster und der Haustür hatten besonders hohe Priorität. Diese schnellen Investitionen wirkten sich übrigens nicht immer positiv auf das Stadtbild aus. Andere Objekte wurden leergezogen bzw. leerten sich, weil ihre Bewohner abwanderten oder in die in anderen Stadtlagen bzw. im Umland entstehenden besser ausgestatteten Wohnungen umzogen. Erste zeitgemäß ausgestattete Mietwohnungen entstanden und erfreuten sich unmittelbar einer guten Nachfrage. In der Zeit von Mitte bis Ende der 1990er Jahre kristallisierten sich einzelne Städte heraus, die sich durch ihre günstige Lage bzw. durch eine lokal und regional erstarkende Wirtschaftsstruktur, besonders dynamisch entwickelten. Hier wurden die historischen Stadtkerne als Wohnstandorte wiederentdeckt und konnten sich gegenüber anderen Wohnlagen zunehmend etablieren. Die neuen Nachbarn begannen bewusst in die gestalterische Qualität ihrer Häuser zu investieren, Gestaltungsvorgaben und einschlägige Vorschriften stießen zunehmend auf Akzeptanz. Damit einhergehend entwickelte sich ein lebendiges städtisches Leben. Traditionelle und neu eingeführte Feste, vielfältige kulturelle Angebote, Märkte und anderes mehr wurden fester Bestandteil des Lebensalltags. Diese Prozesse vollzogen sich zeitlich etwas versetzt auch in historischen Stadtkernen, die aufgrund der wirtschaftlichen Situation mit schlechteren Rahmenbedingungen klarkommen mussten. Kommunale Entscheidungsträger unterstützten im besten Fall durch kluge Entscheidungen bei der Wahl von Standorten für Schulen, Bibliotheken und weitere Einrichtungen der öffentlichen Infrastruktur oder eben auch durch den Verzicht auf Handelsstandorte, die in Konkurrenz zur Kernstadt stehen würden. »

Nachbarschaften:
Herausforderung für historische Stadtkerne

Heute sind in einzelnen historischen Stadtkernen die Grundstücke und Investitionsobjekte rar geworden. In anderen historischen Stadtkernen ist der Leerstand noch immer offensichtlich. Häuser, die als Eigenheim nutzbar sind, sind eher marktgängig, als Objekte mit mehreren Wohneinheiten. Aber in jedem historischen Stadtkern lässt sich eine neu entstandene Wohnung noch immer gut vermieten. Warum? Weil die Bewohnerschaft vielfältig zusammengesetzt ist, ältere Menschen schnell Anschluss finden und hinzugezogene Kinder auf Spiel- und Schulkameraden treffen. Die öffentlichen Einrichtungen befinden sich in einem guten Zustand. Gesundheitseinrichtungen, Schulen und Kindergärten sind bestens ausgestattet, das öffentliche Grün lässt nicht zu wünschen übrig und fast überall gibt es mindestens einen Markttag in der Woche. Historische Stadtkerne sind Orte zum Leben. Sie bieten Überschaubarkeit und vielfältige Optionen der freien Entfaltung im eigenen Haus, Hof und Garten. Nachbarschaftliches und bürgerschaftliches Engagement sind gern gesehen und stoßen schnell auf positive Resonanz.

Die historischen Stadtkerne haben sich in den vergangenen 25 Jahren neu gefunden und erfunden. Der Rettung und der baulichen Aufwertung folgt die noch nicht abgeschlossene mentale Inwertsetzung. Für junge Menschen, die in Städten mit historischen Stadtkernen groß werden, sind diese Qualitäten bereits eine Selbstverständlichkeit und ein guter Grund bei Nachfragen zu ihrer Lebensplanung mit hoher Überzeugungskraft eine Rückkehr nach der Ausbildungsphase in Aussicht zu stellen. Das Meinungsbild lautet: Familiengründung gerne und am liebsten hier.

Die jetzt erreichte vergleichsweise komfortable Situation stellt die Städte und damit auch die Arbeitsgemeinschaft „Städte mit historischen Stadtkernen" des Landes Brandenburg vor eine unerwartete Herausforderung. Das neu entstandene Interesse an historischen Stadtkernen, die bislang nicht gekannte „Altstadtlust" kann Schwung geben, um weitere Impulse, belebende Nutzungen und neue Nachbarn zu gewinnen. Das gilt auch oder gerade in von Strukturwandel und demografischen Veränderungen besonders betroffenen Städten, die sich mit den Stadtkernen bereits profiliert haben und nun konsequent auf den bisherigen Erfolgen aufbauen können. Zunächst aber sollten wir die vor 25 Jahren für unmöglich gehaltene Entwicklung als Erfolg feiern, die Geschichten der Wiedergewinnung als lebendige Orte des städtischen Lebens erzählen und damit zum positiven Nachbarschaftstratsch beitragen.

775-Jahrfeier in Perleberg. Foto: Erik-Jan Ouwerkerk.

Mit der Auszeichnung zum Denkmal des Monats werden Denkmäler geehrt, die in besonderer Weise die Vielfalt der kulturellen Tradition erlebbar machen und die Verbundenheit der Bürger mit Ihrer Stadt stärken, Markt 17 in Uebigau. Foto: Erik-Jan Ouwerkerk.

Heinz-Dieter Heimann

Wir alle sind Nachbarn?

Soziale Beziehungen im Wandel der historischen Stadt und Nachbarschaften

Annäherungen an Weltdorf-Nachbarn

Wer die millionenfachen Einträge zu „Nachbar", „Nachbarschaft" in den digitalen Medien aufschlägt, wird den Eindruck gewinnen, dass diese Begriffe mit nahezu beliebigen Inhalten angereichert und erweitert werden. Man könnte meinen, jeder ist Nachbar. Und Nachbarschaft scheint als eine Umschreibung für das Zeitgefühl zu dienen, wir leben alle im „Weltdorf" (global village) einer vernetzten und mobilen Gesellschaft. Dem mag tatsächlich in Teilen so sein, wo die Erfindung der „intelligenten Stadt" überzeugt und mein Handy quasi meinen Nachbarn meint. Andererseits aber stößt nach aktuellen Beispielen nicht allein die Stadt Berlin mit weiträumigen Stadtbauplänen auf verfassten Widerstand um fortgeschriebene Lebensstile und hergebrachte Nachbarschaft gegenüber imaginierten neuen Anwohnern geplanter Städte. Der Anwohner mein Nachbar? Solche widersprüchlichen Befunde ließen sich leicht auch für andere Orte finden. Man möchte festhalten: stadtkultur- und lebensgeschichtlich meint Nachbarschaft mehr als ein „vernetztes" Leben.

Wo also die so vielfach reklamierte und beworbene Nachbarschaft auch skeptisch macht, fordert dies auch heraus, sich darüber genauer umzusehen, auch in den Rückspiegel der Geschichte der Stadttopographie, der Urbanisierung und Wohnkultur. So gesehen rücken einerseits die sozialen Grundformen der kommunalen Stadt zumal in deren historischen Mitte in den Vordergrund, trifft man auf die Parzelle, die Nachbarn „macht", auf die Prägekraft von Hausbesitz, Wohnung und soziale Bindungen, auf den „erlebten Raum" menschlichen Zusammenlebens (Otto Friedrich Bollnow). Sodann verweist der Wandel kommunal- und planungsrechtlicher Verhältnisse zwischen Kernstadt und Vorstadt und dörflichem Umland sowie deren Einwohnern seit dem 19. Jahrhundert auf neue staatliche Effekte der Urbanisierung – bis heute abzulesen am Wandel der „Speckgürtel", der Stadtrandphänomene und neu errichteter Stadtquartiere. Gerade hier finden sich Ansprüche, unter zeitgemäßen Voraussetzungen „Nachbarschaft" eben auch bauplanerisch herzustellen oder wieder zu gewinnen. Aber sind wir demnach tatsächlich alle und jeder mit jedem ein Nachbar? Was meint Nachbar und Nachbarschaft als soziale Beziehungsweise historisch? Dazu ein paar Orientierungen aus dem Rückspiegel, die zugleich an Erfahrungen und Voraussetzungen der Willkommenskultur erinnern.

Anders gesagt: Nachbarschaft ist nicht gleich Nachbarschaft und ein allseits gedeihliches Miteinander zwischen Gruppen und unter Anwohnern ist offensichtlich keine Selbstverständlichkeit, und also auch von – historisch gewandelten – Voraussetzungen abhängig. Um eine gelingende Nachbarschaft muss man sich beiderseits bemühen, sie wollen. „Tür an Tür" nur zu wohnen, macht – noch – keine Nachbarn und keine Nachbarschaft. Und in der Geschichte der Stadt ist alltäglich mit ebenso vielen Sonnen- wie Schattenseiten der Nachbarschaften zu rechnen, wie es erfahrungsgesättigte Redensarten anzeigen: „Ein guter Nachbar ist ein edel Kleinod". Folglich „schreiben" Nachbarschaften ganz unterschiedliche Geschichten zwischen Privatheit und Öffentlichkeit, erzählen sie von gelungenen und gescheiterten, von bedrängenden und befreienden, ebenso von vergessenen und unvergesslichen wie von stumm ertragenen und lebensfroh mitgeteilten Bedeutungen ihrer jeweils erlebten Nachbarschaft im Viertel, im Milieu, ohne dass alle Anwohner jedem als Nachbarn gelten.

„Auf gute Nachbarschaft" ist ein in langer Gewohnheit oft gesagter Wunsch, heute aber eben nicht mehr allein zwischen unmittelbaren Parzellennachbarn. Nachbarschaften und Nachbarn begegnen im historischen Rückblick nicht als unveränderte soziale Gebilde, vielmehr jenseits überzeitlicher Inanspruchnahme und im Lichte zeitgemäßer neuer Wohngemeinschaften der „sozialen Stadt" als gewandelte Formen des Zusammenlebens. Also: wer ist mein „Nachbar" - gestern, heute? »

Karikatur auf die Nachbarschaft gezeichnet von Carl Stauber. Abbildung aus: Fliegende Blätter 25 (1856), Nr. 597, S. 168.

Bad Freienwalde – Tür an Tür. Foto: Erik-Jan Ouwerkerk.

Am Anfang war der „nahpawr"

Im reichhaltigen Deutschen Wörterbuch der Gebrüder Jacob und Wilhelm Grimm von 1889 findet sich unter „Nachbar" eine der vielsagenden Spuren in die Geschichte sozialer Beziehungen. Danach ist der Begriff zusammengesetzt und abgeleitet aus „nahe" und „Bauer" mit Verweis dann auf jene, die nahebei wohnen. Darin werden wir auf die historische Hausgemeinschaft und Markgenossenschaft als Quellorte dieser spezifischen sozialen Beziehungen verwiesen, auf deren eigene rechtlichen Normen und Gewohnheiten. Nachbarschaft meint ursprünglich vor allem einen lokalen Personenverband, ein sozio-topographisches Nahverhältnis und schließlich mannigfache Binnenbeziehungen sozialer Gruppen bzw. von Gemeinschaften.

In den historischen Quellen wird deutlich unterschieden, wann Nachbarschaft die Gesamtheit der Nachbarn an einem Siedlungsplatz meint, oder – später – (nur) die auch rechtlich fassbare Vereinigung von Bewohnern eines bestimmten Distriktes, eines Dorfes, eines Stadtteils, einer Funktionsgemeinschaft beispielsweise um die einvernehmliche Regelung der Acker-, Wald-, Weide- oder innerstädtischen Brunnennutzung. Nachbarschaft meint hier konkrete Rechte und Pflichten. Die rechtliche Gestalt dieser Bindung wird wesentlich und Nachbarschaft insoweit ein Tatbestand auch der Abgrenzung und Ausweis rechtlicher Unterschiedlichkeit der Dorf- und Stadtgemein-

Jüterbog – Haus an Haus. Foto: Erik-Jan Ouwerkerk.

de von historischer Stadt und Vorstadt. Der Rechtshistoriker Karl-Sigismund Kramer unterstreicht deshalb als wesentlich für Nachbarn/Nachbarschaften die rechtstragenden Beziehungen und die Regelung des Zusammenlebens verantwortlicher Personengruppen.
Damit verbunden entstand die Rechtsgestalt des Hauses, der Hausgenossen, der Rechtsfrieden des Hauses, schließlich rechtlich gefasste nachbarliche Gegenseitigkeiten vom Hausbau bis zum Nachbarrecht. Die mittelalterlichen kommunalen Bauordnungen der Städte mit historischen Stadtkernen kennen vom Schutz der Grundstücksgrenzen (Parzellen) in den Geschoß-und Traufenmaßen über die Regelung von Zuwegen bis zu feuerverhütenden Bestimmungen eine Fülle von Statuten, in denen bis ins 19. Jahrhundert entsprechende Nachbarschaftspflichten fortgeschrieben und festgelegt wurden. Im Kern „macht" die Parzelle Nachbarn rechtlich und sozial und von dorther begründeten sich Nachbarschaften.
Der Hausbau ist bereits seit den mittelalterlichen Städtegründungen auch eine öffentlich-rechtliche Angelegenheit. Darin zeigt sich ebenfalls, wie die normative Regelung von Interessensgemeinschaften zum Wesen dieser Nachbarschaften gehört. Der Hausfrieden galt ursprünglich für „Haus und Hof", also bis an den Zaun des Grundstücks, was daran erinnert, dass auch die historische Stadt und ihre Raumordnung von rechtlichen Ungleichheiten (Immunitäten) und verschiedenen sozialen Beziehungen der Gruppenmitglieder durchzogen war. Zur verbindlichen nachbarschaftlichen Mithilfe gehörte die Ressourcenbeschaffung beim Hausbau, was gelegentlich bis heute im Handwerker-Spruch zum Richtfest auf den Frieden des Hauses und den seiner Bewohner nachklingt. Auf das Hausrecht geht auch der Rechtsanspruch der häuslichen Privatsphäre zurück, schließlich ebenso das Asylrecht. Sie beginnen – in vielen Redensarten tradiert – an der Schwelle eines Hauses, was wiederum auf religiöse Vorstellungen zurückgeht. Aufs Ganze gesehen begründen soweit Rechte und Pflichten des Miteinanders diese Nachbarschaft, zeichnete ursprünglich Ansässigkeit (Mit-Besitz) den „nahpawr" aus. Nachbar zu sein, meint soweit gerade keine beliebige Angelegenheit.

Stadt und Stadtteile: „alte" Nachbarschaft und neue Einheitsgemeinde

Schon die mittelalterliche Rechtsstadt, nicht erst die moderne Großstadt, kennzeichnete Ungleichheiten, auch konfliktträchtige Wechselbeziehungen zwischen einer Kernstadt und den Stadtteilen, ihrem Umland/Hinterland. Die Nachbarschaften blieben davon nicht unberührt. Die Entwicklung einer Stadt spiegelt sich denn nicht nur im Wandel der äußern Stadtgestalt (Tore, Akzise-Mauern). Ihr Wandel »

zeigt sich nicht weniger markant mit den historischen Stadterweiterungen in den Verklammerungen von Stadt und Stadtteilen und dann der rechtlichen Einbindung der Städte, Stadtteile und Vorstädte in den vormodernen und seit dem 19. Jahrhundert in den modernen Verfassungs- und Verwaltungsstaat mit seinen Kommunen und Einheitsgemeinden. Damit veränderten sich in den oft langen Wachstumsphasen der Städte, der Verklammerung von Alt- und Neusiedlungen, von „Kietz" und Rechtsstadt, von Alt-und Neustadt, schließlich in den Aufgaben der Bildung von Großstädten und politischen Einheitsgemeinde auch die Voraussetzungen von Nachbarschaft. An vor allem zwei Effekten ist das abzulesen: zum einen zerbröselten die herkömmlichen rechtlichen Konditionen, weil der Anspruch staatlicher Daseinsfürsorge mehr und mehr griff. Zum anderen wurden die Formen des Miteinanders vielfältiger, individueller – zu erkennen in einer neuartigen Stadtplanung, vielerlei Stadtbau- und Wohnkultur sowie dem Trend zu neu geschaffenen – innerstädtischen – Räumen mit einem besonderen Design, verbunden so auch mit dem Anspruch – wiederzugewinnender – lokaler oder regionaler Identität.
„Alte" Nachbarschaft veränderte sich also! Bis zu den Ansprüchen der Urbanisierung im weiteren 19. Jahrhundert war Nachbarschaft eine räumlich und rechtlich zumeist klar abgrenzbare Gemeinschaft eines bestimmten Zwecks, die sich dazu satzungsartige Regelungen gab. Als in der Folgezeit Schritt für Schritt viele der (hergebrachten) nachbarschaftlichen Aufgaben an den Staat übergingen, veränderten sich die hergebrachten sozialen Beziehungen mit der Ausdifferenzierung der modernen Gesellschaft und Individualität. Aus „alter" Nachbarschaft, dem stark rechtlich formierten Miteinander, wurde ein nahezu nach individuellen Ansprüchen geformtes soziales Mit- und Nebeneinander, ein reklamiertes Lebensgefühl. Der Nachbar bzw. die Nachbarin sind hier oftmals mehr nur zu einer Art „Nothelfer" in alltäglichen Umständen geworden und Nachbarschaft eher zu einem Miteinander, das auf individueller Auswahl beruht, also auf Freiwilligkeit gründet. Darin fließen jeweils unterschiedliche soziale Erfahrungen ebenso ein wie gewollte soziale Nähe oder Distanz. Diese Nachbarschaft bedeutet also zugleich willkommene Offenheit und vielerlei Abgrenzung in der Bildung und Pflege auch neuer Nachbarschaftsausweise.
Doch die Spuren der „alten" Nachbarschaft sind deshalb nicht gänzlich vergessen. Im Gegenteil: an die oft billig und ironisch als „Vereinsmeierei" angesprochene Praxis ist zu erinnern. Vor dem Hintergrund des kommunalen Verfassungswandels und der Eingemeindungen des weiteren 19./20. Jahrhunderts fanden die bis dahin eigenberechtigten Gruppen in den vorstädtischen Dörfern und Vorstädten in der Gründung von lokalen Genossenschaften sowie Vereinen einen Ort, ihre engere lokale Nachbarschaftsgewohnheiten gegenüber der Einheitsgemeinde nun auch förmlich zu manifestieren und zu tradieren. Die Hüfner in Beeskow, nicht anders als die „Noppern" in Luckau und anderswo ähnlich stehen dafür – bis heute nicht gänzlich vergessen, eher wieder entdeckt. Die Vereine bzw. „Communen" sind Beispiele der Abgrenzung zwischen Stadt und den Stadtteilen, und ebenso lebendiger Ungleichheiten von Nachbarschaften jenseits ihrer Integration in die eine Stadtverfassung und Bürgerschaft.

Vielerlei Nachbarn – gute Nachbarn

Fragt man nach der Bedeutung der europäischen Stadtgestalt für die Formierung sozialer Beziehungen, so heißt es in der einschlägigen Forschung, dass hier soziale Kontakte über die topographische Raumorganisation gesteuert, dass Formen des sozialen Miteinanders hier planerisch initiiert, versperrt oder gefördert würden. Nach derselben Forschung hat aber die raumplanerische Gestaltung sozialer Beziehung selbst doch relativ wenig Bedeutung für das Zustandekommen von Nachbarschaften. Das heißt verdeutlicht auch: Nachbarschaften resultieren vor allem aus sozialen Beziehungen, und diese nehmen rechtliche und gesellschaftlichen Wandlungen auf, bis heute ausgewiesen im Rastergefüge historischer Stadtkerne, in hergebrachten Stadtquartieren wie ebenso in Formen individueller Wohnkultur und Lebensstile.

Was liegt da in der Nachbarschaft? Neugierige Blicke in den Hof der Alten Posthalterei in Beelitz. Foto: Erik-Jan Ouwerkerk.

Nachbarschaft und Städtegeschichte heute birgt so gesehen in die eine Richtung ein Stück – planerisch-städtebaulich verfolgter – Utopien, deren öffentlich manifestierten Räume und Infrastrukturen freilich nicht selten als gescheitert zu erfahren sind. In die andere Richtung liest man in jeweiligen stadthistorischen Kontexten und Zeiten aus demselben Umstand die Mühen und die Sehnsucht nach überschaubaren sozialen Verhältnissen heraus. Über beidem muss man also festhalten, wie Nachbarschaft – ähnlich der Freundschaft – sich in der Geschichte unterhalb der Organisation von Räumen und des Wandels der Gemeinschaften zur modernen Gesellschaft gewandelt hat und dabei zugleich das Zustandekommen von Nahbeziehungen anspruchsvoll tradiert wurde. Das heißt auch: Wo sich die Rahmenfaktoren „alter" Nachbarschaft längst verloren haben, erinnern wir eben an sie dort, wo lokale, regionale Besonderheiten wieder belebt werden, wo jenseits standardisierter Räume in „neuen", freiwilligen Nachbarschaften, neue Identitäten in den Milieus der historischen Stadtkerne wiederbelebt oder gesucht werden. In diesen Städten ist also mit vielerlei Lebensstilen und Nachbarschaften zu rechnen, nahen und fernen. Denkwürdig genug bleiben dabei zwischen globaler Offenheit und Heimatgefühl die Anforderungen und Gesten der „alten" Nachbarschaft.

„Tür an Tür" reklamiert also eine Nachbarschaft im Blick zurück und voraus. Jeder sei willkommen. Und gerade wo vielerlei Nachbarschaften zu erleben sind, erinnert der willkommene Eintritt über die Hausschwelle an doch mannigfache Voraussetzungen dann auch guter Nachbarschaft. Der Rückspiegel bietet auch hier Orientierung, „Tür an Tür" als Ausweis von Nachbarschaft gründet auf erprobten Erfahrungen. In den Redensarten vieler Kulturen heißt es wohl deshalb auch so oder ähnlich: „Ein guter Nachbar ist ein edel Kleinod".

Hans-Joachim Stricker

Auf Nachbarschaft gebaut heißt gut gebaut!

Ein Erfolgsrezept für die lebendige Stadt

Unsere Städte sind entstanden und sie bestehen weiter, weil die Gesellschaft für manches Notwendige eine räumliche Konzentration braucht, für Herrschaft und Regierung, für Kultur und Soziales, für die Wirtschaft, also für Produktion, Austausch und Handel. Wo dies nicht mehr nötig ist oder nicht mehr stattfindet, werden aus Städten Wohnplätze oder gar entleerte Orte. Wo dies gepflegt und gestärkt wird, haben Städte eine Zukunft. Sie können dann zentrale Orte sein oder zumindest Mittelpunkte mit Ankerfunktion für ein ländliches Umfeld.

Altstadt Teltow. Foto: H.-J. Stricker, Sig. R0017733.

Räumliche Konzentration heißt Nachbarschaft: Menschen wohnen eng beieinander, Stadtfunktionen und Nutzungen vermischen sich, sie erzeugen Dichte und Vielfalt, „Atmosphäre", manchmal auch Brüche und Dissonanzen. Der Begriff „Urbanität" zeigt: Nachbarschaft mit ihren vielen Facetten und einer gewissen Kleinteiligkeit gehört zur Stadt dazu. Versuche der Städtebauer, dies aufzuheben oder möglichst zu reduzieren, sind meist nicht gut ausgegangen: Monotonie und ungenutzte Bereiche zeigen sich in unseren Städten heute gerade in solchen entmischten Bereichen. Wo Kleinteiligkeit und Vielfalt zum Leitmotiv der Entwicklung gemacht wird, sind die Erfolge hingegen häufiger sichtbar: Ein stabiles Gleichgewicht der verschiedenen Funktionen scheint ein tragfähiges Prinzip zu sein.

Mittelalterliche Städte sind besonders anschauliche Beispiele für Nachbarschaften in der Stadt: Die Parzellen sind intensiv ausgenutzt. Leben und Arbeiten finden auf engstem Raum statt, zur feinkörnigen Nutzungsmischung hinzu kommt eine Ordnung der Sozialstruktur nach Berufsgruppen und teilweise auch nach ethnischen Kriterien. Die baulichen Strukturen dieses engen Miteinanders haben sich teilweise bis heute erhalten oder sind zumindest in ihren früheren Ausprägungen noch nachvollziehbar. Trotz aller prinzipiellen Ähnlichkeiten spiegeln diese Baustrukturen heute noch das Unverwechselbare einer Stadt, ihre Sozial- Wirtschafts- und Kulturgeschichte wider, sie sind somit auch Anknüpfungspunkt für das, was wir heute „Stadtidentität" nennen und was in den neueren Stadtbereichen nicht mehr so leicht auffindbar oder herstellbar ist.

Wohnen in der Stadt heißt dabei auch heute noch, dichtere Parzellenstrukturen anzunehmen und damit Nachbarschaft. Das ist ein guter Ausgangspunkt, um in den Innenstädten das Vorhandene anzunehmen, das Alte instand zu setzen und daran im Sinne der nötigen Anpassung an heutige Bedürfnisse weiter zu bauen. Die Qualität der Stadtkerne liegt ja nicht nur in ihrem Denkmalbestand, sondern auch in den Möglichkeiten, die sie mit ihrer kleinteiligen Vielfalt für zeitgemäßes Wohnen und Arbeiten bieten. Zeitgemäß heißt in diesem Sinne auch: Mit insgesamt weniger Material- und Energieaufwand als dies irgendwo draußen am heutigen Siedlungsrand möglich wäre. Zeitgemäß kann auch heißen: Mit Chancen für eine Stadtgesellschaft, die soziale und kulturelle Vielfalt zulässt und lebt.

Nachbarschaftliches Wohnen in Potsdam-Babelsberg. Foto: H.-J. Stricker, Sig. R0020655.

Das lässt sich nicht ohne Investitionen machen, und die Städte gehen hier seit fast 25 Jahren engagiert und konsequent voran, an vielen Stellen mit Unterstützung vom Bund, Land oder der EU. Die Stadtkerne sind heute im allgemeinen Empfinden „schön", aber sie sind noch keineswegs kerngesund: Am alten Bestand muss weitergebaut werden, wenn die unverzichtbaren Funktionen, vor allem das Wohnen, aber auch das Arbeiten und die Infrastruktur, nicht nur bewahrt, sondern wirklich gestärkt werden sollen: Dafür müssen Reserven in den Blockinnenbereichen und die Fehlstellen wie Brachen und Baulücken noch stärker in den Blick geraten.

Wer in diesem Sinne „Stadt" und „Nachbarschaft" bejaht, entscheidet sich nicht nur zwischen „Enge" und „Weite": Nachbarschaftliche Stadtgefüge leben auch heute von der Vielfalt, auch mit Blick auf das Gebaute. Die bauliche Weiterentwicklung unserer Städte verlangt den Mut zum Kontrast zwischen „Neu" und „Alt". Die Sanierung historischer, stadtbildprägender und oft denkmalgeschützter Bebauung wird nicht entwertet, wenn auch Neues zugelassen wird. Moderne Architektur hat es auch in den vergangenen Jahrhunderten gegeben und ihre Einpassung in das Vorhandene ist oft so gut gelungen, dass diese Art der Nachbarschaft heute als Qualität empfunden wird. Andererseits kennen wir in unseren Städten auch manche Bausünde der vergangenen 150 Jahre. Diese zeigen: Wer gutes Neues bauen will, muss das Vorhandene – die Nachbarschaft – achten, allerdings ohne sich zu verstecken.

Was brauchen unsere Städte heute? Die historischen Kerne müssen weiter als Wert und Chance verstanden werden, nicht als Belastung für die Städte, wie noch vor 25 Jahren unter allerdings ganz anderen Rahmenbedingungen. Wer die besonderen Qualitäten von „Dichte" und „Mischung" erreichen will, muss in aller Regel mit Mehraufwand bei den Beteiligten rechnen: An Geld, Zeit und auch an Wissen. Es muss deshalb in den alten Stadtkernen weiter geplant und gebaut werden, und dazu müssen die Bauherren, die Stadtpolitik, die Verwaltungen und die Bürger auf lange Sicht zusammenarbeiten. Zu einer solchen „guten Prozesskultur" gehört es vor allem, Interessenausgleich und Ideenwettstreit zu pflegen, und dazu gibt es geeignete Verfahren und inzwischen auch viel Erfahrung im Land Brandenburg. Die Arbeitsgemeinschaft der Städte mit historischen Stadtkernen kann hier für den nötigen Austausch sorgen und den Städten helfen, machbare Wege zu beschreiten.

Treuenbrietzen Grünstraße (2003). Foto: Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft des Landes Brandenburg.

Historische Stadtkerne
im Land Brandenburg

Alte Nachbarschaften

Im Wohngebiet Hohenstücken entstanden zwischen 1972 und 1990 über 10.000 Wohnungen in Plattenbauten vom Typ WBS70 auf der grünen Wiese. Stadtarchiv Brandenburg.

Joachim Müller

Neue Nachbarn:

Historische Aspekte von Nachbarschaft in Brandenburg an der Havel

Eine Stadt vermittelt ihren Bewohnern durch ihre zum Teil seit Jahrhunderten fest gefügten baulichen Strukturen das Gefühl von Stabilität und langer Kontinuität. Diese Wahrnehmung ist natürlich dem subjektiven Erleben des Einzelnen in Bezug auf seine eigene Lebenszeit geschuldet und relativiert sich, wenn man einen Blick in die Geschichte wirft. Gerade der Ort Brandenburg an der Havel ist geprägt von einer starken Dynamik der Siedlungsentwicklung und einer hohen Mobilität seiner Bewohner. Dies lässt sich exemplarisch an den Kontinuitäten, Wechseln und Brüchen der in der Stadt bestehenden Nachbarschaften nachvollziehen. Im Folgenden soll anhand unterschiedlicher Phänomene aus verschiedenen Epochen den wechselnden nachbarschaftlichen Verhältnissen nachgegangen werden.

Ständig neue Nachbarn

Die Geschichte des Ortes Brandenburg ist in hohem Maße von Zuzug geprägt. So nahmen aus dem Osten einwandernde Slawen die von den Germanen im Zuge der sogenannten Völkerwanderung die hier fast vollständig verlassene Gegend ab Mitte des 8. Jahrhunderts in Besitz. Im Zuge der Ausdehnung des mitteldeutschen Reichs kamen Siedler aus deutschen Reichsgebieten im 10. Jahrhundert zunächst als Gegner der Altsiedler und Missionare, in der 1. Hälfte des 12. Jahrhunderts zunehmend als Händler, die mit den ansässigen Slawen Geschäfte machten. Seit der 2. Hälfte des 12. Jahrhunderts setzte mit der herrschaftsgeleiteten Kolonisierung und Christianisierung ein intensiver Zuzug deutscher, flämischer, niederländischer Siedler in das Gebiet östlich der Elbe ein. Sie ließen sich, mit bedeutenden neuen Rechten ausgestattet, als Bauern oder Stadtbürger nieder und drängten binnen weniger Jahrzehnte die Altsiedler mit ihrer spätslawischen Kultur in den Hintergrund.

Auf die Verwüstungen und Menschenleere nach dem Dreißigjährigen Krieg (1618–1648) reagierten die brandenburgischen Kurfürsten und preußischen Könige zur Steigerung der Steuerquoten und gewerblicher Innovation mit Anwerbung externer Neusiedler, ihrer sogenannten „Peuplierungspolitik". Den Hugenotten, denen Kurfürst Friedrich Wilhelm 1685 mit dem Potsdamer Edikt unter Auflagen persönliche Glaubensfreiheit garantiert hatte, folgten in verschiedenen Teilen der Mark Böhmer, Polen, Schweizer u.v.a.

Eine Form erzwungener Nachbarschaft, auch von Bürger und Militär, setzte im 17. Jahrhundert ein. Mit dem Aufbau der Militärorganisation wurde ab etwa 1650 auch in der Stadt Brandenburg eine wechselnde Zahl von Soldaten einquartiert. Die Rekruten, zum Teil mit ihren Familien, wurden zunächst in den Haushalten Brandenburger Bürger untergebracht, eine sicher in vielen Fällen unfreiwillige und auch konfliktträchtige Nachbarschaft.

Wieder veränderten sich die Nachbarschaften im Zuge der rechtlichen und industriegeschichtlichen Entwicklung im 19. Jahrhundert. Mit dem Ende der kleinhandwerklichen Produktionsweise – in Brandenburg waren zahlreiche Tuchmacher auch für den Export tätig – setzte nach der Mitte des 19. Jahrhunderts eine massive Industrialisierung ein, die die Stadt nach Berlin zum zweitwichtigsten Industriestandort der Region machte und zu einem bis dahin ungekannt hohen Anstieg der Bevölkerung führte.

Zugleich setzte eine Zuwanderung dörflicher Bevölkerung in die Stadt ein, entstanden mit neuen Quartieren neue Nachbarschaften, die, nach und nach als Bürger anerkannt, die Stadt prägten. Das hier entstehende Milieu einer Industriearbeiterstadt findet in den Neubauvierteln der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts ihren baulichen Ausdruck.

Slawen und Deutsche als Nachbarn

Um die Mitte des 8. Jahrhunderts hatten einwandernde Westslawen die fast völlig menschenleere Gegend besiedelt. Sie errichteten Siedlungen und seit dem 9./10. Jahrhundert Burgen, die Kern unterschiedlicher Herrschaften und Stammesgebiete waren. Das Deutsche Reich begann im 10. Jahrhundert gegen seine Nachbarn östlich der Elbe vorzugehen, zunächst zur Absicherung der eigenen Außengrenzen. »

928/29 nahm Kaiser Heinrich I. die bedeutende slawische Brandenburg ein. Die deutsche Herrschaft und die beginnende Christianisierung wurden jedoch durch einen erfolgreichen Aufstand der heidnischen Slawen 983 beendet. Von da an waren Burg und Herrschaft ständig umkämpft, gegen 1100 scheint sich eine deutsche Oberhoheit etabliert zu haben, ehe 1150/57 die entstehende Markgrafschaft Brandenburg in die Rechts- und Herrschaftsordnung des Reiches integriert wurde. Da die Westslawen keine eigenen Schriftquellen hinterließen, wissen wir von den Altsiedlern vorwiegend aus der Überlieferung der christlichen Chronisten: Sie zeichneten eher ein Zerrbild der slawischen Bewohner und ihrer kulturellen Identität.

Die Einnahme der Brandenburg durch Albrecht den Bären 1157. Die Lithographie von Adolph Menzel von 1834 zeigt eine brutale Schlacht zwischen slawisch-polnischen Verteidigern und deutschen Angreifern. Sie steht für ein Geschichtsbild, das den Konflikt zwischen Slawen und Deutschen in den Vordergrund rückt. Tatsächlich wurde die Feste nicht gestürmt, sondern zur Kapitulation gezwungen und gewaltfrei geräumt. Abbildung nach Partenheimer, Lutz: Die Entstehung der Mark Brandenburg. Köln/Weimar/Wien 2007, Foto 2.

Entsprechend betonte man in der älteren Geschichtsschreibung eher einen kriegerisch-unversöhnlichen Gegensatz zwischen christlichen Deutschen und slawischer Bevölkerung. Auch die Archäologie der DDR-Zeit, die seit den 1960er Jahren die Erforschung der Slawen in den Blick nahm, folgte im parteigeleiteten Geschichtsbild überwiegend der Vorstellung einer friedlichen Stammesgesellschaft, die von einem „Feudalsystem" unterworfen wurde. Man übersah dabei mitunter bewusst, dass es auch lange Phasen offenbar friedlicher Koexistenz von Germanen und Slawen, Alt- und Neusiedlern gegeben hat. Ein verändertes Bild der Nachbarschaft entwickelte sich nach und nach.

Ein Indiz früher kultureller Annäherung stellt der auffallende Wechsel der Bestattungssitten im westslawischen Raum dar. Wohl unter dem Eindruck der christlichen Riten setzte sich seit mittelslawischer Zeit die Beisetzung in Körpergräberfeldern durch. Oft sind diese Bestattungen nach typisch christlicher Grabsitte Ost-West gerichtet, wobei man auf Beigaben verzichtete.

Eine Anwesenheit deutscher Händler nahe der Brandenburg ist bereits für die erste Hälfte des 12. Jahrhunderts anzunehmen. So gab es bei der Kirche St. Gotthardt gleichzeitig eine am Uferrand gelegene spätslawische Handwerkersiedlung und, daran landseitig anschließend, Häuser deutscher Provenienz. Ähnlich muss es sich in Plaue (ein bedeutender Havelübergang einige Kilometer westlich von Brandenburg) verhalten haben, wo einige Häuser eindeutig deutscher Bauart nebst entsprechender Keramik direkt gegenüber der slawischen Burg auf das frühe 12. Jahrhunderts datiert werden konnten.

Konkurrierende Nachbarn: Siedlungsaktivitäten des 12. Jahrhunderts

Mit dem sogenannten Wendenkreuzzug 1147 setzte ein intensiver Zuzug von Neusiedlern in die neuen Länder östlich der Elbe ein. Die bedeutende Burg Brandenburg, die die Ost-West-Route von und nach Magdeburg kontrollierte, war der Kreuzzug vorbeigegangen.

Sie wurde neues Herrschaftszentrum der Askanier, weil der slawische Fürst Pribislaw-Heinrich bereits durch eine Erbvereinbarung dem Markgrafen Albrecht dem Bären seine Nachfolge zugesichert hatte. Dieser richtete sich auf weiteren Herrschaftsgewinn im Havelland aus, unterstützt durch unterschiedliche Herren und Interessengruppen. Dies erfolgte mit weiteren geistlichen und weltlichen Herrschaftsträgern in einem Wettlauf um Landesausbau durch Neusiedlerzuzug. So sind in der Nachbarschaft der Burg zahlreiche Siedlungsaktivitäten zu beobachten.

Wahrscheinlich noch in der ersten Hälfte des 12. Jahrhunderts, sicher jedoch vor 1178, wurde im Bereich der späteren Neustadt eine kleine ländliche Siedlung installiert, die wahrscheinlich auf dem von Pribislaw-Heinrich geschenkten Landstrich der Zauche einen Vorposten markgräflicher Anwesenheit präsentierte. Etwa gleichzeitig muss am anderen Havelufer Parduin, eine Siedlung deutscher Händler entstanden sein, die sich dicht an das Suburbium der Burg anschloss und bereits mit einer christlichen Kirche ausgestattet war. Als Erweiterung von Parduin wurde nach der Mitte des 12. Jahrhunderts mit entsprechenden Privilegien ein Markt eingerichtet. Als Initiator wird der Burggraf vermutet, der nach dem Übergang der Brandenburg an den Markgrafen die Rechte des deutschen Königtums an der Burg vertrat und bis etwa 1230 in den Quellen präsent ist.

Als Gegengründung zu dieser Initiative dürfte der Ort Luckenberg zu werten sein, der wohl im Bereich des heutigen Nikolaiplatzes lag. Die Forschung schreibt diese Gründung dem Markgrafen zu. Erhalten hat sich nur die stattliche romanische Basilika St. Nikolai, einer der frühesten Backsteinbauten Norddeutschlands. Bereits ein oder zwei Jahrzehnte später korrigierte der Markgraf seine Standortwahl mit der Gründung und dem planmäßigen Ausbau der Neustadt auf einer geräumigen Sandinsel links der Havel. Das gewaltige Vorhaben umfasste eine Fläche von ca. 35 ha, die wahrscheinlich sofort durch eine Befestigung geschützt wurde, Anlage von Markt und Straßen, Bau einer Pfarrkirche und den Hof des Stadtherrn.

Lauter neue Nachbarn: Siedler für die neue Stadt

Die Gründung und Besiedlung gleich zweier neuer Städte, der Altstadt, rechts und der Neustadt links der Havel, erfolgte auf Initiative des oder der Stadtherren ab etwa 1180. Die dafür notwendigen Neusiedler wurden in anderen Teilen des Reiches, teils bis Flandern, gezielt angeworben. Das Angebot scheint sehr attraktiv gewesen zu sein. So konnten aus ehedem abhängigen Bauern langfristig mit individuellen Rechten ausgestattete Stadtbürger werden, denen ein Grundstück, Bauholz und eine steuerfreie Anfangszeit zugestanden wurden. Später mussten sie dem Stadtherrn eine jährliche Grund-Abgabe leisten.

Es gibt einige Hinweise, dass auch in Brandenburg Siedler aus entfernten Gegenden herangezogen wurden. So deutet das Co-Patrozinium der neustädtischen Pfarrkirche der heiligen Amalberga deutlich auf niederländische Herkunft. Die Neusiedler brachten auf diese Weise einen Teil ihrer kulturellen Identität mit. Der Fund eines frühen Hallenhauses vom Typ „Gasselte" in der Altstadt belegt die Herkunft seiner Erbauer aus Westfalen. Ob und in welchem Umfange ansässige Slawen als neue Stadtbürger beteiligt waren, lässt sich nicht entscheiden. Ein Grund dafür ist, dass die städtische Kultur die Einwohner schnell assimilierte.

Kietze – Nachbarn am Rande?

Das Wort „Kietz" ist heute im Sprachgebrauch geradezu Synonym für Nachbarschaft. So genannte Kietze sind ein Phänomen der Siedlungstopographie, das sich nur im nordostdeutschen Raum findet. Es handelt sich um in sich abgeschlossene, dorfartige Siedlungsteile, die kleinteilig gegliedert sind und stets außerhalb der Stadtbefestigung liegen. Ihre Bürger besaßen kein Stadtrecht. Immer haben Kietze direkten Zugang zum Wasser, ihre Bewohner gingen dem Handwerk der Fischerei nach.

Auf der Dominsel hat es drei Kietze gegeben, von denen sich nur der Kleine Domkietz in der gleichnamigen Straße noch räumlich ab- »

zeichnet. Offenbar haben die Kietze ursprünglich zur markgräflichen Burg gehört und wurden erst lange nach deren Aufgabe abgegeben: der Kietz Wotlitz, oder ein Teil desselben ging 1319 an die Neustadt über, der Große Domkietz kam erst 1432 in den Besitz des Domstifts. Der Altstädtische Kietz liegt nordöstlich der Altstadt und nimmt eine ehemalige Halbinsel gegenüber der slawischen und deutschen Burg ein. Er wurde 1249 erstmals erwähnt und gehörte ursprünglich zur markgräflichen Burg, ging 1308 an die Altstadt über. Der Altstädtische Kietz wurde beim Bau der Stadt und der Stadtmauer gegen 1200 offenbar absichtlich außen vor gelassen. Nicht alle Einwohner waren also Bürger.

Nachbarschaft der Städte

Ab etwa 1180 waren die beiden Städte Altstadt und Neustadt Brandenburg links und rechts der Havel planmäßig erbaut worden. Jede stellte für sich eine vollwertige Stadt im Rechtssinn dar mit Befestigung, Markt, Pfarrei und Rat. Zwischen beiden Städten bestand immer eine direkte Verbindung durch die „Lange Brücke" an der Stelle der heutigen Jahrtausendbrücke. Durch die sich gegenüberliegenden Stadttore konnte diese Verbindung von beiden Seiten gesperrt werden – Misstrauische Nachbarn oder Freunde Rücken an Rücken?
Aus Akten zu wiederholten Schiedsgerichtsverfahren erfährt man hingegen von fortgesetzten alltäglichen Streitigkeiten zwischen den beiden Schwesterstädten. So hört man von einem „Krieg", also einer handgreiflichen Auseinandersetzung, die 1320 zwischen den Städten vor der Mühle stattgefunden habe. Die Einflussbereiche und Tätigkeitsfelder beider Städte waren eng miteinander verzahnt und führten regelmäßig zu Streit. Zäh und langwierig wurde vor allem um wirtschaftliche Interessen gerungen wie den Wochenmarkt, den Fleisch- und Fischmarkt, die seit alters her abwechselnd in der Alt- und der Neustadt stattfanden. Streitpunkte waren auch Holz- und Fischereirechte und Bierverkauf.
Obwohl prinzipiell gegenseitige Freizügigkeit garantiert war, gab es

Das Hochaltarretabel von St. Katharinen, der Pfarrkirche der Neustadt, 1474 von Gerard Weger signiert, enthält in der ersten Wandlung die Darstellung des Lebens der hl. Amalberga. Amalberga ist eine originär niederländische Heilige, deren Kult wahrscheinlich im 12. Jahrhundert mit niederländischen Siedlern nach Brandenburg kam. Foto: J. Müller, Brandenburg an der Havel.

immer wieder Sperrungen der Durchfahrt für Bürger der Schwesterstadt, zum Teil richtiggehende Handelsembargos, mit denen man die Nachbarn von wichtigen Gütern wie Kohle oder Hopfen abschnitt. Gleichwohl suchte man Zusammengehörigkeit. Zur Regelung gemeinsamer Fragen gab es ein gemeinsames Rathaus. Es wurde 1348 erstmals erwähnt und stand auf neutralem Grund zwischen den Städten inmitten der Havel auf einer Plattform neben der Brücke.

Die Parzelle macht Nachbarn

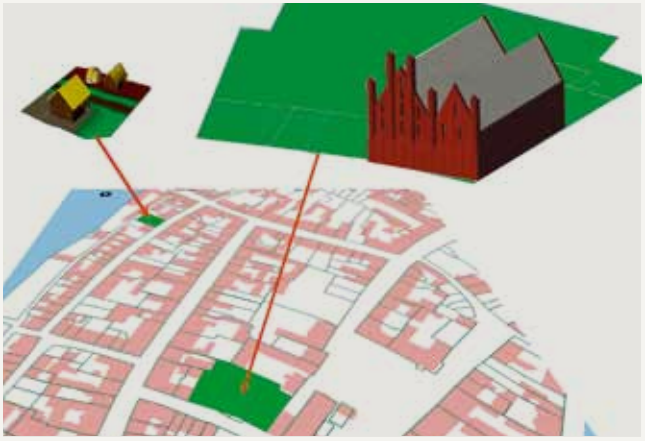
Die Parzelle ist die Keimzelle der mittelalterlichen Stadt. Der Besitz einer „area" und eines Hauses sind wesentliche Voraussetzung für einen Stadtbürger. Er genießt relativ große persönliche Freiheiten und besitzt sein Anwesen zu eigen und kann es auch vererben, muss dafür aber eine jährliche Abgabe an den Stadtherrn entrichten.
Die gegen 1200 installierte Grundstücksteilung bildet bis heute das Grundgerüst des innerstädtischen Parzellennetzes. Hier ragen die mittelalterlichen Anfänge der Stadt bis in die Gegenwart. Das räumliche Gefüge der Parzellen hat sich relativ konstant über mehr als 800 Jahre erhalten und war Schauplatz vieler Generationen von Nachbarschaftsgeschichten. Man hat den Eindruck, dass – etwa entlang der Marktplätze und der Hauptstraßen – noch die ursprüngliche, sehr großzügige Struktur teilweise erhalten ist oder zumindest durchscheint: Es handelt sich um 10–15 m breite und teilweise mehr als 50 m tiefe Parzellen, die offenbar keinem festen Raster untergeordnet sind: die Straßenbreite und die Grundfläche variieren. Offenbar waren schon zu Siedlungsbeginn nicht alle Bürger gleich. Es lassen sich einige Eckparzellen identifizieren, die offenbar von Anfang an deutlich größer zugeschnitten waren als das normalbürgerliche Mittelmaß. In diesen prominenten Lagen finden sich bis heute die aufwändigsten Wohnhäuser. Für die Neustadt kann man wahrscheinlich machen, dass man sich mit der Parzellierung vom Zentrum rund um den Marktplatz und den zentralen Bereich der großen Straßen langsam in die Peripherie vorarbeitete.

Ungleiche Nachbarn: Die Sankt-Annen-Straße 30 und 31 in der Neustadt Brandenburg um 1919, Stadtarchiv Brandenburg.

Der kleine Hans und der große Hans: Soziale Unterschiede in der Stadt

Im Mittelalter und in der frühen Neuzeit sind Einzelpersonen eher selten näher durch Schriftquellen fassbar. Vielerlei Indizien, vor allem materielle Hinterlassenschaften, deuten darauf hin, dass es innerhalb der Stadtbevölkerung erhebliche soziale Unterschiede gab, wobei sich naturgemäß die Sachkultur reicher Bürger besser als die armer Bürger erfassen lässt. Besitzlose haben praktisch keine Spuren hinterlassen. So gibt es herausragende Funde von einem ehemals prominenten Eckgrundstück Molkenmarkt/Ecke Kleine Münzenstraße, wo in einem um 1200 angelegten Hauskeller ein Spielstein und wertvolle Importkeramik gefunden wurde. »

Das durch Grabung erschlossene Grundstück Altstädtische Fischerstraße 5 direkt am Havelufer hatte um 1250 eine Größe von knapp 200 qm und war mit einem Einraumhaus von knapp 25 qm und einem rückwärtigen Stall bebaut. Sicher wohnte hier ein Angehöriger einer unteren sozialen Schicht. Er war aber immerhin Hausbesitzer und folglich wahrscheinlich Stadtbürger. Hingegen hat das direkt am Altstädtischen Markt gelegene Eckgrundstück Schusterstraße 6 eine erschließbare Grundfläche von mindestens 1200 qm. An seiner Ecke stand ein großes, um 1300 errichtetes zweigeschossiges Backsteinhaus mit großer Diele und Appartement im Erdgeschoss.
Der Hauseigner gehörte eindeutig zur Oberschicht. Vielleicht kennt man ihn sogar namentlich, denn 1342 wird ein „Giso aus dem Steinhaus" erwähnt, vermutlich der einzige Besitzer eines privaten Backsteinhauses in der Altstadt, die Spitze der gesellschaftlichen Pyramide.



Schon um 1300 bestanden erhebliche soziale Unterschiede in der Nachbarschaft. Links: Altstädtische Fischerstraße 5, 25 qm großes Einraumhaus auf Kleinparzelle. Rechts: Schusterstraße 6/Ecke A. Markt: Backsteinhaus mit mehr als 400 qm Nutzfläche auf Großgrundstück. Etwa maßstäbliche Gegenüberstellung der Flächen und Baumassen. Foto: J. Müller, Brandenburg an der Havel.

Das Deutsche Dorf in Brandenburg erhielt erst zu Beginn des 18. Jahrhunderts eine planmäßige Parzellierung und eine geschlossene Bebauung, durchaus vergleichbar mit einer modernen Reihenhaussiedlung. Foto: J. Müller, Brandenburg an der Havel.

Neue Nachbarschaften: Die Verdichtung in der frühen Neuzeit

Die mittelterliche Stadt war bei weitem nicht so dicht besiedelt wie heute. Vor allem in der Neustadt gab es bis in die frühe Neuzeit hinein weite Brachflächen. Einigermaßen regelmäßige Bebauung werden nur die Marktplätze und größeren Straßen aufgewiesen haben, an die peripheren Wege und Querverbindungsstraßen dürften meist nur Gärten, wenige Rück- und Nebengebäude angeschlossen haben. Bereits im 16. Jh. begann man, die Stadt zu verdichten und systematisch neue Wohnquartiere zu erschließen. So ist auf der Südseite der Kapellenstraße eine planmäßig angelegte Grundstückszeile mit kleinen Flächen von 80 bis 100 qm Grundfläche den bis zur Mühlentorstraße durchbindenden Großgrundstücken (bis zu 1.000 qm) abgeteilt worden. Darauf erhob sich eine Reihe gleichartiger kleiner

Bürgerhäuser des späten 16. Jahrhunderts, deren Keller sich spiegelbildlich glichen und sie sich eine gemeinsame Trennwand teilten. Es handelt sich um eine in einem Zuge errichtete Reihenhausbebauung. Ähnlich verfuhr man etwa im Deutschen Dorf, wo zu Beginn des 18. Jahrhunderts 18 Parzellen neu eingerichtet wurden. Auch am Temnitz, in der Neustädtischen Heidestraße und an weiteren randlich gelegenen Straßen waren vor 1722 mit den neuen Parzellen jeweils vollkommen neue Nachbarschaften mit ebenfalls sehr homogenen Hausstrukturen entstanden. In der Altstadt und der Neustadt dürfte sich durch diese kleinteilige Nachverdichtung die Zahl der bürgerlichen Parzellen annähernd verdoppelt haben.

Aktive Nachbarschaft: Die Altstädter e.V.

Der Verein Die Altstädter e.V. wurde 2001 gegründet und engagiert sich seit 13 Jahren in der historischen Altstadt von Brandenburg an der Havel. Hier arbeiten Privatpersonen und Gewerbetreibende der Altstadt und interessierte Bürger zusammen. Sie repräsentieren und bündeln wichtige Stimmen und Interessengruppen zu Fragen der baulichen Stadtsanierung und der Belebung des Wohn- und Geschäftsquartiers.

Die Vereinsarbeit basiert auf der rein ehrenamtlichen Tätigkeit von rund 50, davon 20 aktiven Mitgliedern. Mittelpunkt ist das Haus Bäckerstraße 14 im Herzen der Altstadt. Die Altstädter e.V. betreiben hier im ältesten erhaltenen Fachwerkhaus der Mark Brandenburg ein öffentliches Bürgerhaus, das sich weitestgehend aus eigenen Mitteln und durch Sponsoren finanziert. Das Bürgerhaus steht allen Bürgern, Nachbarn und Besuchern offen. Das Haus ist Begegnungsstätte für vielerlei Aktivitäten im Stadtteil, ob Treffpunkt für Anwohnerbelange, Gesprächsreihen zu gesellschaftspolitischen Themen, Kunst und Kulturveranstaltungen sowie Touristischer Info-Punkt der Stadt.

Die Altstädter kümmern sich aktiv um die Gestaltung des öffentlichen Raumes, sei es durch Blumenampeln, Rosenpflanzungen an Hausfassaden oder die alljährliche Aufstellung des Weihnachtsbaumes auf dem Altstädtischen Markt. Darüber hinaus organisieren sie nachbarschaftliche Events, die nach jahrelanger Kontinuität inzwischen Kultstatus erreicht haben. Das Rolandspectaculum im Slawendorf ist das am besten besuchte historische Stadtfest von Brandenburg an der Havel. Während des Höfefestes öffnen im Sommer mehrere Dutzend Hausbesitzer ihre malerischen Innenhöfe für zahlreiche Aktionen, ein Nachbarschaftsfest par excellence.

Beim Höfefest öffnen Bewohner der Altstadt Brandenburg alljährlich ihre malerischen Höfe für Besucher, organisiert vom Verein die Altstädter e.V. Foto: G. Arndt, Brandenburg an der Havel.

Der Markt in Wittstock wurde im Juni 2014 als Denkmal des Monats ausgezeichnet, Foto: Erik-Jan Ouwerkerk.

Markus Hennen

Gelebte Nachbarschaft

Der Wittstocker Markt, die gute Stube der Stadt

In der zweiten Hälfte des 12. Jahrhunderts kam die hier errichtete slawische Burg in den Besitz der Bischöfe von Havelberg. Zu Beginn des 13. Jahrhunderts siedelten sich Kaufleute nördlich des Burgbereichs an, 1248 erhielt Wittstock das Stendaler Stadtrecht. Die Burg bot Schutz und lag an einer wichtigen Handelsstraße zwischen den Niederlanden und dem Baltikum, die hier die Dosse überquerte. Bereits 1275 verkaufte Bischof Heinrich den gesamten Markt an die Stadt. Dieser – darauf lassen die Bezeichnungen „alter/neuer" sowie „großer/ kleiner" Markt schließen – bestand ursprünglich wohl aus zwei Märkten, die durch einen Gebäuderiegel getrennt und nach dessen Abbruch vereint wurden.

Der Markt konnte sich in günstiger Lage als Verkehrsknotenpunkt im Zentrum der vom Handwerk geprägten Stadt zum Haupthandelsplatz und Verwaltungszentrum entwickeln. Im sogenannten Vierergewerk, gebildet aus Tuchmachern, Gewandschneidern, Schustern und Bäckern, war die Tuchmacherei im Hinblick auf die Stadtentwicklung dominant. Das Marktleben selbst und die Vergabe der Plätze waren streng organisiert. Über die Ratswaage wurde sichergestellt, dass die Gewichtsangaben der Waren korrekt angegeben waren. Neben dem Handel boten der Markt und das angrenzende Rathaus auch eine gute Gelegenheit sich zu treffen, sich auszutauschen und Neuigkeiten in Erfahrung zu bringen. Diese Traditionen haben sich bis in die heutigen Tage erhalten. An zwei Tagen pro Woche wird Markt abgehalten, dort und im Rathaus finden häufig Kultur- und Informationsveranstaltungen statt.

Im Rahmen der Sanierung des Marktplatzes erfolgte eine bauvorbereitende und -begleitende archäologische Dokumentation. Insbesondere der „große" Markt wies eine intensive spätmittelalterliche Bebauung aus zwei großen Gebäudekomplexen auf. Neben der 13 Meter breiten und rund 40 Meter langen Markthalle konnte ein weiterer Grundriss freigelegt werden. Dabei handelt es sich wahrscheinlich um den im großen Stadtbrand von 1716 zerstörten, nicht wieder errichteten Bullenstall, der bei etwa gleicher Länge ungefähr halb so breit war wie die Markthalle.

Mit Abschluss der Umgestaltung und Neukonzeption des Marktes Ende 2013 fanden die Maßnahmen zur Sanierung von Straßen, Wegen und Plätzen in der Wittstocker Altstadt ihren Abschluss. In mehrjährigen, teils kontrovers geführten Diskussionen mit Fachbehörden, Architekten, Landschaftsarchitekten und der engagierten Bürgerschaft wurde ein ästhetisch und qualitativ hochwertiges Gestaltungskonzept erarbeitet. Die Baukosten von knapp 1,9 Mio. Euro wurden mit Städtebaufördermitteln von etwas mehr als einer Million Euro bezuschusst.

Heute bildet der Markt den Schnittpunkt zwischen der Wirtschafts- und Kulturachse der Stadt. Insgesamt bietet er als gute „Stube von Wittstock", umrahmt vom historischen Rathaus, von attraktiven Wohn- und Geschäftshäusern sowie Lokalen und Restaurants wieder ein hohes Niveau an Aufenthaltsqualität. Hier kennt jeder jeden, aber auch Gäste kommen schnell mit Einheimischen ins Gespräch.

Marlies Donath

Die „Noppern“ in Luckau

Nachbargemeinschaften mit Tradition

Nachbarschaften entstehen, wenn Menschen siedeln und Orte entstehen an denen sie friedlich nebeneinander wohnen und leben. Gute Nachbarschaften sind es dann, wenn dafür geschriebene oder ungeschriebene Regeln gelten, die von Allen eingehalten werden.

Kernstadt – Vorstadt – Umland: Luckau wächst

Luckau, eine Kleinstadt im Süden Brandenburgs, trug noch im Mittelalter den Titel „Hauptstadt des Markgraftum Niederlausitz“. Die erste urkundliche Erwähnung stammt aus dem Jahr 1276. Bereits 1297 wird sie als „civitas“ bezeichnet. Durch die Lage am Kreuzungsweg der Messestraße von Leipzig nach Frankfurt/Oder und der Salzstraße von Magdeburg nach Glogau ist Luckau am Ende des 15. Jahrhunderts eine bedeutende und wohlhabende Stadt mit einer Vielzahl an Privilegien. „Wie für mittelalterliche Städte allgemein üblich, zeigte Luckau ein hohes Interesse an umliegenden ländlichen Siedlungen. In Hinblick auf seine Versorgung war das städtische Gemeinwesen auf zusätzliche Acker- und Weideflächen angewiesen. Hinzu trat das Bedürfnis nach Arbeitskräften, die z.B. bei städtischen Bauvorhaben ebenso behilflich waren wie bei der Verrichtung von Transportaufgaben. Somit konnte die mittelalterliche Stadt ohne ihr Umland kaum existieren. Vor diesem Hintergrund erwarb auch der Luckauer Rat seit dem 14. Jahrhundert in einem gut 15km umfassenden Radius zwölf Dörfer sowie weitere Rechte in nahegelegenen Ortschaften.“ [1]
Etwa zur gleichen Zeit entstanden entlang der beiden in die Stadt führenden Straßen zwei Vorstädte. In östlicher Richtung die Calauer Vorstadt und in westlicher Richtung die Sandoer Vorstadt.[2] Beide Vorstädte sind noch heute als spezifische Siedlungsräume deutlich wahrnehmbar. In diesen Vorstädten siedelte vor allem Handwerk und Gewerbe, das aus ganz zweckmäßigen oder räumlichen Gründen in der durch die Stadtmauern eingegrenzten Kernstadt keinen Platz fand oder nicht erwünscht war. Im Spätmittelalter waren bestimmte Berufsgruppen zwar gesellschaftlich notwendig, aber dennoch verpönt, so zum Beispiel der Abdecker oder der Scharfrichter.[3] Aber auch sehr geruchs- und lärmintensive Gewerke, wie etwa Gerber und Müller oder brandgefährliche Arbeiten, wie das Brennen irdener Waren durch die Töpfer, waren wegen der von diesen Tätigkeiten ausgehenden Gefahren und Belästigungen in der Stadt nicht geduldet und mussten in die Vorstädten ausweichen.
Als weiteren Grund für das Entstehen der beiden Vorstädte werden die kirchlichen Gründungen der Hospitäler „Zum Heiligen Geist“ (1361) westlich und „Zum Heiligen Kreuz“ (1368) östlich von der Kernstadt genannt.[4] Häuser in denen Kranke, Alte und Siechende unterkamen und die Dank des Wohltätigkeitssinns und der Fürsorge begüterter Bürger und Adliger Geld, Nahrung und bei Erfordernis auch Pflege erhielten. Das Hospital „Zum Heiligen Geist“ ist noch heute Teil der Sandoer Vorstadt und gehört zum Gebiet der „Commune der Sandoer Vorstadt“. Im Wesentlichen siedelten die Handwerker eines Gewerkes oder einer Zunft im gleichen Viertel der Vorstadt. Dies hatte neben organisatorischen auch ganz praktische Gründe, wie etwa die Beschaffung der Rohstoffe für das Gewerk aus denselben Quellen (z.B. die Tonkieten zwischen der Sandoer Vorstadt und dem Ort Wittmannsdorf) und die Nutzung von Vorbereitungs- und Lagerflächen für die herzustellenden Erzeugnisse. Das am Ende der Sandoer Vorstadt gelegene Gebiet, in dem die Töpfer mit ihren Brennöfen siedelten, wird noch heute als „Töpferende“ bezeichnet. Wie die Bewohner der Ratsdörfer, waren auch die Vorstädter dem Luckauer Rat untergeordnet und dienstverpflichtet. Nicht immer gestaltete sich dieses Zusammenleben zwischen den Bewohnern und den Städtern konfliktfrei. Zur Stärkung ihrer Rechte als Gemeinschaft nach Innen und Außen, zur Stärkung ihrer Identität und Eigenständigkeit, zur Verbesserung ihrer Schutzbedürfnisse und um das nachbarschaftliche Miteinander zu regeln, schlossen sich die Vorstädter zu Gemeinschaften, den noch heute so bezeichneten „Nopperngemeinschaften“ oder auch „Communen“, zusammen.

Luckau und sein Umland um 1700. Ausschnitt aus der Niederlausitzkarte des Christoph Weigel († 1725). Mährische Landesbibliothek Brün, Sig. Moll-0004.893.

Nopperngemeinschaften mit Tradition

Drei Luckauer Gemeinschaften der Noppern haben die Wirren der Jahrhunderte überstanden und ihre Eigenständigkeit als Gemeinschaften erhalten. Dies sind die „Noppern vom Töpferende" im westlich Teil der Sandoer Vorstadt, die „Commune der Sandoer Vorstadt" zwischen dem ehemaligen Sandoer Tor bis nach dem Hospital zum Heiligen Geist und die „Commune der Calauer Vorstadt" in der Calauer Vorstadt. Das Wort „Nopper" ist niederlausitzer Mundart und bedeutet kurz gefasst „Nachbar". Aber was ist ein Nachbar im Sinne dieser Gemeinschaft? Nachbar war der Mann, der Haus- und Grundbesitz im Gebiet der Gemeinschaft besaß, auf Antrag und Zahlung eines Beitrages in die Gemeinschaft aufgenommen wurde und sich mit seinen erworbenen Rechten und Pflichten in die Gemeinschaft einbrachte. Dies war so und das ist noch heute so.

Den Luckauer Stadtvätern oblag es, den nachbarschaftlichen Frieden innerhalb und außerhalb der Stadtmauern zu wahren und die Rechte der Gemeinschaften zu regeln. Im Landeshauptarchiv Potsdam wird das älteste Zeugnis einer Gemeinschaftsgründung in Luckau aufbewahrt. In diesem vom 29. März 1523 stammenden Dokument steht geschrieben, dass die „Bürgermeister und Ratmannen der Stadt Lugkow bekunden, daß sie den Topperendischen vorstetern der Sandowischen vorstadt folgende Willkür und Statuten aufgerichtet haben: …".[5] In 21 Punkten werden Belange des Gemeinwesens und sozialen Miteinanders sowie des nachbarschaftlich gewünschten Umgangs beschrieben, Regelungen zur Eigenständigkeit der Nachbargemeinschaft getroffen und finanzielle Einnahmequellen angesprochen. »

Im ersten Punkt wird klar geregelt, dass die Nachbarn den vom Rat eingesetzten Vorstehern Gehorsam zu leisten haben und diese Vorsteher hoheitliche Aufgaben, wie etwa Beurkundungen und Schlichtung von Streitigkeiten, im Gebiet der Gemeinschaft wahrzunehmen hatten. In den Statuten sind auch die Regeln zur Aufnahme in die Gemeinschaft und damit zum Erwerb von Bürgerrechten enthalten. Dies wurde durch die Zahlung eines festgesetzten Betrages des Haus- und Grundstücksbesitzers an die Nachbargemeinschaft möglich. Beim Tod des Hausherrn wurde es seinen Erben gestattet, diese Rechte zu erwerben. Auch die Bedrohung der Gemeinschaft durch Brände in Folge des unachtsamen Umgangs mit Feuer wurde mittels der Statuten minimiert. Alle Hausbesitzer, also die Nachbarn, waren bei Strafe zur sicheren Verwahrung des Feuers verpflichtet. Teil jedes Punktes war die Festsetzung eines Strafgeldes, das bei Verstößen gegen die Regel fällig wurde. Dieses Geld kam in die „buchsse" (Kasse) der Gemeinschaft. Auch der Umgang mit diesen Einnahmen war in den Statuten geregelt. Das so eingenommene Geld sollte nicht aufgeteilt oder vertrunken werden, sondern für den Erwerb von Harnischen, Gewehren, Ledereimern etc. verwendet werden. Außerdem sollte Alles, was eingenommen und ausgegeben wurde verzeichnet und jedes Jahr um die Fastnachtszeit darüber Rechenschaft abgelegt werden.[6]

Diese Regeln, die es in ähnlicher Form vermutlich auch für die anderen Noppern-Gemeinschaften gab, waren über Jahrhunderte identitätsstiftend und für den inneren Zusammenhalt der Gemeinschaften bis in unsere Zeit von immenser Bedeutung und damit den Grundsätzen sozialer Netzwerke vergleichbar. Alle Nopperngemeinschaften beziehen sich in ihren Satzungen noch heute auf diese in den Statuten von 1523 für die „Topperendischen vorstetern…" geschriebenen Regeln und nehmen sie als Grundlage für die Wahrung und Pflege des historischen Erbes und der überlieferten Traditionen.

Die erste urkundliche Erwähnung der „Commune der Calauer Vorstadt", als Friedhofsgemeinschaft, ist auf das Jahr 1668 datiert. Der genannte Friedhof in der Calauer Vorstadt ist noch heute im gemeinsamen Eigentum der Commune und wichtigster Teil der überlieferten Traditionen. Er wird von den Noppern der Gemeinschaft ehrenamtlich unterhalten und gepflegt. Jeder Nopper hat Anspruch auf eine Beisetzung auf diesem Friedhof. Die

Wappen der Commune der Calauer Vorstadt.
Foto: Commune der Calauer Vorstadt.

aus schriftlichen Quellen noch 1932 als „Viehkasse" beschriebene Sammelbüchse gibt es noch immer. Anliegen der Gemeinschaft war es, die Nachbarn, die Viehbesitzer waren, finanziell im Schadensfall zu unterstützen. Heute wird diese Sammelbüchse für Haus zu Haussammlungen genutzt, um zu helfen, wenn Nachbarn sich in einer Notlage befinden. Auch der Spaß kommt nicht zu kurz. Das Zampern, die jährlich um die Fastnachtszeit statt findende Haus zu Haussammlung von Speck, Eiern und Getränken und der gemeinsame Verzehr, gehört neben dem Erntedankfest zu den geselligen Traditionen der Gemeinschaft. Wichtigstes Ereignis über die Jahrhunderte ist das immer am Fastnachtsdienstag stattfindende „Noppernquartal". An diesem Tag legt der Vorsteher Rechenschaft über das Soll und Haben vor der Gemeinschaft ab.

Das Einzugsgebiet der Gemeinschaft umfasst die gesamte Calauer Vorstadt. Heute ist die Nopperngemeinschaft ein eingetragener Verein. Den überlieferten Traditionen folgend darf jeder, der im Gebiet der Calauer Vorstadt Hauseigentum besitzt oder erwirbt, auf Antrag mit seiner Familie Mitglied der Commune werden.

In der Sandoer Vorstadt sind die beiden Nopperngemeinschaften noch immer aktiv. Es ist nicht überliefert, ob diese Gemeinschaften

Zampern der Commune der Calauer Vorstadt um 1950. Foto: Gerd Walter, Luckau.

aus der Trennung einer großen Commune entstanden sind. Die Noppern der „Nachbargemeinschaft (Commune) der Sandoer Vorstadt" gehen davon aus, dass ihre Gemeinschaft 1523 bereits bestand, auch wenn eine urkundliche Erwähnung nicht überliefert ist. Das Gebiet der Gemeinschaft erstreckt sich östlich der Sandoer Straße bis zum ehemaligen Sandoer Tor, das sich unmittelbar an der westlich der Kernstadt liegenden Brücke über den Stadtgraben befand. Aus historischen Quellen ist überliefert, dass die Nachbarn dieser Gemeinschaft auch als „die Bruckischen..." (1586/92)[7] bezeichnet wurden – vermutlich wegen der Nähe zu dieser Brücke oder einer Bebauung auf der Brücke. Als Gemeinschaft entwickelten sie eine eigene Identität und Traditionspflege, die noch heute Teil der Aufgaben der Gemeinschaft sind. Dazu gehören die aktive Nachbarschaftshilfe und Altenpflege der Mitglieder, die Nutzung von Gemeinschaftseigentum, wie die sogenannte Noppernhaage (Garten- und Ackerflächen), sowie die Pflege und Unterhaltung des Noppernfriedhofes in der »

Die Lindenstraße in der Sandoer Vorstadt um 1915 (Postkartendetail), Archiv Niederlausitz-Museum Luckau, Sig. VZ 4789/88.

Sandoer Vorstadt. Dieser Friedhof gehört der „Nachbargemeinschaft der Sandoer Vorstadt", der „Nopperngemeinschaft Töpferende" und den früher selbstständigen Dörfern Sando und Wittmannsdorf gemeinsam. Hauptereignis ist die jährlich, immer am Fastnachtsdienstag, statt findende „Fastnachtsversammlung". An diesem Tag wird Rechenschaft über die erbrachten Leistungen und die finanzielle Lage abgelegt. Die Versammlungsniederschrift erfolgte bis vor wenigen Jahren in einem gebundenen Protokollbuch. Seit einigen Jahren werden dafür zeitgemäße Medien verwendet. Mitglied der Commune durfte werden, wer Wohneigentum im Gebiet der Gemeinschaft besaß. Heute ist die Commune für alle Bürger offen, die die Interessen der Gemeinschaft wahren und pflegen. Die Aufnahme erfolgt auf Antrag in der Fastnachtsversammlung. Die Gemeinschaft ist ein eingetragener gemeinnütziger Verein.

Die zweite Nopperngemeinschaft innerhalb der Sandoer Vorstadt sind die „Noppern vom Töpferende". Wie bereits beschrieben, sind die Statuten dieser Nachbargemeinschaft von 1523 überliefert und noch immer in der jetzt geltenden Satzung verankert. Das Gebiet

der Gemeinschaft erstreckt sich im westlichen Teil der Sandoer Vorstadt von der Sandoer Straße entlang der Lindenstraße bis hinauf zur Straße Am Anger. Es wird noch heute als Töpferende bezeichnet. Der Name erinnert an die in diesem Gebiet angesiedelten Töpfer. In der Blütezeit sollen hier bis zu 45 Töpfer gearbeitet haben.[8] Verkauft wurden die irdenen Waren auf dem Töpfermarkt in der Kernstadt von Luckau. Der Platz liegt in westliche Richtung der Kernstadt im Kreuzungsbereich von Lange Straße und Hauptstraße. Dort standen auch die so genannten Töpferkammern, in denen die Töpfer von Markttag zu Markttag ihre irdenen Waren lagerten. In den Kämpfen um Luckau 1813 wurden diese Kammern zerstört und danach nicht wieder aufgebaut. Ein Brunnen und der Name erinnern an die frühere Nutzung. Seit etwa 1900 gibt es keinen Töpfer mehr in Luckau.

Luckauer Töpfer bei der Arbeit: Reliefkachel aus dem Niederlausitz-Museum Luckau. Archiv Niederlausitz-Museum Luckau, Sig. VA50/62, Foto: © Kienzle/Oberhammer.

Zu den überlieferten und noch heute gepflegten Traditionen gehören die Nachbarschaftshilfe, die Betreuung der Senioren der Gemeinschaft, die Nutzung des Gemeinschaftseigentums (Garten- und Ackerfläche), die Unterhaltung eines Spielmannszuges und die Pflege und Nutzung des mit verwalteten Noppern-Friedhofes. Besondere kulturelle Höhepunkte im Jahr sind die von den Noppern organisierten Fastnachtsbälle, das Zampern und gemeinsame Ausflüge. Wichtigstes Ereignis im Jahr ist das immer am Fastnachtsdienstag statt findende „Noppernquartal". An diesem Tag wird Rechenschaft über Einnahmen und Ausgaben abgelegt und in einem gebundenen und fortlaufend geführten Protokollbuch notiert. Mitglied durften traditionell nur Männer werden, die Wohneigentum im Gebiet der Gemeinschaft besitzen. Heute ist die Gemeinschaft für Alle offen die sich aktiv an der Lösung der gestellten Aufgaben beteiligen. Es genügt ein volljähriger Haushaltsangehöriger, um die Mitgliedsrechte und -pflichten für die übrigen Haushaltsangehörigen zu begründen. Die Nopperngemeinschaft Töpferende ist ein eingetragener gemeinnütziger Verein.

Wappen der Commune vom Töpferende, Foto: Nopperngemeinschaft Töpferende.

Im Kulturland Brandenburg Jahr 2014 rückt die AG „Städte mit historischen Stadtkernen" das Thema „Tür an Tür und Haus an Haus - Nachbarschaften in der historischen Stadt" in den Fokus der Aktivitäten. In Zusammenarbeit der Stadtverwaltung mit den drei Nopperngemeinschaften sind Info-Säulen entstanden, auf denen über die Entstehung der jeweiligen Nopperngemeinschaft, ihre Traditionen und ihr Engagement berichtet wird.

Die Säulen stehen im Gebiet der jeweiligen Nopperngemeinschaft und bieten Interessierten eine erste Möglichkeit zur Information über die Gemeinschaften. Ihre Einweihung erfolgte am 07. September 2014 durch den Bürgermeister, Herrn Lehmann, im Beisein der Staatssekretärin des Ministeriums für Infrastruktur und Landwirtschaft, Frau Katrin Schneider, weiteren Gästen und vielen Luckauern am Standort in der Calauer Vorstadt.

Richtfest im Jahr 2009, Foto: Stadtkontor GmbH.

Rainer Baatz

Gelebte Nachbarschaft: Baugemeinschaften an der Alten Brauerei in Potsdam Babelsberg zur Revitalisierung einer Gewerbebrache

Auf einer Gewerbebrache im Sanierungsgebiet Babelsberg Nord wurden zwischen 2007 und 2010 zwei Baugemeinschaften unter der Regie des Sanierungsträgers Stadtkontor realisiert. Der Sanierungsträger hatte die Brachfläche im Auftrag der Landeshauptstadt Potsdam erworben, weil sie den größten baulichen und städtebaulichen Missstand im Sanierungsgebiet darstellte und kein privater Investor damals bereit war, das Grundstück zu entwickeln. Bei der Brachfläche an der Straße Alt Nowawes handelte es sich um eine Fläche von rund 8.500 m² mit verschiedenen ruinösen Gebäuden sowie dem ehemaligen Brauhaus mit Kühlturm, welches zwischen 1860 und 1875 errichtet wurde. Bis ca. 1940 wurde hier Bier gebraut, anschließend wurde der Gebäudekomplex noch als Lagerfläche genutzt. Seit 1990 gab es den Leerstand und kontinuierlichen Verfall der Gebäude.

Gelebte Nachbarschaft, Foto: Ulrich Riedel.

Auf den frei geräumten Brachflächen rund um das Brauereigebäude wurden im Rahmen der ersten Baugemeinschaft zwölf Stadthäuser errichtet. Zwölf junge Familien mit Kindern konnten hier ihre Vorstellung vom Wohnen im eigenen Haus in zentraler Lage von Babelsberg realisieren.

In der zweiten Baugemeinschaft schlossen sich elf Bauherren zu Sanierung und Umbau des alten Brauereigebäudes zu Wohnungen zusammen. So entstanden elf Wohnungen mit modernstem Wohnstandard in dem Altbau. Parallel dazu hat sich ein Potsdamer Architektenpaar das Kühlhaus für eine kombinierte Büro- und Wohnnutzung ausgebaut. Als Verbinder zwischen den beiden Altbauten wurde ein Neubau mit drei Wohnungen ebenfalls im Rahmen der Baugemeinschaft errichtet.

Durch den Mut dieser Bauherren konnte das stadtbildprägende Gebäude im Denkmalbereich mit seiner für die Industriearchitektur des 19. Jahrhunderts typischen Backsteinfassade gerettet und einer neuen Nutzung zugeführt werden.

Da durch das gemeinsame Planen und Bauen ein viel engerer Kontakt zwischen den Bewohnern entsteht, hat sich über die Jahre eine aktive und lebendige Nachbarschaft gebildet. Der Sanierungsträger hat dies dadurch unterstützt, dass er die ehemaligen Pferdeställe mit Mitteln der Städtebauförderung instandgesetzt und als Gemeinschaftsräume hergerichtet hat. Vielfältige gemeinschaftliche Nutzungen insbesondere auch mit den Kindern werden dadurch ermöglicht. Hier finden Musiksessions, Bastelnachmittage, Geburtstagsfeiern, Fußball-Gucken und vieles andere mehr statt. So wächst im historischen Kern von Potsdam Babelsberg eine neue Nachbarschaft in einem Quartier langsam zusammen, das vor acht Jahren noch gar nicht existierte.

Elfi Czaika

100 Jahre Sandberg in Belzig[1]

Grundriss der Burg und der Stadt Belzig um 1720 mit dem historischen Ortskern im Norden und der südlich davon gelegenen Burg Eisenhardt und dem eigenständigen Dorf Sandberg, Bildarchiv Preußischer Kulturbesitz Berlin.

Die beiden Siedlungskerne der Stadt Bad Belzig – Sandberg und Nachbarn

Die heutige Stadt Bad Belzig setzt sich aus zwei Siedlungskernen zusammen. Bereits im Jahr 997 wurde die Burgmannensiedlung Sandberg erstmalig erwähnt. Diese wurde als *suburbium*[2] bezeichnet. Im frühen 13. Jahrhundert wurde dann die Stadtanlage Belzig als *oppidium*[3] gegründet, die 1296 erstmals urkundlich erwähnt wurde. Die Burganlage mit der Siedlung Sandberg gehörte bis Anfang des 13. Jahrhunderts zu wechselnden Adelsherrschaften. Mitte des 13. Jahrhunderts nach dem Tode des Grafen von Belzig ging die Grafschaft an das Herzogtum Sachsen über und gehörte ab 1298 als Grenzort zum Herzogtum Sachsen-Wittenberg. Die beiden selbstständigen Siedlungen – das dörfliche Suburbium Sandberg und die Marktsiedlung jenseits des Baches (Stadtrecht seit 1702) gehörten von 1423 bis 1815 zum Amt Belzig-Rabenstein im sächsischen Kurkreis. Das Amt Belzig-Rabenstein kam mit den Beschlüssen des Wiener Kongresses (1815) mit weiteren Gebieten (u.a. Niederlausitz) bei der Teilung Sachsens im Zuge des Wiener Kongresses 1815 an das Königreich Preußen.

Die Stadt Belzig ist seit dem letzten Stadtbrand von 1636 und dem darauffolgenden Wiederaufbau von größeren Zerstörungen verschont geblieben. Ihre Parzellenstruktur hat sich seitdem kaum verändert. Die Bebauung gliedert sich in wenige Haustypen: vorwiegend zweigeschossige, giebelständige Ackerbürgerhäuser mit Krüppelwalmdach und zweigeschossige, acht- bis neunachsige, traufständige Bürgerhäuser an den Hauptstraßen sowie eingeschossige traufständige Häuser der Büdner und Hintersassen in den Stadtrandlagen – vor allem im ehemals eigenständigen Sandberg. Der früheste bekannte Stadtplan Belzigs stammt aus der Zeit um 1720. Das heutige Straßennetz, die Anlage der Plätze und die ehemalige Befestigungsanlage entsprechen im Wesentlichen diesem ältesten Stadtgrundriss. Der trapezförmige Stadtgrundriss ist im Nordwesten von einem tiefen Stadtgraben und im Südosten von Feuchtgebieten umschlossen. Stadteinwärts war die Stadt von einer Mauer mit vier Toren umgeben. Die Stadt verfügt über ein unregelmäßiges Wegegefüge mit drei zentralen Achsen, welches bis ins späte Mittelalter zurückreicht.

Die beiden Siedlungskerne Sandberg und Belzig bildeten bis 1914 eigene Rechtsräume mit Stadtrichtern, Schulzen- und Erbgerichten. Beide hatten eigene Gemeinderäte und Verfassungen. Mit Belzig bildete Sandberg jedoch eine Pfarr- und Schulgemeinde. Es exisitierten zwei Kirchen (Bricciuskirche in Sandberg und St. Marien in Belzig) und zwei Friedhöfe: die Sandberger Bürger wurden auf dem Bricciusberg und die Belziger auf dem Gertraudtenfriedhof beigesetzt.

Am Anfang war Sandberg – Belzig als Stadt kam hinzu

Sandberg gehörte als zeittypische Burgmannensiedlung zur Grafschaft Belzig (gegr. um 1219). Mit den zur Grafschaft zugeordneten agrarischen Wirtschaftsflächen entwickelte sich eine dörfliche Siedlung. Dies war verbunden mit typischer Eigentumsbildung und

Blick über das Dorf Sandberg zur Burg Eisenhardt, historische Zeichnung von Albert Baur, Mai 1848. Archiv Fam. Kästner, Bad Belzig.

Übereignung, die seit Mitte des 16. Jahrhunderts als „Rittergüter" (I–IV) vornehmlich adeliger Herrschaft bis zum 19. Jahrhundert im Wesentlichen Bestand hatte.

Stadtansicht von Osten nach dem Wiederaufbau um 1743 - im Vordergrund das Dorf Sandberg, die Burg und die Bricciuskapelle, Untere Denkmalschutzbehörde LK Potsdam Mittelmark.

Sandberg war früh mit der Burg Eisenhardt verbunden. Den Burgmannen des vom Gaugrafen auf der Burg eingesetzten Vogtes, sowie Dienstleuten, die zum Hof des Grafen gehörten, waren in Sandberg Hufen zugewiesen worden, woraus jene „Rittergüter" entstanden. In den Quellen zu Auseinandersetzungen um die Nutzung dieser Liegenschaften heißen sie 1842:

> I. Das Mannlehen Rittergut Sandberg I. Anteils. Besitzer Gevetter von Oppen (das Gutshaus war das heutige Haus Nr. 10 in der Wittenberger Straße),
> II. Das Allodial Rittergut Sandberg II. Anteils; Besitzer Karl August von Freyberg (das Gutshaus war das heutige Haus Nr. 14 in der Bahnhofstraße),
> III. Das Allodial Rittergut Sandberg III. Anteils; Besitzer Friedrich Gottlob von Watzdorf auf Wiesenburg (sog. „Watzdorff`sches Gut", später der „Meierhof"),
> IV. Das Allodial Rittergut Sandberg IV. Anteils; Besitzerin: Witwe des Karl Friedrich Mashute (das Gutshaus war das heutige Haus Nr. 4 in der Berliner Straße, das seit 1993 als Kultur-, Jugend- und Medienzentrum genutzt wird). »

Von diesen Rittergütern existierte um 1900 nur noch das dritte ungeteilt (der Meierhof). Es gehörte dem Grafen Alexander von Fürstenstein und war neben der Schäferei Stollenberg an den Amtmann Lignitz in Hagelberg verpachtet. Die Stammhöfe bildeten um 1900 noch selbstständige Gutsbezirke. Zu dieser Zeit bestand Sandberg aus dem bis dahin eigenständigen Dorf Sandberg und fünf Gutsbezirken. Einer davon war die Burg Eisenhardt. Nach einer Statistik (um 1900) gehörten 144 bewohnte Häuser zu Sandberg. Diese verteilten sich auf folgende Straßen: die Bahnhofstraße und Bahnhofgasse, die Wittenberger und Alte Wittenberger Straße, die Schlossstraße, Am Schlosstor, die Berliner Straße, Im Winkel, Am Freigraben, die Viktoriastraße, Am Bahnhof. Außerdem gehörten zu Sandberg mehrere Häuser in der Gliener, der Niemegker sowie der Brandenburger Straße. Die Eigenständigkeit der der Stadt Belzig benachbarten Siedlung Sandberg endete 1914 mit der Zwangseingemeindung.

Dorf – Landgemeinde – Stadt Belzig

Im Zuge städtischer Verwaltungsmaßnahmen wurden auch für die Stadt Belzig Eingemeindungen verordnet. Nach königlich-preußischem Erlass vom 12. Januar 1914 wurde die Landgemeinde Sandberg sowie die Gutsbezirke Sandberg I, II, IV und Schloss Eisenhardt in die Stadt Belzig mit Inkrafttreten zum 1. April 1914 eingemeindet. Die bis dahin eigenständige Gemeinde Sandberg erhielt mit Änderung der Kommunalverfassung drei zusätzliche Sitze in der Stadtverordnetenversammlung von Belzig. So wurden aus den Dorfbewohnern mitbestimmende Bürger der Stadt Belzig.[4]

Sächsisch-brandenburgische Konkurrenz – Verbindungen mit überörtlicher Bedeutung

Das ehemals eigenständige Dorf Sandberg und die historische Altstadt Bad Belzigs verfügen über ein historisches, bis ins späte Mittelalter zurückreichendes Straßengefüge. Ursprünglich kreuzten sich die Straßen Wittenberg-Brandenburg und Magdeburg-Jüterbog in

Blick von der Burg Eisenhardt auf das Dorf Sandberg. Foto: Gerhard Zwickert, Berlin.

Sandberg unterhalb der Burg Eisenhardt. Die historische Hauptachse von Magdeburg nach Jüterbog wurde bereits 1348 in der Papendorfer Urkunde als landesherrliche Straße erwähnt. Im Rahmen der Entwicklung des historischen Ortskerns wurde sie später nach Norden verlegt, um direkten Anschluss an den in Belzig entstehenden Marktplatz zu erhalten. Der Verlauf der Straße von Wittenberg nach Brandenburg wurde im 13. Jahrhundert zur Bebauungsachse (heute: Straße der Einheit) bei der planmäßigen Anlage der Marktsiedlung. Sie bildet heute den historischen Ortskern.

Die alte Wittenberger Straße in Sandberg

Die Heer- und Handelsstraße nach Wittenberg (alte Wittenberger Straße) mit historischem Straßenpflaster verlief ursprünglich direkt auf die Burg Eisenhardt zu. Sie war ab 1703 eine kursächsische Poststraße. Ab 1816 wurde sie nun unter preußischer Herrschaft nach Brandenburg an der Havel verlängert und verband somit die wichtigen Wasserstraßen Havel und Elbe. Eine Nebenroute Belzig-

Treuenbrietzen wurde eingerichtet. Die Postlinien nach Wittenberg und Treuenbrietzen ersetzte man 1841 durch eine Verbindung Belzig-Zahna, wobei die Reisenden in Zahna Anschluss an die neue Berlin-Anhalter Bahn hatten. Im Jahr 1879 erhielt Belzig durch die Berlin-Wetzlarer Eisenbahn einen direkten Bahnanschluss. Durch den Bahnbau wurde die Wegeführung der alten Wittenberger Straße gekappt und entsprechend dem heutigen Verlauf verändert.

Die Postmeilensäule – ein Wahrzeichen Sandbergs

Die zuverlässige Ausschilderung der Straßen war damals ein großes Problem. Deshalb wurden in Kursachsen auf Weisung August des Starken und nach den Instruktionen des Geographen Adam Friedrich Zürner seit 1722 an den wichtigsten Verkehrswegen die Postmeilen- bzw. Distanzsäulen installiert. In Sandberg wurde im Jahre 1725 im Kreuzungsbereich von Wittenberger und Bahnhofsstraße eine Distanzsäule aufgestellt. Sie erhielt aus verkehrstechnischen Gründen mehrmals einen anderen Platz und steht heute als restaurierte Kopie am o. g. Standort. Teile des Originals können im Museum besichtigt werden. Die Entfernungsangaben erfolgten in Stunden, wobei eine Stunde auf Festlegung des Kurfürsten 0,5 Meilen = 4,531 Kilometer entspricht. Weitere Postmeilensäulen befinden sich in den ehemals kursächsischen Städten Brück und Niemegk.

Die Parzelle „macht" Nachbarn

Der zweite Siedlungskern der heutigen Stadt Bad Belzig – der historische Ortskern – entstand im frühen 13. Jahrhundert in der »

Blick in die Bahnhofstraße mit der Postmeilensäule im Vordergrund, um 1900. Archiv, Fam. Kästner, Bad Belzig.

Die Postmeilensäule seit 2006 am historischen Standort. Foto: Gerhard Zwickert, Berlin.

Nähe des heutigen Kirchplatzes. Hier befinden sich die Stadtkirche St. Marien, das Reißigerhaus, die ehemalige Superintendentur, das Jakob-Wächtler-Haus und die Verwaltung der Evangelischen Kirchengemeinde Sankt Marien Hoher Fläming Belzig (Kirchplatz 1). Der Kirchplatz wurde bis 1557 als städtischer Friedhof genutzt und reichte ursprünglich bis in die heutige Reißiger Straße. Er war an der Ost- und Westseite bis zum Stadtbrand 1636 dicht bebaut. Das belegen die Ausgrabungsergebnisse aus den Jahren 1999/2000. Die heutige Platzsituation resultiert aus dem Wiederaufbau in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts. Der Kirchplatz mit seiner Randbebauung ist seit Mitte der 1990er Jahre ein Sanierungsschwerpunkt im historischen Ortskern. Die Rekonstruktion und Instandsetzung des Platzes erfolgte 1999/2000 aus Städtebaufördermitteln.

Der Kernbau der Kirche St. Marien wurde Anfang des 13. Jahrhunderts als kreuzförmiger Feldsteinbau errichtet und im 15. Jahrhundert umgebaut und erweitert. Die Kirche erhielt ein südliches Nebenschiff unter Querdächern und der Chor eine Verlängerung durch einen zweigeschossigen Südanbau. Eine umfassende Instandsetzung des Gebäudes erfolgte in den Jahren 1974 bis 1978. Hierbei wurden das Gestühl und die Emporen entfernt und die Holzbalkendecke erneuert. Die Evangelische Kirchengemeinde Belzig begann 2009 mit weiteren Instandsetzungen. Die geplanten Maßnahmen wurden in Bauabschnitten bis 2012 durchgeführt.

Die Kirche St. Marien wird als „Offene Kirche" geführt. Hier wird seit 2011 das erste Brandenburgische Orgelmuseum eingerichtet. In Zusammenarbeit des Fördervereins für Kirchenmusik MUSICA VIVA und des Gemeindekirchenrates St. Marien Hoher Fläming wird so die Nutzung der Kirche erweitert und die Geschichte des Orgelbaus in

Brandenburg dokumentiert. Die Nachbarschaft zu den berühmten Orgelwerken in Wiesenburg, Treuenbrietzen, Loburg und Brandenburg sowie die südlich anschließende Nachbarregion lässt Bad Belzig im Mittelpunkt einer an Orgeln reichen Gegend liegen. Der Kantor Winfried Kuntz ermöglicht seit zwei Jahren Führungen, bei denen auch die bisher ausgestellten sechs Orgeln in der Kirche vorgeführt werden. Nach der Restaurierung der berühmten Papeniusorgel wurde diese an die Westwand des Kirchenschiffes umgesetzt.

Nachbarschaften – Haus an Haus

Die Superintendentur ist das älteste Wohngebäude am Kirchplatz und somit von besonderer städtebaulicher, bau- und ortsgeschichtlicher Bedeutung. Das Gebäude wurde 1678 als Wohn- und Amtshaus für den Superintendenten erbaut. Die Superintendentur wurde 1994 geschlossen. Das Gebäude wurde 1996/97 beispielhaft instand gesetzt und restauriert und wird seit 1998 als altengerechtes Wohnhaus genutzt. Die Verwaltung des Gemeindekirchenrates St. Marien Hoher Fläming Bad Belzig befindet sich im Gebäude Kirchplatz 1. Dieses wurde nach dem Abriss des alten Diakonatsgebäudes 1883 an gleicher Stelle Reißiger Straße Ecke Kirchplatz neu errichtet.

Auf dem Gelände der Superintendentur am Kirchplatz 2 befand sich eine baufällige Pfarrscheune direkt am Stadtgraben und der Stadtmauer. Diese wurde 1963 zum Gemeindehaus und zur Begegnungsstätte der Evangelischen Kirchengemeinde umgebaut und erweitert. Der Bau wurde in nur sechs Monaten in Selbsthilfe errichtet. Das Gebäude wurde nach Jakob Wächtler benannt, der von 1687 bis 1702 Pfarrer in Belzig war. Das Haus wurde am 15.12.1963 eingeweiht und bietet im großen Saal Platz für 150 Menschen. Seitdem dient das Jakob-Wächtler-Haus als Treffpunkt und Veranstaltungsort für die Belziger Kirchengemeinde und Ort generationsübergreifender Nachbarschaften: von jungen Familien bis zur Seniorenbegegnungsstätte. Seit den 1960er Jahren fand hier u.a. auch die Veranstaltungsreihe „Wächtlerhausmusik" unter Leitung der ehem. Kantorin Frau Thea

Der neu gestaltete Kirchplatz mit dem Reißigerhaus und der ehemaligen Superintendentur im Hintergrund (2013). Foto: Elfi Czaika, Planungsgruppe WERKSTADT, Berlin.

Labes statt. Im Dezember 2013 wurde das 50-jährige Bestehen des Jakob-Wächtler-Hauses gefeiert. Dort werden Musik- und Bibelkreise bis zum Hospizdienst „Trauercafe" durchgeführt und die Veranstaltungen reichen von Treffen der „Eltern-Kind-Gruppe", Seniorennachmittagen, Wandergruppen.

Anlässlich der Ausstellungseröffnung „100 Jahre Sandberg in Bad Belzig" im Rahmen der Kulturlandkampagne des Landes Brandenburg unter dem Motto „Wir. Ihr. Sie. Preußen, Sachsen, Brandenburg – Nachbarschaften im Wandel" wurde das 100-jährige Jubiläum der Eingemeindung Sandbergs mit einem Stadtfest gefeiert. Mit diesen Aktivitäten werden die Stadtgeschichte, die Geschichte besonderer kultur-historischer Orte und Persönlichkeiten der Stadt aus der Vergangenheit und Gegenwart bildhaft, medial und mit besonderen Aktionen präsentiert. Dies ist für die Bewohner der Stadt gelebte Nachbarschaft, stärkt die Verbundenheit der Bürger mit ihrer Stadt und gibt ihren Besuchern vertiefende Einblicke in die historischen und aktuellen Zusammenhänge.

Die Fläming-Da(h)men und Herren begeistern mit traditionellem Tanz in Dahme/Mark. Foto: Stadt Dahme/Mark.

Tourist-Information Dahme/Mark

Gelebte Nachbarschaft

Das Stadtquartier Klosterhof in Dahme/Mark

Die Geschichte des heutigen Stadtquartiers Klosterhof nahm vor etwa 700 Jahren ihren Anfang, als sich Mönche des katholischen Karmeliterordens ansiedelten, die dort bis ins 16. Jahrhundert hinein lebten. Seinen vorläufigen baulichen Endpunkt erfuhr das stadtbildprägende Gebäudeensemble rund um den heute denkmalgeschützten Klosterhof nach einer umfassenden und aufwendigen Sanierung in den Jahren 1992 bis 1995. Im Jahre 1734 wurde begonnen, ein größeres Gebäude des Ensembles zum Hospital auszubauen, das schließlich bis 1885 bestand. Später war es Mädchenschule und Museum, heute befinden sich dort eine Wohnung, die Freiwillige Feuerwehr Dahme, Vereinsräume, der Polizeiposten und die Wohnungsbau und Verwaltungs-GmbH. Ein anderes der Gebäude beherbergte die 1890 von Otto Gericke gegründete Likörfabrik, die den seinerzeit über Dahmes Stadtgrenzen hinaus bekannten Kräuterlikör „Samariter" herstellte. Die Produktion kam mit dem Zweiten Weltkrieg zum Erliegen. Mit der Sanierung entstanden dort elf moderne Wohnungen.

Ein prominenter Bewohner des Klosterhofs war der regional bedeutende Heimatforscher und Museumsleiter Ernst Kube (1879–1954). In einem der Wirtschaftsgebäude des Geländes befand sich einst das „Commun-Brauhaus". Da Bier über Jahrhunderte zu den Grundnahrungsmitteln zählte und das Bierbrauen aber immer mit Feuer verbunden war, bestand stets die Gefahr einer Brandkatastrophe. Um dieses Risiko zu mindern, ließ die Stadt 1814 am heutigen Klosterhof in einem der wenigen Massivbauten des Ortes ein Brauhaus einrichten. Per Losentscheid konnten hier die brauberechtigten Bürger reihum Bier brauen. Während der DDR-Ära wurde in dem Gebäude eine Obst- und Gemüseaufkaufstelle betrieben. Nach der Sanierung zog 1995 das Restaurant „Klostergewölbe" ein.

Tür an Tür und Haus an Haus entstanden in den Gebäuden des Ensembles so Nachbarschaften mitten in der historischen Altstadt, die nicht nur voneinander partizipieren, sondern die touristische Attraktivität Dahmes deutlich steigern. Das historische Ambiente des Klosterhofes eignet sich zudem ausgezeichnet zur Durchführung von Veranstaltungen. Zur Dahmer Kneipennacht ist der Klosterhof immer ein beliebtes Ziel, mehrfach fanden daneben schon gut besuchte Klosterserenaden statt. Auch deshalb ist das Kloster zusammen mit dem Hof ausgezeichnet worden. Die Arbeitsgemeinschaft „Städte mit historischen Stadtkernen" hat den Gebäudekomplex zum Denkmal des Monats gekürt. Zahlreiche Gäste füllten den Klosterhof und wohnten sowohl der Auszeichnung wie auch dem sich anschließenden Konzert mit Gerhard Schöne bei. Bei einem geführten Rundgang durch das Klostergelände merkte der Museumsleiter an, dass die Mönche den Bürgern mit Menschlichkeit begegneten, den Bedürftigen zu essen gaben und Kranke sich pflegen lassen konnten. Da sind Parallelen zur heutigen Arbeit der AWO (Arbeiterwohlfahrt) erkennbar, die in den alten Gemäuern des Klosters eine Sozialstation betreibt. Wohlfühlen kann sich auch der Behindertenverband, der ebenfalls dieses aufgewertete Areal als Begegnungsstätte für seine selbstlose Arbeit nutzt. Der gesamte Komplex sieht auf eine bewegte Historie zurück, er war dabei immer – und ist es noch – ein lebendiger Ort nachbarschaftlichen und gesellschaftlichen Zusammentreffens.

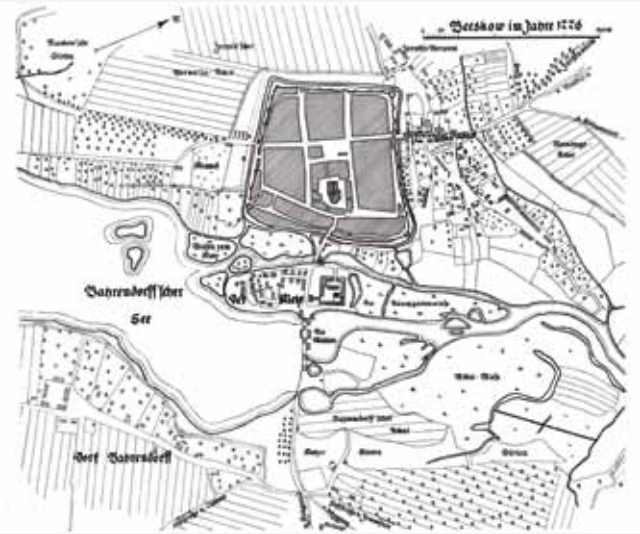
Das Stadtquartier Klosterhof vor der Sanierung, Foto: Stadt Dahme/Mark.

Sascha Bütow

Vielheit statt Einheit:

Nachbarschaften im historischen Stadtkern von Beeskow

Die Stadt Beeskow erscheint heute als eine geschlossene Einheit bestehend aus Burg, Kietz, Stadt und Vorstadt. Diese Einheit ist das Resultat von verschiedenen modernen Verwaltungsreformen des 19. und 20. Jahrhunderts. Das mittelalterliche und frühneuzeitliche Beeskow hingegen charakterisierten unterschiedliche Rechtsräume, in denen verschiedene Personengruppen mit jeweils eigenständigen Vorrechten und Organisationsformen lebten. Diese Rechtsräume wiederum waren durch Abhängigkeits- und Lehnsverhältnisse mal enger mal lockerer miteinander verbunden. Auf dieser Grundlage entstand eine Vielzahl nachbarschaftlicher Beziehungen, deren Spuren sich noch heute im historischen Stadtkern von Beeskow wiederfinden.



Nachgezeichneter Plan der Stadt Beeskow aus dem Jahr 1772. Deutlich sind die historischen Teile der heutigen Stadt Beeskow (Burg, Kietz, Kernstadt und Vorstadt) zu sehen. Bildquelle: Siedler, Jobst: Märkischer Städtebau im Mittelalter, S. 75, Berlin 1914.

An der Spitze der eingangs angesprochenen Gliederung befand sich die Burg Beeskow, die 1316 als „castrum Besekow" in einer Urkunde der Gebrüder Gumbert von Alvensleben erstmals erwähnt wird.[1] Wie neuere Forschungen allerdings nahelegen, ist mit der Errichtung des Gebäudes durch die Herren von Strehle schon ein Jahrzehnt zuvor begonnen worden.[2] Die Burg diente den Stadtherren Beeskows bzw. dessen Stellvertreter als Sitz. Zudem bildete sie den Mittelpunkt der Herrschaft Beeskow, mit der seit dem späten Mittelalter auch die Herrschaft Storkow verbunden war. Die Burg erscheint damit als ein wichtiges Verwaltungszentrum, wo von der Herrschaft u.a. Urkunden ausgestellt worden sind oder Versammlungen (Tage) stattfanden, an denen sich unterschiedliche Konfliktparteien einzufinden hatten, um hier über ihre Streitigkeiten zu verhandeln und diese nach Möglichkeit beizulegen. In diesem Sinne bestimmte zum Beispiel der Beeskower Hauptmann Abraham von Kracht im Jahr 1595 einen „Tagk", an dem die Beeskower Ratsmitglieder beim ihm auf der Burg erscheinen sollten, um hier über die „Hoff und Dienstfuhrn" ihrer Untertanen aus den Dörfern Adriansdorf, Schneeberg, Neuendorf sowie Görzig zu berichten.[3] Die Stadtväter waren zuvor mit ihrem Herrn, dem brandenburgischen Kurfürsten, wegen dieser Dienste in Konflikt geraten, da sie der Auffassung waren, der Kurfürst requiriere ihre Stadtuntertanen über das gebotene Maß hinaus. Auf dem in der Burg abgehaltenen Tag brachte der Beeskower Rat eine Reihe von Dokumenten mit, welche die Rechte der Stadt Beeskow beweisen sollten. Zudem ließ er Zeugen auftreten, die aussagten, dass frühere Herren die genannten Beeskower Untertanen weitaus weniger beanspruchten.

Die Beziehung zwischen der Stadt Beeskow und ihren Herren auf der Burg gestaltete sich aber nicht immer so konfliktträchtig, wie es hier den Anschein macht. Vielmehr schützte der Burgherr die Rechte der Beeskower Bürgerschaft, wozu u.a. die städtische Selbstverwaltung, die Gerichtsbarkeit und das Marktrecht zählten, wie dies beispielsweise die Bestätigungsurkunde des Herzogs Rudolf von Sachsen-

Ansicht auf die Stadt Beeskow von Bahrensdorf aus, angefertigt von Julius Gottheil 1860. Unterhalb der stadtbildprägenden St. Marien Kirche ist der Beeskower Kietz zu sehen. Rechts neben ihm liegt die Burg Beeskow. Bildquelle: Brandenburgisches Album. Hg. v. B. S. Berendsohn. Hamburg 1860, Nr. 12.

Wittenberg aus dem Jahr 1321 vor Augen führt.[4] Umgekehrt war der Stadtherr auf die Hilfe des Beeskower Rates angewiesen, wenn er etwa Transportaufgaben zu verrichten oder Bauvorhaben plante. So bat zum Beispiel Bischof Dietrich von Bülow, nachdem er die Herrschaft Beeskow-Storkow im Jahr 1518 von Ulrich von Bieberstein wiederverkäuflich erworben hatte, die Beeskower Bürgerschaft 1522 darum, „vns eine fuhre Kalck von Furstenwalde" zu holen. Der Kalk wurde für den Bau „An vnserem Hause zu Beeskow" gebraucht, womit die Burg gemeint war, die der Bischof seit 1518 durchaus aufwendig umgestalten ließ.[5] Auch sein Nachfolger, Markgraf Johann von Brandenburg-Küstrin, hatte die Beeskower Stadtväter in den 1560er Jahren „umb etzliche wagennfuhren ersucht", die für „den Peitznischenn baw" (die Festung Peitz, S.B.) bestimmt waren.[6] Der Beeskower Rat wollte solche Dienstleistungen als Entgegenkommen verstanden wissen, aus dem keine Pflicht abgeleitet werden dürfe. Eben hierin drückt sich deutlich das Selbstverständnis der Stadt Beeskow gegenüber ihrem Herrn aus, um das auch im oben erwähnten Rechtsstreit des Jahres 1595 energisch gestritten wurde.

Unweit der Burg Beeskow erstreckt sich zwischen den Armen der Spree eine Siedlung, die nach mehreren Jahrhunderten auch heute noch ein eigentümliches Gepräge aufweist. Gemeint ist der Beeskower Kietz, der bis 1908 eine von der Stadt Beeskow unabhängige Siedlung war und dem Burgherrn unterstand. Dementsprechend führt das Erbregister der Herrschaft Beeskow aus dem Jahr 1514 über die Kietzer aus: „[...] alle gehören Inn des Burderecht zum Schlosze, haben mit der Stadt nichts zue thun".[7] Anders als die Bürgerschaft der Stadt Beeskow waren die Kietzer damit der Burg verpflichtet und mussten für ihren Herrn Dienst verrichten. Im Gegenzug erhielten sie aus seinen Händen umfangreiche Fischereirechte entlang der Spree, die von Alt-Schadow unweit des Spreewaldes bis hinab nach Fürstenwalde reichten. Diese Art der Flussnutzung brachte jedoch auch Konflikte mit sich, insbesondere dann, wenn die Kietzer mit ihren Kähnen Seen und überflutete Ländereien befuhren, die ihnen selbst nicht gehörten. Vor den Toren ihrer Stadt wachte vor allem die Beeskower Bürgerschaft aufmerksam über ihre dortigen Rechte und beobachtete daher ihre Nachbarn genau. Dies betraf auch die Kietzer und den s.g. kleinen Krausnick, eine Liegenschaft, die im Besitz der Stadt war und unterhalb des Luckauer Tores an der Spree lag. Sofern die Spree Hochwasser führte, schien der kleine Krausnick zu überfluten und die Kietzer befuhren die Fläche, um sie zu befischen. Die Beeskower Bürger sahen hierin jedoch eine Verletzung ihrer Stadtrechte, so dass Wenzel von Bieberstein als Herr beider Nachbarn 1456 in ihrem Streit vermitteln musste.[8] Der zwischen allen Parteien erzielte Kompromiss sah vor, dass der kleine Krausnick im Stadtbesitz verbleiben sollte, die Fischer jedoch weiterhin darauf angeln durften. »

Als Gegenleistung hatten die Kietzer dem Beeskower Rat jährlich „an sanct Nicolaus abinde" (6. Dezember, S.B.) drei Hechte zu übergeben, die alle drei „spanne lang" sein sollten[9], was rund 50 bis 60 cm entsprochen haben dürfte.[10] Für den Fall, dass die Hechte kleiner waren, sollte ein vierter dazugegeben werden.

Historische Ansicht der Brücke über den kleinen Arm der Spree. Hier verlief die Grenze zwischen der Stadt Beeskow und der Spreeinsel, auf der die Burg und der Kietz liegen. Bildquelle: zeno.org [Stand: 29.08.2014].

Vor dem Hintergrund solcher Streitigkeiten um Rechte und Liegenschaften grenzten sich die Nachbarn mitunter scharf voneinander ab, wie sich auf der anderen Beeskower Stadtseite vor dem Fürstenwalder Tor beobachten lässt. Hier lag die östliche Vorstadt von Beeskow, die seit dem späten 14. Jahrhundert aus einer ehemaligen ländlichen Siedlung namens Adriansdorf hervorgegangen und größtenteils von Hufenbauern, s.g. Hüfnern, bewohnt worden ist.[11] Diese leisteten, wie oben schon deutlich wurde, gegenüber der Stadt Beeskow Dienste. Ihre Aufgaben erstreckten sich insbesondere auf Fuhrleistungen, die „große Reisen" genannt wurden und immer dann anstanden, wenn der Beeskower Rat „in gemeiner Stadtt nutzen was zu suchen hatt".[12] Daneben gab es auch „kleine Reisen", die beispielsweise ins Beeskower Luch führten oder Holzlieferungen zum Gegenstand hatten. Zudem mussten die Vorstädter wenn der Beeskower Rat Ziegel brennen ließ, „von einer Jeden Huffen 6 fuder Zigelerden fuhren".[13] Darüber hinaus zogen die Beeskower Stadtväter die in unmittelbarer Nachbarschaft vor dem Fürstenwalder Tor lebenden Bewohner für Bauaufgaben heran, wie sie etwa nach dem Besuch des preußischen Königs Friedrich Wilhelm I. 1722 realisiert werden sollten. Ziel der Maßnahmen war u.a. die Pflasterung des Beeskower Markplatzes und der damit verbundenen Zugangswege.[14] Für diese Arbeiten wurden auch die Vorstädter herangezogen, die sich jedoch dagegen zur Wehr setzten, als sie 1725 auch zu Unterhaltszahlungen der Wege und weiteren Arbeiten verpflichtet werden sollten. Dem preußischen König schrieben sie daraufhin, dass ihr über viele Jahre gezeigter „guter Wille, nach allen Recht und Billigkeit zu keiner Schuldigkeit aus geleget werden" dürfe.[15] Diese Argumentation ähnelte stark dem Verhalten der Stadt Beeskow gegenüber ihrem Herrn: Auch die Vorstädter wollten um ihre Bereitschaft zur nachbarschaftlichen Hilfe gebeten werden. Vorausgesetzt werden, durfte sie hingegen nicht.

Ähnlich selbstbewusst traten die Beeskower Bürger den Vorstädtern gegenüber als 1749 ein Streit um das Beeskower Luch entbrannte. Diese unweit in nord-westliche Richtung vor der Stadt liegende fruchtbare Ebene nutzen die Beeskower Bürger als Weidefläche für ihr Vieh und zur Produktion von Heu. Bei den nicht weit entfernten Nachbarn aus der Vorstadt weckte das Luch Begehrlichkeiten, woraufhin sie um Partizipation an den Wiesen- und Weideflächen warben. Innerhalb der Beeskower Bürgerschaft löste dieses Ansinnen jedoch eine Diskussion über die Rechte und den Status der Vorstädter aus, von denen sie sich rigoros unterschieden wissen wollten. So stellten der Beeskower Rat und die Viergewerke (Schneider, Bäcker, Tuchmacher und Schuster) in der Stadt fest, dass die Vorstädter „ei-

gentlich gar nicht zur Stadt [gehören], inmaßen sie aus einem ehemahligen Dorfe Adriansdorff originiren, welches hernach vor unser Stadt hergeleget worden, wie dann diese angebaute Vorstadt den Nahmen des dorffs bis diese Stunde behalten hatt."[16] Vor dem Hintergrund dieser eigenständigen Geschichte der Vorstädter beriefen sich die Beeskower Bürger darauf, dass ihnen das Luch schon gehört habe, bevor „an die Vorstädter gedacht worden".[17] Eine Partizipation von Nicht-Bürgern an der fruchtbaren Fläche lehnte die Stadt aus diesem Grund strikt ab, womit sie ihren Nachbarn mithin deutliche Grenzen aufzeigte.

Neben ihrer eigenen Geschichte definierten sich die unterschiedlichen Gemeinschaften vor allem durch ihre spezifischen Rechte, die sie seit dem Mittelalter aus den Händen verschiedener Herren erhalten hatten. Diese Privilegien waren es auch, die die historischen Siedlungen auf dem Gebiet des heutigen Beeskow voneinander trennten und Stadt, Vorstadt, Burg und Kietz bis in das 19. und 20. Jahrhundert hinein jeweils zu eigenständigen Rechtsräumen machten. Bei aller reklamierten und erstrittenen Eigenständigkeit konnte eine Gemeinschaft kaum ohne die anderen existieren. Vielmehr war man aufeinander angewiesen. So bedurfte die städtische Versorgung der regelmäßigen Fuhrdienstleistungen seitens der Hüfner aus der Vorstadt. Umgekehrt war der städtische Markt für die Hüfner ebenso bedeutsam wie das dortige Gericht des Rates, bei dem sie ihr Recht etwa im Falle von Streitigkeiten mit anderen Dorfschaften der Umgebung anzeigen konnten. Darüber hinaus setzte sich auch der Rat selbst für seine vor dem Fürstenwalder Tor lebenden Vorstädter gegenüber dem Burgherrn oder anderen Rechtsträgern ein. Dies

Eröffnung des Hüfnerhauses in der Beeskower Vorstadt im September 2012 durch Bürgermeister Frank Steffen. Eine Ausstellung in diesem bis in das 17. Jahrhundert zurückgehende Gebäude erinnert an die Geschichte der ehemals eigenständigen Vorstadt und seiner Bewohner. Foto: Peter Riedel, Bielefeld.

machte die Vielheit der verschiedenen Siedlungsräume in Beeskow über Jahrhunderte aus. Die dort lebenden Personen stritten nicht nur um nachbarschaftliche Beziehungen, sie forderten sie zudem ein und lebten ihnen nach. Im historischen Stadtkern von Beeskow erinnern noch heute die Burg, der Kietz und das Hüfnerhaus in der Vorstadt an diese über Jahrhunderte prägende Vielheit der Siedlungsgeschichte und den damit verbundenen Nachbarschaften, ehe staatlich verordnete Verwaltungsreformen neue Nachbarn im nunmehr vereinigten Beeskow hervorbrachte.

Historische Stadtkerne
im Land Brandenburg

Neue Nachbarschaften

Julia Binder

Place matters!

Gedanken zum Umbau des Museums Neuruppin

Urbane Strukturen bestimmen unser Handeln. Straßen, Plätze und Gebäude bilden den materiellen Rahmen unserer räumlichen Umgebung. Sie schaffen Orientierung, sie schaffen Stabilität. Sobald die Stabilität dieses Rahmens nicht mehr gegeben ist, beispielsweise durch Abrisse, Neubauten oder andere bauliche Modifikationen, lassen sich Auswirkungen im alltäglichen Handeln erkennen. So kann der in Routinen eingeschriebene Weg nicht mehr genutzt werden oder der alltägliche Gang zum Supermarkt verlängert sich um mehrere Minuten. Auch der neugeschaffene Platz kann mit Parkbänken zu einem kurzen Verweilen einladen. Die Stadt ist nicht ohne ihre Bewohnerinnen und Bewohner zu denken. Ihre materielle Struktur wirkt auf deren alltägliche Praktiken.

Diese Verbindungen zwischen der Handlungsebene und dem materiellen Rahmen hat der amerikanische Stadtsoziologe Kevin Lynch in seiner Forschung herausgearbeitet. Seine Veröffentlichung aus dem Jahr 1960, The Image of the City, lässt sich mit einer stadtsoziologischen Entwicklung zusammenbringen, in denen der Mensch und seine Handlungen wieder in den Mittelpunkt gerückt werden sollte. In Kritik zu funktionalistischen Modellen der Stadt der Moderne sollten stadtplanerische Ideen und Veränderungen mit der alltäglichen Wahrnehmung der Bewohnerinnen und Bewohner verknüpft werden. In seiner empirischen Studie fragte Lynch in drei amerikanischen Städten (Boston, Jersey City und Los Angeles) nach der subjektiven Vorstellung von Stadt, indem er mit sogenannten mental maps arbeitete. Seine Interviewpartner sollten baulich materielle Orientierungsmerkmale ihrer alltäglichen Wege in selbst gefertigte Skizzen einzeichnen. Er klassifizierte fünf Elemente in seiner Analyse heraus: Pfade (paths), Knotenpunkte (nodes), Markierungen (landmarks), Quartiere (districts) und Begrenzungen (edges). Unter Pfaden verstand er Straßen und Wege. Knotenpunkte waren die Schnittpunkte verschiedener Wege. Als Markierungen bezeichnete er in der Wahrnehmung dominante Referenzpunkte, die sich durch ihre Form von »

Museum Neuruppin: Ausblick in den Museums- und Tempelgarten. Foto: Lorenz Kienzle/Ronka Oberhammer.

Der historische Altbau des Museums im Stadtkern von Neuruppin. Foto: Lorenz Kienzle/Ronka Oberhammer.

der Umgebung absetzten. Quartiere waren größere räumliche Abschnitte, denen bestimmte Eigenschaften zugeschrieben wurden. Als Begrenzungen identifizierte er schließlich räumliche Einfassungen wie Mauern oder Küstenstreifen. Es gab Übereinstimmungen in der Verwendung dieser Elemente. Ein wichtiges Ergebnis seiner Forschung war jedoch, den Akzent auf die subjektive Wahrnehmung des Bildes der Stadt zu lenken.

Auf welche Art und Weise berührt das Gedächtniskonzept nun unsere alltägliche Handlungsebene? Ich verwende Gedächtnis nicht analog zum alltäglichen Wortgebrauch. Gedächtnis verweist im gängigen Verständnis zumeist auf die individuelle Ebene: Gedächtnis ist hier Struktur, die dazu beiträgt, Erinnerungen zu rekonstruieren. Ich möchte Gedächtnis aus einer anderen Perspektive beleuchten, und zwar Gedächtnis als ein soziales Produkt. In dieser Betrachtungsweise interessieren nicht individuelle Gedächtnisprozesse, sondern der gemeinschaftliche Aspekt, das sogenannte kollektive Gedächtnis, sprich die soziale Eingebundenheit von Erinnerungen.

Um Gedächtnis und Stadt miteinander zu verknüpfen, möchte ich auf den französischen Soziologen Maurice Halbwachs zu sprechen kommen. Halbwachs beschäftigte sich bereits in den 1920er Jahren mit den sozialen Dimensionen von Gedächtnis. Halbwachs sah in La mémoire collective das Individuum als Teil pluraler Gruppengedächtnisse. Als eine soziale Gruppe definierte er beispielsweise die Familie, Nachbarschaften, religiöse Gemeinschaften oder politische Vereinigungen. Die Mitglieder dieser Gruppen teilen gemeinsame Erinnerungen, geben sie weiter und modifizieren sie gegebenenfalls. Ein Individuum identifiziert sich Halbwachs zufolge mit verschiedenen Gruppengedächtnissen. Seine Zugehörigkeit ist variabel. Soziales

Blick über die Stadtmauer in den Tempelgarten. Foto: Lorenz Kienzle/Ronka Oberhammer.

Gedächtnis ist folglich nicht fest und stabil, sondern steht im Wandel. So lässt sich ein zentraler Punkt der Forschungen von Maurice Halbwachs darin zusammenfassen, dass Erinnerungen immer aus der Gegenwart heraus rekonstruiert werden und mit alltäglichen Handlungen zu verknüpfen sind.

Wo liegen nun die Berührungspunkte eines Museums zu unseren alltäglichen Handlungen? Wenn wir Stadt im Sinne des Soziologen Louis Wirth als einen dicht besiedelten Raum verstehen, der eine heterogene Sozialstruktur aufweist, so bedeutet dies übertragen auf das Gedächtniskonzept, dass verschiedene Gruppengedächtnisse Orte in der Stadt als bedeutungsträchtig definieren. Nun stellt sich die Frage, auf welche Art und Weise ein Museum überhaupt Berührungspunkte mit den alltäglichen Praktiken der Bewohnerinnen und Bewohner aufweist. Ist seine architektonische Hülle prägnant wahrnehmbar, so dass sie möglicherweise eine Markierung im Sinne von Lynchs landmark darstellt? Ist das Museum in bauliche Strukturen eingebunden, die Begrenzungen (edges) bilden? Können wir das Museum als einen mit Bedeutung geladenen Ort für soziales Gedächtnis bezeichnen?

Das Museum ist ein Bindeglied zwischen Gedächtnis und Stadt. Place matters; lokale Strukturen sind nicht auszublenden. Weil das Bild der Stadt mit der individuellen Wahrnehmung variiert, weil es dynamisch ist, muss das Verhältnis von Gedächtnis und Stadt über Fragen kontinuierlich neu beschrieben werden. Ein Ort, der diese Fragen generieren kann, ist das Museum.

Schloss Doberlug, Foto: Erik-Jan Ouwerkerk

Stadt Doberlug-Kirchhain

Gelebte Nachbarschaft

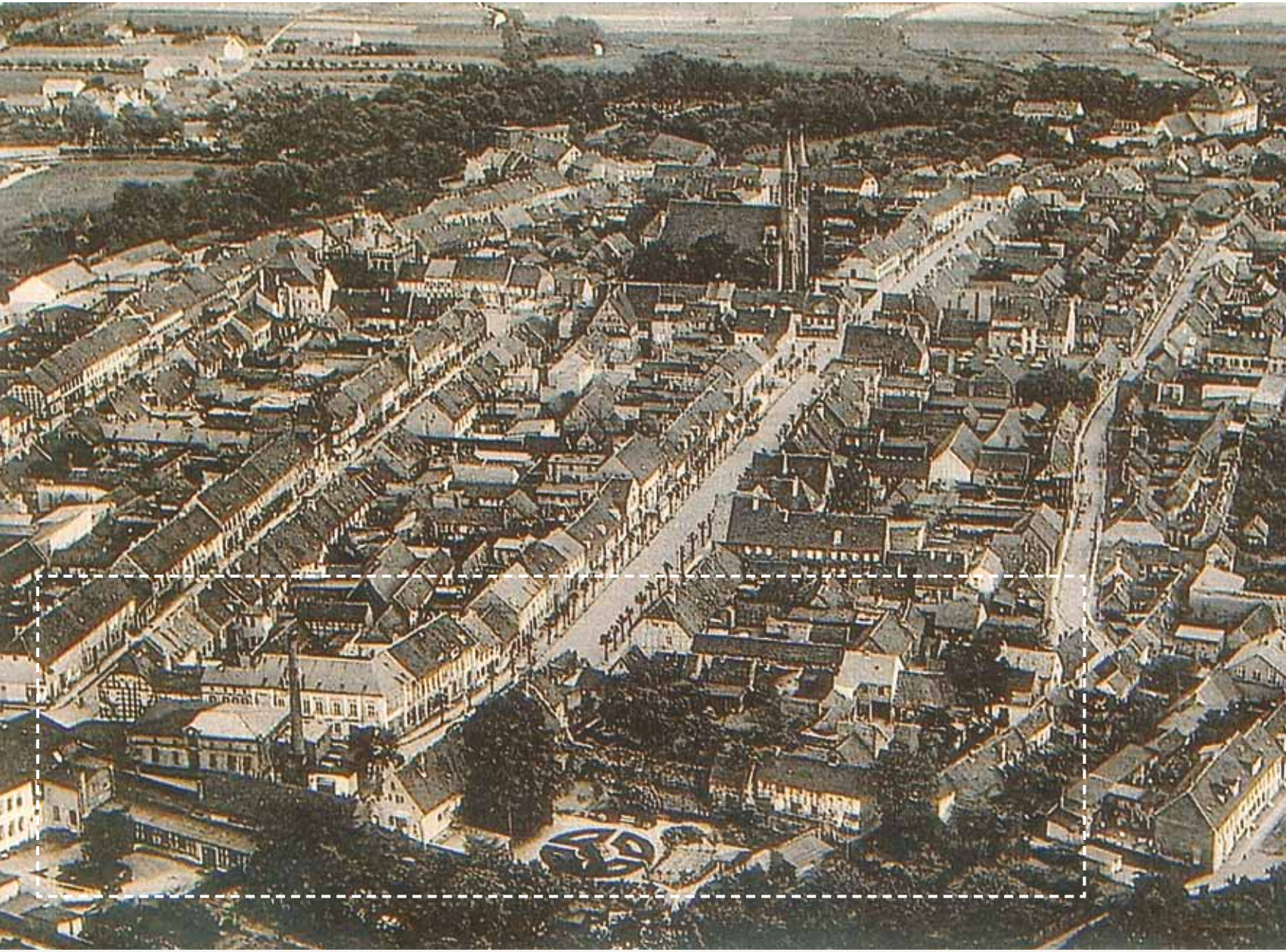
Das Schloss Doberlug

Im August 2014 wurde unter großer Anteilnahme der Öffentlichkeit das Schloss Doberlug als 180. Denkmal des Monats ausgezeichnet, Foto: Heike Lehmann.

Bereits im Jahr 1551 begann der Besitzer der Herrschaft Doberlug, Heinrich von Gersdorf, mit dem Umbau der einstigen Klosterabtei zu einem Schloss. Kurfürst Johann Georg I. von Sachsen erwarb 1624 den Besitz, um in den Wäldern bei Doberlug ungehindert auf die Jagd gehen zu können. Auch unter seinem Sohn, Herzog Christian von Sachsen-Merseburg († 1691), wurden die Bauarbeiten fortgeführt und das Schloss erhielt unter Hinzufügung des südlichen und östlichen Flügels einen rechteckigen Grundriss. Die unregelmäßige Vierflügelanlage umschließt einen großen Innenhof. Nord- und Südflügel sind dreigeschossig ausgebildet, wobei Ost- und Westflügel jeweils nur zwei Geschosse besitzen. Im Erdgeschoß des Schlosses sind fast ausschließlich Kreuzgratgewölbe, im Obergeschoß eine Vielzahl von Räumen mit Stuckdecken anzutreffen. Nach dem Übergang der Schlossanlage in preußischen Besitz zogen u. a. Abteilungen der Justiz-, Forst- und Steuerbehörde in das Gebäude ein. In der DDR wurde es von der Nationalen Volksarmee als Kaserne genutzt.

Im Jahre 2014 wurde in Doberlug im Rahmen der ersten Brandenburgischen Landesausstellung die wechselvolle Geschichte der Nachbarländer Sachsen und Preußen thematisiert. Zu diesem Anlass wurde auch das Schloss vollständig saniert. Die Außenhüllensanierung basierte auf historischen Bauunterlagen und auf restauratorischen Untersuchungen sowie Befunden. Die Arbeiten am und im Schloss begleitete das Büro Dr. Krekeler Generalplaner GmbH aus Brandenburg. Einige der bedeutsamen Befunde wurden für die Schlossbesucher sicht- und somit erlebbar gestaltet. Für die Sanierung der Schlosshülle sind ca. 3,8 Mio. EUR Budget aus der Städtebauförderung veranschlagt worden. Für den Innenausbau des Schlosses Stufe 1 fielen ca. 5,0 Mio. EUR Baukosten an, wobei neben einem städtischen Anteil im Wesentlichen Zuwendungen aus verschiedenen Förderprogrammen vereinbart worden sind. Ebenfalls mit wertvoller Hilfe von Zuwendungen u. a. aus der Stadtsanierung wurden die Außenbereiche des Schlossareals aufgewertet.

Die seit dem Jahr 2000 bis ca. 2020 fortlaufende Sanierung des Schlosses und des Schlossareals nimmt einen sehr hohen Stellenwert in der Gesamtsanierungsstrategie der Stadt Doberlug-Kirchhain ein. Durch die Wiederherstellung des Ensembles Schloss, Klosterkirche, Refektorium, Klosterklausur und Rautenstock sind wichtige Standortfaktoren in der Stadt selbst und im Landkreis Elbe-Elster geschaffen worden, die zu einer Belebung und Bekanntmachung des historischen Stadtkerns von Doberlug mit Ausstrahlung in das Umland führen. Das gesamte historische Schlossareal soll mit tatkräftiger Unterstützung des Landkreises dauerhaft dessen kulturtouristischer Mittelpunkt werden. Die Eröffnung der Ersten Brandenburgischen Landesausstellung im Jahr 2014 unter dem Titel „Preußen und Sachsen. Szenen einer Nachbarschaft" stellte hierzu einen äußerst wichtigen Meilenstein dar. Herausragende Kunstwerke, originale Dokumente und moderner Medieneinsatz ließen auf über 800 m² im Doberluger Schloss Szenen aus der preußisch-sächsischen Nachbarschaft aus der Zeit vom 17. bis 19. Jahrhundert lebendig werden.



Historische Ansicht der Altstadt, links im Vordergrund die Wohnhäuser am ehemaligen Franziskanerkloster. Foto: Archiv Stadt Kyritz.

Rainer Lehmann

Alte Nachbarhäuser – neue Hausnachbarn

Quartiersentwicklung

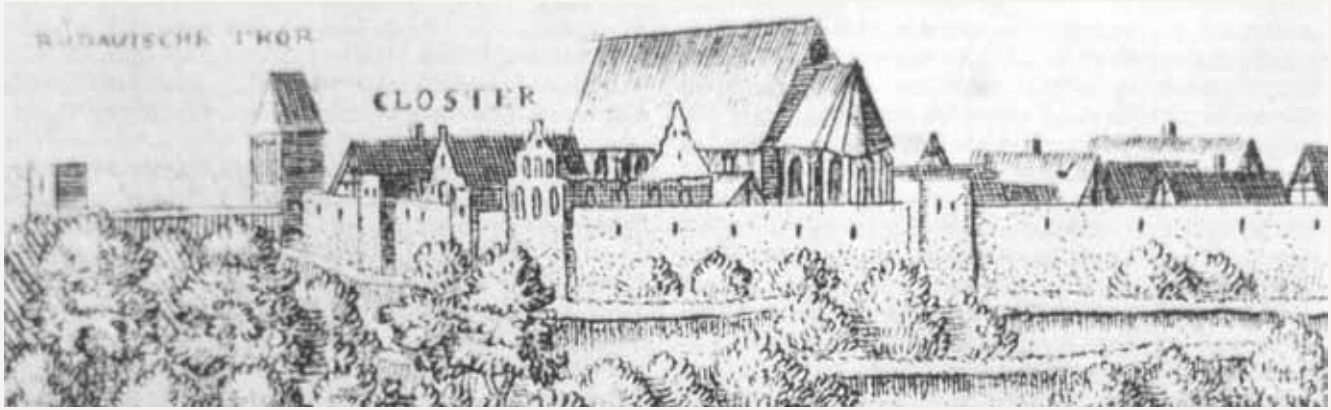
„Der Grundriss der Stadt ist noch aus dem Mittelalter". Mit diesen Worten werden häufig Beiträge zur Stadtgeschichte eingeleitet. Im Land Brandenburg entstanden die meisten der heutigen Städte im Zuge der Ostkolonisierung im 12. bis 14. Jahrhundert als planmäßig angelegte Siedlungen. Dass sich die Grundrisse der ersten Jahrhunderte der Stadtgeschichte bis in die Gegenwart erhalten haben, darf aber zunehmend bezweifelt werden.

Vor allem die Stadtarchäologie, die in den letzten zwei Jahrzehnten im Zusammenhang mit der Sanierung der historischen Stadtkerne im Land eine Vielzahl von Grabungen begleitete, konnte wesentlich zu neuen Erkenntnissen der stadtgeschichtlichen Entwicklung beitragen und dabei auch zahlreiche stadträumliche Neustrukturierungen nachweisen.

Für die Altstadt von Kyritz ist belegt, dass die für planmäßig angelegte Kolonistenstädte typische Gitterstruktur des Straßennetzes im Laufe der Jahrhunderte Veränderungen erfahren hat. Nicht nur dass die Hauptstraßen verbreitert und begradigt wurden, sondern es entstanden auch neue Stadträume wie beispielsweise der Marktplatz, dessen heutiges Raumgefüge sich erst in der frühen Neuzeit formte. Ebenso erfuhr das Quartier um das ehemalige Franziskaner Kloster im 18. Jahrhundert eine städtebauliche Neuordnung.

Nach der Säkularisierung des Klosters 1541 vollzog sich in den folgenden Jahrhunderten ein Bedeutungs- und Nutzungsverlust für das gesamte Stadtquartier, dem tiefgreifende bauliche Veränderungen folgten.

Welche Fläche das Klostergelände im Mittelalter nach Süden und Osten einnahm, konnte bis heute nicht eindeutig bestimmt werden. Archäologische Grabungen fanden jedoch nur wenige Zentimeter unter dem Fußboden beim Abriss des früheren Eckgebäudes Johann-Sebastian-Bach-Straße 5 Oberflächenbefestigungen aus Feldsteinen, die einem Weg zugeordnet werden konnten, der direkt auf den Eingang im Klausurflügel führte. Entlang dieser Wegeführung, die etwa um 45° von der charakteristischen nordsüdlich und ostwestlich ausgerichteten Gitterstruktur des Straßennetzes der Altstadt abweicht, konnten auch Reste von Bebauung nachgewiesen werden. Auf Grund der stratigrafischen Befundlage geht man davon aus, dass diese Flächen dem ehemaligen Klosterbereich zuzuordnen sind.[1] »



Ansicht der offensichtlich baufälligen Klosteranlage mit Klausurflügel und Klosterkirche, Ausschnitt des Kupferstichs von Daniel Petzold um 1715. Foto: Archiv Stadt Kyritz..

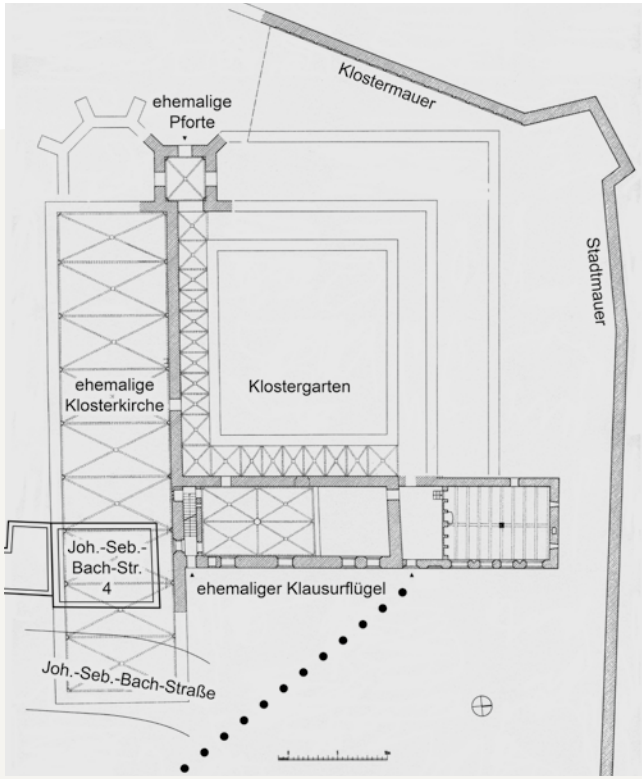
Im Jahr 1704 wurde das Grundstück des Klosters mit der Auflage verkauft, die baufälligen Gebäude im heutigen Klostergarten abzureißen und damit die zu erhaltenden baulichen Anlagen wie das Klausurgebäude und die Kirche instandzusetzen. Nachdem die Klosterkirche St. Johannis bis 1714 neun Jahrzehnte als Stadtkirche diente – da die Stadtkirche St. Marien am Marktplatz nach einem Stadtbrand eine Ruine war – nutzte man diese danach noch einige Zeit als Garnisonskirche. Als diese Funktion verlorenging, erfolgte nach einer Versteigerung 1790 der Abriss der Kirche bis auf die heute erhaltenen Teile der Nordwand und der Pforte.

Vermutlich um diese Zeit – spätestens nach dem Stadtbrand von 1825 – vollzog sich die städtebauliche Neuordnung in diesem Stadtbereich. Erst damals entstand die heutige Straßenführung der Johann-Sebastian-Bach-Straße zwischen Pritzwalker Straße und Klosterstraße, und auch die Grundstücke mit den Nummern 1, 3, 5, 7 sowie auf der gegenüberliegenden Straßenseite die Grundstücke Nr. 4 und 6 sowie ein weiteres nicht mehr bestehendes Haus wurden erst damals in der heutigen Bauflucht errichtet.

Das Fachwerkhaus Johann-Sebastian-Bach-Straße 4 steht mitten im früheren Kirchenschiff und der Südgiebel des Hauses gründet auf den Fundamenten der Südwand der Kirche. Ursprünglich reichte das turmlose Kirchenschiff bis in den heutigen Straßenraum der Johann-Sebastian-Bach-Straße. Seine Gewölbeansätze sind am Südgiebel des Klausurgebäudes noch ablesbar. Das Klosterquartier ist nur ein Beispiel, wie auch in früheren Jahrhunderten teilräumlich differenziert und mit unterschiedlicher Dynamik sich städtebauliche Veränderungen vollzogen.

Baugeschichte der Gebäude

Zum Baubestand der nördlichen Johann-Sebastian-Bach-Straße gibt es nur sehr wenige Angaben. Das Fachwerkhaus Johann-Sebastian-Bach-Straße 4 soll 1793 errichtet worden sein. Aus der Zeit um 1800 dürfte auch das spätbarocke Haus Nr. 7 stammen. Seine Raumstrukturen mit dem großzügigen Eingangsbereich und dem Durchgang zum Hof haben im Laufe der Zeit wenige Eingriffe erfahren. So ist die barocke Treppenanlage bis in die Gegenwart erhalten und bildet heute einen besonderen Schmuck im Inneren des Gebäudes. Die sanierungsbedürftige Straßenfassade konnte in bauzeitlicher Fassung erneuert werden. Im Zuge der Sanierung des als Einzeldenkmal geschützten Gebäudes in den Jahren 2011–2013 entstanden zwei 2-Raum- und zwei 3-Raum-Wohnungen nach heutigem energetischem Standard. Zudem verbessern Terrassen oder Balkone die Wohnqualität.



Rekonstruktionszeichnung der ehemaligen Klosteranlage von Detlef von Olk mit ergänzenden Erläuterungen der Darstellung. Zeichnung: Detlev von Olk.

Durch Archäologen freigelegter Feldsteinweg auf dem Baufeld des Eckgrundstückes Johann-Sebastian-Bach-Straße 5. Foto: Archäologie-Agentur Dr. Dittrich & Geßner GbR.

Die Bebauung in der Johann-Sebastian-Bach-Straße 3 und 5 ist vermutlich ebenfalls im 18. Jahrhundert entstanden. Die vorhandenen Gebäude sind aber erst zu einem späteren Zeitpunkt in Ziegelbauweise ausgeführt und im vorigen Jahrhundert baulich am stärksten überformt worden, so dass die ursprüngliche Gestaltung und frühere Wohngrundrisse nicht mehr eindeutig nachvollziehbar waren.

Die vorgefundenen Raumstrukturen des ehemaligen Eckgebäudes Nr. 5 legen die Vermutung nahe, dass es in der Vergangenheit auch Lagerzwecken gedient haben könnte. Da ein abgebrochener Sanierungsversuch das Gebäude mehrere Jahre ohne Dachdeckung der Witterung ausgeliefert hatte, musste die Altbausubstanz durch einen Neubau ersetzt werden.

Das Haus Nr. 3 rekonstruierte man in der DDR-Zeit und baute das Dachgeschoss aus. Im Zuge dieser Erneuerungsmaßnahme erhielt das Gebäude für die Altstadt untypische liegende Fenster, die mit der Sanierung wieder auf die historischen Öffnungen zurückgebaut wurden. Auch die ehemals im Gebäude vorhandene Tordurchfahrt, die zwischenzeitlich zu Wohnzwecken umgenutzt war, ist mit der Sanierung wieder hergestellt worden und ermöglicht die Erschließung des Hofes. Das ausgebaute Dachgeschoss blieb bestehen und erhielt zusammen mit dem Haus Nr. 5 ein Mansarddach mit Gauben. Insgesamt sind in den ursprünglich zwei Gebäuden – die jetzt zu einem Haus mit der Nr. 5 zusammengelegt wurden – acht Wohnungen von 45 m² bis 75 m² vorhanden. Alle Wohnungen in den Obergeschossen sind über den neu eingebauten Fahrstuhl erreichbar und der nach Süden orientierte hofseitige Gartenblick ist Teil der guten Wohnqualität. Der begrünte Innenhof, der von allen Bewohnern gemeinsam genutzt werden kann, bietet neben den funktionell notwendigen Abstell- und Unterstellmöglichkeiten Raum für nachbarschaftliche Aktivitäten der neuen Mieter. »

Denkmalgerecht instandgesetzte Nordwand der ehemaligen Klosterkirche mit erhaltenen Gewölbeansätzen am Giebel des Klausurgebäudes. Foto: ews Stadtsanierungsgesellschaft mbH.

Wohnnutzung im ehemaligen Klausurflügel des Franziskanerklosters.
Foto: Stadt Kyritz.

Das nach 1850 errichtete Gebäude Johann-Sebastian-Bach-Straße 1 und das aus der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts stammende Fachwerkhaus Hamburger Straße 43 befinden sich auf einem wesentlich kleineren Eckgrundstück. Beide Gebäude haben nur begrenzte bauliche Eingriffe erfahren, besaßen durch die über Jahrzehnte erfolgte Vernachlässigung von Erhaltungsmaßnahmen jedoch einen grundhaften Sanierungsbedarf. Im Ergebnis der Erneuerungsmaßnahmen entstanden sechs 2-Raum-Wohnungen unterschiedlicher Größe mit Balkonen und Terrassen. Die geringe Grundstücksgröße machte den Abriss des vorhandenen Nebengebäudes erforderlich, um auch auf diesem Grundstück angemessenen Freiraum für die neuen Mieter zu schaffen.

Im Wesentlichen sind die alten Nachbarhäuser geblieben, die einen mit „neuer alter" Ansicht und die anderen sogar ge„LIFT"et. So stehen wieder Haus an Haus und Tür an Tür, nur ein wenig barrierefreier und energieeffizienter als zu ihrer Bauzeit, als nicht nur diese Begriffe noch unbekannt waren.

Eigentümer und Bewohner

Aus alten Grundbüchern geht hervor, dass die Eigentümer der Grundstücke in der nördlichen Johann-Sebastian-Bach-Straße im 18. Jahrhundert fast ausnahmslos Handwerksmeister waren, allerdings sind auf den Grundbuchblättern zu allen Grundstücken noch außerhalb der Stadt liegende Äcker, Wiesen und Weideland eingetragen sowie häufig Hausgärten ausgewiesen und auf allen Grundstücken werden Hintergebäude, Ställe und Nebengebäude beschrieben[2] – insgesamt alles Indizien für die damalige Ackerbürgerschaft.

Selbst zu dem Grundstück – heute Johann-Sebastian-Bach-Straße 5 und 7 –, deren Eigentümer 1785 der damaliger Kyritzer Bürgermeister Steiniger war, gehörten ein Acker im Kleinen Stadtfeld, eine Wiese Am Buchholz sowie Nutzungsrechte auf der Stolpschen Wiese. Auf dem Grundstück, das er 1791 an einen „Justiz-Commissionsrath" verkaufte, gab es im Hofraum einen Hausgarten, zwei Ställe und Nebengebäude.[3] Das heißt, dass nicht nur Handwerksmeister, sondern auch honorige Funktionsträger der damaligen Stadtgesellschaft nicht auf Ackerbürgerwirtschaft verzichten konnten.

Diese Nutzung der Grundstücke durch private Eigentümer setzte sich in der Regel bis Mitte des 20. Jahrhunderts fort. Durch Erbschaft oder Kauf wechselten im Laufe der Generationen die Eigentümer der Grundstücke, wobei ab Mitte des 19. Jahrhunderts festzustellen ist, dass die Acker- und Wiesenflächen bei den Grundstücksverkäufen mitunter nicht mehr mit veräußert wurden.

Als nach dem Ende des 2. Weltkriegs durch die hohe Anzahl zerstörter Wohnungen vor allem in den Großstädten und durch die Aufnah- »

Johann-Sebastian-Bach-Straße 7 sowie das anschließende Eckgebäude Nr. 5 nach den Sanierungs- und Umbaumaßnahmen. Foto: ews Stadtsanierungsgesellschaft mbH.

Das sanierte Gebäudeensemble Hamburger Straße 43 und Johann-Sebastian-Bach-Straße 1, 3, 5. Foto: ews Stadtsanierungsgesellschaft mbH

me der Umsiedler aus den Ostgebieten eine extreme Wohnungsnot bestand, erfolgten zum Teil auch Einquartierungen in den Privathäusern. Dadurch entstanden in den in aller Regel von den Eigentümerfamilien bewohnten Gebäuden zum Teil erstmals Mietwohnverhältnisse, da Räume oder Teile des Hauses an Personen außerhalb der Familie abgegeben werden mussten.

Eine einschneidende Nutzungszäsur erfuhren die Gebäude Johann-Sebastian-Bach-Straße 3, 5, 7 sowie Johann-Sebastian-Bach-Straße 1 und Hamburger Straße 43, die jeweils auf einem Flurstück standen, in der DDR-Zeit. Beide Grundstücke gingen in staatliches Eigentum über. Dafür gab es damals in der Regel zwei Gründe. Im ersten Fall hatten die Eigentümer „... ohne Beachtung der polizeilichen Meldevorschriften die DDR"[4] verlassen wie die amtliche Beschreibung für „Republikflucht" lautete. Im zweiten Beispiel konnten die Eigentümer aufgrund ihrer Einkommensverhältnisse bzw. der durch den Staat festgesetzten, nicht kostendeckenden Mieten die Instandhaltung des Gebäudes nicht ermöglichen und „schenkten" das Grundstück dem Staat.

Nach den damals geltenden rechtlichen Bestimmungen der DDR wurden beide Grundstücke mit allen fünf Gebäuden zu Volkseigentum und der Volkseigene Betrieb (VEB) Gebäudewirtschaft Kyritz wurde Rechtsträger. Spätestens mit dieser „Vergesellschaftung" des Privateigentums vollzog sich auch die Umwandlung von privatem Wohneigentum in staatliche Mietwohnungen.

Spätbarocke Treppenanlage des Einzeldenkmals Johann-Sebastian-Bach-Straße 7 nach der Sanierung. Foto: Erik-Jan Ouwerkerk.

Blick aus dem Flur der Hamburger Straße 43 in den Innenhof. Foto: ews Stadtsanierungsgesellschaft mbH.

Nach 1990 stellten die Eigentümer bzw. deren Erben Rückübertragungsanträge für die betroffenen Grundstücke, denen durch das Amt zur Regelung offener Vermögensfragen stattgegeben wurde, womit die Grundstücke mit allen Gebäuden wieder privatisiert wurden. Die neuen Eigentümer führten jedoch keine Instandsetzungs- und Modernisierungsmaßnahmen durch, was zu einem weitgehenden Leerstand der Wohnungen und Gebäude führte.
Nachdem die Besitzer der Häuser Nr. 1 und 43 das Grundstück an die Kyritzer Wohnungsbaugesellschaft (ehemals VEB Gebäudewirtschaft Kyritz) übertrugen und ein Sanierungsversuch der Häuser Nr. 3, 5, 7 durch einen neuen Eigentümer scheiterte, erwarb das Wohnungsunternehmen diese Gebäude und sanierte auf der Grundlage eines Nutzungs- und Finanzierungskonzeptes des Sanierungsträgers der Stadt das gesamte Gebäudeensemble mit fünf Häusern. Im Ergebnis entstanden 18 Wohnungen, davon elf barrierefrei.
Damit gibt es im Bereich des Klosterviertels wieder zahlreiche Mieter und somit schließt sich ein Kreis zur Entstehungsgeschichte der Stadt, als sich die Bettelmönche an diesem Standort ansiedelten. Denn Mönche waren auch nur Mieter, wenn auch besondere.

Das Spree-Charlet in Lübbenau/Spreewald, Foto: Erik-Jan Ouwerkerk.

Bettina Brandt

Gelebte Nachbarschaft

Das Spree-Chalet in Lübbenau/Spreewald

Das Hauptgebäude in der Dammstraße 18 und die eingefasste Hofstelle sind prägend für die vorstädtische Bebauungsstruktur in der Dammstraße. Bis ins 19. Jahrhundert lebten die Einwohner Lübbenaus vor allem von der Landwirtschaft und dem Handwerk. Gegen Ende des Jahrhunderts erlangte der Fremdenverkehr zunehmende Bedeutung. Die Einwohnerzahl stieg und die Stadt wuchs über ihre Grenzen hinaus. Zu dieser Zeit entstand auch die Bebauung in der Dammstraße. Mit seiner anspruchsvollen Fassadengestaltung, seiner stattlichen Größe, der massiven Bauweise und der großzügigen Hofanlage ist das Anwesen in der Dammstraße 18 ein anschauliches Beispiel der Stadtentwicklung Lübbenaus und der Architektur des Historismus um 1900. Einige weitere eindrucksvolle Villen dieser Zeit reihen sich in der westlichen Dammstraße in eindrucksvoller Nachbarschaft aneinander und dokumentieren die Lebensverhältnisse aber auch das Repräsentationsbedürfnis der damaligen Einwohnerschaft.

Das Grundstück in der Dammstraße 18 wurde 1901 mit einem Vorderhaus, einem Nebengebäude – ursprünglich als Speicher und Remise genutzt – sowie einem Stallgebäude bebaut. Die drei Gebäude gruppieren sich um einen mit Klinkern gepflasterten Hof. Das unter Denkmalschutz stehende Gebäudeensemble liegt zentral im Sanierungsgebiet, nur etwa 100 Meter vom überregionalen Kahnfährhafen entfernt. Das imposante mit Stuck verzierte siebenachsige Hauptgebäude wurde als Wohnhaus im Stil der Neorenaissance errichtet und von mehreren Mietparteien bewohnt.

Da der Instandhaltungs- und Modernisierungszustand nicht mehr angemessen waren, stand das Gebäude seit 2010 größtenteils leer. Im gleichen Jahr wurde das Haus von Familie Knabe erworben und nach umfassender Sanierung und Modernisierung 2012/2013 zu einer besonderen Apartmentanlage, dem Spree-Chalet, umgebaut. Im Vorderhaus sind neun hochwertige Apartments entstanden, die im Stil der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert eingerichtet wurden.

Familie Knabe nimmt im April 2014 die Auszeichnung „Denkmal des Monats" entgegen, Foto: Erik-Jan Ouwerkerk.

Dabei legte man auf den Erhalt und die Aufarbeitung vorhandener zeittypischer Attribute wie Türen, Böden usw. größten Wert. Die Eigentümer haben dafür selbst Hand angelegt und darüber hinaus das gesamte Sanierungsverfahren alleine engagiert gesteuert und begleitet. Die beiden Nebengebäude aus rotem Klinker wurden in das Konzept integriert und beinhalten heute zwei weitere Apartments und Unterstellmöglichkeiten für Fahrräder, Hofmöblierung u.a.

Das stadtbildprägende Ensemble trägt durch seine Umnutzung zu touristischen Zwecken zu einer deutlichen Belebung des Wohnstandortes Dammstraße bei. Hervorragend gelungen ist den Eigentümern neben der Sanierung der Gebäude die Wiederherstellung einer typischen Hofsituation aus der Gründerzeit. Parallel zur Sanierung des Spree-Charlets erfolgte seitens der Stadt Lübbenau die vollständige Neugestaltung der gesamten Dammstraße. Im April 2014 wurde das Spree-Charlet als Denkmal des Monats ausgezeichnet und Familie Knabe für ihr städtebauliches Engagement mit einer Urkunde geehrt.

Monika Fenn/Christopher Brandt

»Time-Travel-Treasures«

Eine Mobile-Learning-App zur Erkundung des historischen Altlandsberg

Das Stadtentwicklungs-Team Altlandsberg wünschte sich für die Beteiligung am Themenjahr „Tür an Tür und Haus an Haus – Nachbarschaften in der historischen Stadt" ein Konzept zur Erschließung des historischen Stadtkerns, in dem die unmittelbare Nachbarschaft des ehemals königlich-preußischen Schlossgutes und der Ackerbürgerstadt sichtbar wird. Damit sollte eine möglichst heterogene Zielgruppe (Gäste des Schlossgutes, Fahrradtouristen, Hinzugezogene und auch Schulklassen) angesprochen werden. Zum Zeitpunkt dieser Anfrage startete der Lehrstuhl für die Didaktik der Geschichte am Historischen Institut der Universität Potsdam gerade ein interdisziplinäres Projekt mit dem Lehrstuhl für Komplexe Multimediale Anwendungsstrukturen am Institut für Informatik. Das Ziel dieser Kooperation bestand darin, ein GPS-gesteuertes mobiles Lernspiel für die Erschließung historischer Lernorte zu entwickeln. Auf der Grundlage dieser Kooperation und eines entsprechenden Pilotprojektes für den Park Sanssouci in Potsdam entstand der Vorschlag, den historischen Stadtkern Altlandsbergs über eine App zu erkunden, die auf Smartphones und Tablets spielbar ist. Die eigens für Altlandsberg entwickelte Konzeptidee „Time-Travel-Treasures: Das verlorene Manuskript" fand die Zustimmung der Verantwortlichen.

Allgemeine Voraussetzungen des Konzeptes: Eine Gesellschaft und Lernen wird digital

Der so genannte „Digitale Wandel", der in unfassbar kurzer Zeit zu einem selbstverständlichen Teil unseres Alltags geworden ist, erfasst gegenwärtig immer mehr Lebens- und Gesellschaftsbereiche: In handelsüblichen Smartphones und Tablets steckt heute mehr Rechenleistung als in einem durchschnittlichen PC vor zehn Jahren. Moderne Datenübertragungsverfahren ermöglichen zudem einen kabellosen Zugriff auf das Internet. Die Nutzung von Kommunikationsmedien ist damit nicht mehr ortsgebunden. Diese Entwicklung hat Folgen für schulische und außerschulische Lernsituationen: Die unmittelbare Vernetzung der Lerner ermöglicht etwa einen Austausch über Lernplattformen, die eine Art „virtuelles Schulhaus" darstellen, das nun von überall betreten werden kann. Mediales Lernen kann damit auch außerhalb von Häusern mit Netzzugang stattfinden.

Geschichtsdidaktische Konsequenzen: Historisches und mobiles Lernen

Die Möglichkeiten dieser neuen digitalen Informationstechnik eröffnen für das Lernen am historischen Ort besondere Chancen. Hierzu ein Beispiel aus der preußischen Geschichte, das auch im Pilotprojekt der App von Relevanz ist: Das nach dem Siebenjährigen Krieg erbaute Neue Palais in Potsdam repräsentiert in seinen gewaltigen Ausmaßen den neuen Anspruch Preußens als europäische Großmacht. Weder eine Fotografie noch ein Gemälde kann die Größe dieses Gebäudes und den damit ausgedrückten Machtanspruch abbilden. Erst ein Rundgang von mehr als 500 Metern und ein Blick auf die 50 Meter hohe Kuppel am historischen Ort selbst können diesen Eindruck hervorrufen und das neue Selbstbewusstsein Preußens verdeutlichen. Die Betrachter begreifen, dass Raum bewusst als Machtausdruck genutzt wurde und wird.[1] Nun ist der Besuch einer Schlossanlage im Rahmen einer Exkursion natürlich nichts Neues. Innovativ sind dagegen die Möglichkeiten, die sich mit modernen Kommunikationsmedien ergeben. Bislang bestand vor einer historischen Exkursion die Notwendigkeit, das erforderliche Material (Schrift- und Bildquellen oder Darstellungen), das die Schülerinnen und Schüler zur selbstständigen Erkundung benötigten, zunächst zusammenzustellen und zu kopieren. Weiter erwies sich das Hantieren mit dem Papier vor Ort oft als umständlich. Nun ist es möglich, die notwendigen Quellen und Darstellungen digital zu bündeln und papierlos und theoretisch in unbegrenzter Menge nutzbar zu machen. Die Lerner können die Ergebnisse ihrer Erkundung zudem sofort digital fixieren und ihren Mitschülerinnen und -schülern auf einer Plattform zugänglich machen. Im Klassenzimmer kann das Konzept bearbeitet und mit dem digital verfügbaren Material problemlos verbunden werden. Präsen-

Im historischen Stadtkern von Altlandsberg. Foto: Erik-Jan Ouwerkerk.

tationen sind daher schneller und unkomplizierter herstellbar. Zu diesen eher organisatorischen Vorteilen kommt der besondere Reiz, den der Umgang mit den neuen Medien auf die jungen Lerner ausübt. Es entspricht deren Kommunikationsgewohnheiten, sich mit Smartphone und Tablet untereinander zu verständigen. Diese Affinität zu den neuen Medien sollte für historisches Lernen genutzt werden, um Lernanreize zu schaffen.

Die praktische Umsetzung: Die Entwicklung der Mobile-Learning-App

Die Affinität zu neuen Medien ist nicht nur bei Schülerinnen und Schülern zu finden, sondern auch bei Erwachsenen. Da diese oft auch mit einer großen Spielfreude verbunden ist, war es naheliegend die App als Lernspiel zu konzipieren. Eine Rahmenhandlung verbindet die historischen (Lern-)Orte bzw. Lernstationen inhaltlich und organisatorisch. Eine typische Gesetzmäßigkeit einer Erzählung sind so genannte „Plotpoints", eine Art Gelenkstelle, die dem Verlauf der Erzählung eine neue Richtung gibt. Das heute bekannteste Schema in der Tradition von Aristoteles ist das Modell des fünfaktigen Regeldramas nach Gustav Freytag.[2]

Für den Zweck, unterschiedliche historische (Lern-)Orte miteinander zu verbinden, lag es nahe, diese sogenannten Plotpoints mit den Waypoints, also den Stationen der Exkursion, zu verbinden. Dabei bleibt dem Lerner ein nachvollziehbarer Freiraum zur eigenen Betätigung. Der Spieler kommt über einen Avatar, also eine künstliche Person oder einen grafischen Stellvertreter einer real existierenden Person in einem virtuellen Raum, in eine bestimmte Konfliktsituation. Diese kann er nur lösen, wenn er den einzelnen Stationen folgt und die dort an ihn gerichteten Aufgaben löst. Diese einzelnen Stationen teilen sich in Basis- und Bonusstationen. Die obligatorischen Basisstationen werden von den zentralen Lernobjekten gebildet. Aus diesem Grund definieren sie auch den Weg. Die fakultativen Bonusstationen liegen dagegen in der Nähe von oder auf dem Weg zwischen zwei Basisstationen und weisen tendenziell einen geringeren Schwierigkeitsgrad auf. Einen besonderen Anreiz, sich dennoch mit einer solchen Station und den mit ihr verbundenen Aufgaben zu beschäftigen, schafft ein Credit-System. An den Bonusstationen können sich die Spieler „Credits verdienen", die sie unter Umständen für die Basisstationen brauchen können. Sollte dort nämlich eine Basisaufgabe zu kompliziert sein, gibt es die Möglichkeit, Hilfe in Anspruch zu nehmen, die die Spieler über die Credits „bezahlen" müssen. »

Auf dieser Grundlage entwickelten die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Lehrstuhls für die Didaktik der Geschichte und des Lehrstuhls für Komplexe Multimediale Anwendungsstrukturen verschiedene technische Aufgabentypen:

Single- und Multiple-Choice: Die Single- und Multiple-Choice-Aufgaben funktionieren nach bekanntem Muster. Aus einer Liste möglicher Antworten muss eine bzw. müssen mehrere richtige Lösungen gefunden werden.

Text-Input: Bei einer Text-Input-Aufgabe erfolgt die Kontrolle der Aufgabenlösung über eine Texteingabe. Dabei kann es sich um Wörter, aber auch um Zahlen handeln.

Point-Select: Während die ersten beiden Aufgaben eher textorientiert funktionieren, steht beim Aufgabentyp Point-Select das Bild im Mittelpunkt. Das Aufgabenziel ist es hier, bestimmte Punkte in einem Bild zu markieren.

GPS-basiert: Dieser Aufgabentyp erfasst die Position der Spieler. Der Erfolg der Aufgabenlösung ergibt sich daraus, ob es den Spielern gelungen ist, eine bestimmte Position ausfindig zu machen.

Die Umsetzung vor Ort: Eine Mobile-Learning-App zur historischen Erkundung Altlandsbergs

Die in unmittelbarer Nähe zu Berlin gelegene Kleinstadt Altlandsberg kann auf eine fast 800jährige Geschichte zurückblicken. Die bis heute sichtbare Spur dieser Vergangenheit bildet die fast vollständig erhaltene Stadtmauer mit entsprechenden Tortürmen. Nach 20 Jahren erfolgreicher Sanierung befindet sich der historische Stadtkern momentan in der letzten Phase der städtebaulichen Maßnahmen. Das Schlossgut mit Brau- und Brennhaus und der Schlosskirche sind bereits renoviert und saniert; der Domänenhof, Schlosspark und Bürgeracker stehen derzeit auf dem Bauplan. Damit bietet Altlandsberg innerhalb der Stadtmauern einen historisch reizvollen Altstadtkern mit Gebäuden aus dem 18. und 19. Jahrhundert.

Strausberger Torturm. Foto: Erik-Jan Ouwerkerk.

In Abstimmung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Universität Potsdam mit dem Stadtentwicklungsteam und den ortsansässigen Vereinen gelang es, die Besonderheit des Ortes zu erfassen und für die bestehende Spielidee aufzubereiten. Eine Art Krimi bildet die inhaltliche Struktur der eigens für Altlandsberg entwickelten Rahmenhandlung: Eine gewisse Elisabeth von Gradbach (frei erfunden), angebliche Nachfahrin derer von Krummensees, einem tatsächlich ehemals ortsansässigen Adelsgeschlecht, steht unmittelbar davor, ihre gerade fertiggestellte Stadtgeschichte zu veröffentlichen. Unglücklicherweise wird ihr aber das Manuskript gestohlen. In dieser Situation taucht der Spieler oder die Spielerin in die Handlung ein: Er

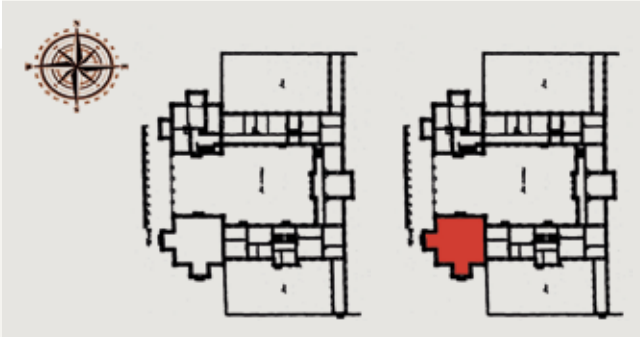


Abb. 1

oder sie wird von Elisabeth von Gradbach als Privatdetektiv engagiert und soll dieses Manuskript wieder ausfindig machen. Der Weg zum Manuskript führt die Spieler dann über mehrere Stationen durch die Stadt. Langsam müssen sie feststellen, dass den Dieb keineswegs niedere Motive leiteten: Nach und nach gibt sich ein Storch als Täter zu erkennen, der als traditionelles Wappentier der Stadt seit jeher über die Geschichte und die Geschicke der Stadt wacht. Mit seinem Wissen können die Spieler beim Lösen der Aufgaben erkennen, dass die von Elisabeth von Gradbach verfasste Stadtgeschichte voller Fehler ist. Mit diesen Umdeutungen, Auslassungen und Fälschungen verfolgt sie nur ein Ziel: Als angebliche Nachfahrin derer von Krummensee möchte sie große Teile der Stadt wieder für sich beanspruchen. Mit Hilfe des Storches und der Mobilisierung der Altlandsberger Bürger kann es den Spielern beim Lösen der Aufgaben aber gelingen, der Betrügerin das Handwerk zu legen.

Diese kleine Kriminalgeschichte kann durchaus dem Wunsch entsprechen, eine sehr unterschiedliche Zielgruppe zu erreichen, da sich mehrere Schichten, Stilebenen und Anspielungen überlagern. Zunächst gibt es die kriminalistische Betrugsgeschichte, die altersübergreifend Motivation erzeugen kann. Dann ist es aber durchaus interessant, wer hier wen mit welchem Ziel und unter welcher Voraussetzung hintergehen will. Sicherlich werden Spieler aus den neuen Bundesländern auf dieser Ebene der Geschichte Assoziationen zur Nachwendezeit entwickeln, als Eigentumsansprüche für Irritationen sorgten. Dann gibt es im Spiel den Storch, der als Nichtspielercharakter sowohl die ehrliche Tradition der Stadt verkörpern, aber auch Kindern als Identifikationsfigur dienen kann.

Die zur Auflösung des Betrugs zu spielenden Aufgaben orientieren sich an den schon erläuterten technischen Aufgabentypen. Ein Beispiel für eine Point-Select-Aufgabe sieht so aus: Die Spieler erhalten einen Plan des alten Schlosses, zu dem seinerzeit auch die Kirche gehörte. Gleichzeitig wird der Spieler oder die Spielerin darüber informiert, dass das Schloss inklusive dazugehöriger Kirche 1757 nach dem Versuch, ein Hochzeitsmahl in der alten Schlossküche zuzubereiten, niederbrannte. Nur die Kirche ist nach diesem Brand wieder errichtet worden.

Die Aufgabe besteht nun darin, zu erkennen, an welcher Stelle in der historischen Schlossanlage sich die Kirche befand. Um sie zu lösen, müssen die Spieler die wiederaufgebaute Kirche vor Ort genau von allen Seiten ansehen und deren Grundrissform gedanklich umsetzen. Unter Einbezug der Himmelsrichtungen können sie diese Form im Grundrissplan wiedererkennen und dort antippen (vgl. Abb. 1). Der Erkenntniswert dieser Aufgabe liegt einerseits darin, den Spielern eine möglichst konkrete Vorstellung von den gewaltigen räumlichen Ausmaßen der Schlossanlage zu ermöglichen. Andererseits lässt sich die Fähigkeit zur räumlichen Orientierung und Vorstellung entwickeln. Diese ist für das Visualisierungsvermögen historischer Räume, Gebäude und deren Lage von großer Wichtigkeit, denn nicht selten liegen dem heutigen Betrachter nur noch Grundrisse von nicht mehr vorhandenen historischen Gebäuden vor. Mit dieser Aufgabe lernen die Spieler, in welchem Verhältnis Abbild und Wirklichkeit stehen. Letztendlich ist diese Fähigkeit die Grundvoraussetzung dafür, die Bedeutung des historischen Raumes im historischen Kontext erkennen zu können.

Das Konzept der Mobile-Learning-App „Time-Travel-Treasures" lässt sich problemlos auf die Gegebenheiten in anderen Brandenburgischen Städten übertragen und könnte Besucherinnen und Besucher auch dort einladen, sich mit der örtlichen Geschichte spielerisch und multimedial auseinanderzusetzen.

Historische Stadtkerne
im Land Brandenburg

Ausblick

Albrecht Göschel

Nachbarschaft in kleinen Städten Brandenburgs

Zur alltäglichen Bewältigung eines historischen Umbruchs

Auch 25 Jahre nach der so genannten Wende, dem Ende der DDR, ist dieses Ereignis eines totalen sozialen und ökonomischen Bruches immer noch bestimmend für fast alle Alltagsvorgänge in den neuen Bundesländern. Auch wenn eine jüngere Generation heranwächst, die die DDR nicht mehr aus eigener Erfahrung kennt, bildet der Hintergrund eines Systembruchs die entscheidende Bedingung für Alltagsverhalten in der Gegenwart, Erwartungen und Ansprüche an die Zukunft. Aus dieser These werden Veränderungen von Nachbarschaft in der Gegenwart kleiner Städte mit historischen Stadtkernen im Land Brandenburg beschrieben.

Das Ende der DDR und der Industriegesellschaft

Das Ende der DDR fällt mit dem Ende der Industriegesellschaft und der von ihr geprägten Industriekultur zusammen, die bis dahin das gesamte 20. Jahrhundert bestimmt hatte und trägt entscheidend, wenn vermutlich auch nicht ausschließlich, zum Ende dieses ersten und einzigen sozialistischen deutschen Staates bei. Zahlreiche Veränderungen, die die DDR-Bevölkerung der Wende zuschreibt, für die sie also im Zweifelsfall den Westen verantwortlich macht, müssen als Ausdruck eines Zeitenwechsels gewertet werden, der auch den Westen erfasst und durchgeschüttelt hat, auch wenn er in vieler Hinsicht besser vorbereitet war. Die regional und lokal ungleichen Entwicklungen, die zu Entleerungen im Schrumpfungstyp, zu Konzentrationen von Menschen und Arbeitsplätzen im Wachstumstyp von Stadt- und Regionalentwicklung führen, und als Polarisierung die postindustrielle Entwicklung prägen, zeigen sich jedoch nicht nur in den neuen Bundesländern, sondern in allen industrialisierten Gesellschaften, sind also nicht nur eine Folge der Wende, auch wenn sie durch diese forciert wurden. Die Überlagerung von Systembruch und Zeitenwechsel verleiht jedoch der Schrumpfung in den neuen Bundesländern ihre nahezu flächendeckende Dominanz und Wirkungstiefe mit extremen Folgen für das Alltagsleben.[1]

Bestimmt war diese Kultur des Industriezeitalters von Vorstellung einer Verlässlichkeit und Dauer großer Einheiten, sei es des großen Industriewerkes im Arbeitsleben, sei es des Staates in der Politik. Beide, sowohl der große Industriebetrieb, in vielen Städten häufig ein einziger, der das Leben einer Stadt bestimmte, als auch der Staat wirkten besonders im Sozialismus, in hohem Maße aber auch im kapitalistischen Westen normierend auf das Verhalten der Menschen. Gleichheit war im Osten Deutschlands das innenpolitisch absolut bestimmende Ziel, genoss aber unter dem Stichwort des „Sozialdemokratischen Konsens" (Ralf Dahrendorf) auch im Westen hohe Priorität.

In einer postindustriellen Kultur und Ökonomie verliert diese politische Norm gravierend an Bedeutung, sowohl in ihrer Wertschätzung als auch in ihrer Realisierbarkeit. An die Stelle der großen Produktionseinheiten treten zahlreiche Kleinbetriebe einerseits spezialisierter Produktion, vor allem aber spezialisierter, teilweise von prekären Arbeitsverhältnissen geprägter Humandienstleistungen. Diese Unternehmen tendieren zu extrem kurzen Lebenszeiten, bestehen häufig nur wenige Jahre oder gar nur Monate insgesamt oder zumindest an einem bestimmten Standort, wenn es sich um Filialen größerer Ketten handelt. Sie lösen Unterschiede und ständig präsente Unsicherheit, niemals wieder das Gefühl von Sicherheit und Beständigkeit aus, das das Industriezeitalter und vor allen die DDR geprägt hat. Auch wenn in der DDR bereits während der 1980er Jahre erhebliche Unsicherheiten über die Dauerhaftigkeit dieses Staates entstanden, war deren Ursache nicht ein Misstrauen in die Prinzipien der Industriegesellschaft, sondern nur in deren spezielle Form sozialistischer Planwirtschaft in Verbindung mit drückendem Ressourcenmangel, Zweifel an einer überalterten Führungsriege und Widerwillen gegen Überwachung und Bevormundung. Bis in die 1960er-/1970er Jahre blieben in Ost und West fast alle Menschen über Jahrzehnte, meist über ihr ganzes Arbeitsleben ein und demselben Betrieb verbunden. Sogar aufeinander folgende Generationen einer Familie „erbten" die

Zugehörigkeit zu einem bestimmten Werk oder einem Unternehmen. Dagegen ist jetzt die Erfahrung bestimmend geworden, dass die eigene Lebenszeit die eines „Arbeitgebers" deutlich übertreffen kann, dass also der Wechsel die bestimmende Erfahrung geworden ist, nicht die Dauer, weder die des Arbeitsplatzes noch des Wohnortes, der mit hoher Wahrscheinlichkeit mehrfach im Laufe des Lebens bei der Suche nach angemessener Arbeit oder überhaupt einer Arbeit gewechselt werden muss.

Neben diese biographische Instabilität treten aber vor allem die Unterschiede zwischen Menschen hervor. Ungleichheit, die in einem auf Flexibilität angelegten Arbeitsleben zwangsläufig entsteht, wird neben Instabilität zur zweiten prägenden Erfahrung. In einer industriekulturell geprägten, mehr noch in einer sozialistischen Stadt wussten eigentlich alle Einwohner mehr oder weniger genau, wie es bei allen anderen aussah und zuging. Nur kleine Eliten waren diesem Einblick entzogen, in der überwältigenden Mehrheit aber hatten die Menschen kaum Geheimnisse in Hinsicht auf den Lebensstandard vor einander, ein Phänomen der Industriekultur, das ja gerade im sozialistischen Kontext sogar erwünscht war. Die alltägliche Bespitzelung hat diese Offenheit vermutlich sogar befördert zu einer bewussten Demonstration, nichts zu verbergen zu haben.

Die postmoderne Kultur dagegen forciert Unterschiede, lässt aber alle Positionen, die ein Einzelner erreichen kann, als brüchig, als gefährdet erscheinen. Es stellt sich ein Gefühl der Bedrohung durch Unvorhergesehenes ein, ein Gefühl der Verletzlichkeit, dem jedoch nur individuell begegnet werden kann, da auch „der Staat" keine Sicherheit bietet, die deutlich über einem Armutsniveau liegt. Längerfristig auf öffentliche Unterstützung angewiesen zu sein, in den neuen Bundesländern und vor allem in den kleinen Städten ein nicht allzu seltenes Phänomen, wirkt derartig stigmatisierend, dass jeder, sei er nun unmittelbar betroffen oder nur gefährdet, zur Abschottung neigt, um nicht zeigen zu müssen, wieweit Mangel und Verfall des Alltags schon vorangeschritten sind.

In dieser Welt einer postindustriellen Kultur der Schrumpfung zurechtzukommen, heißt demnach, mit Instabilitäten und Ungleichheiten leben zu müssen, die in einer industriekulturell geprägten Gesellschaft weitgehend unbekannt waren. Und diese Anforderungen schlagen ins Alltagsleben durch, sie bestimmen das Leben in den Familien und am Wohnort, also auch Nachbarschaft, Umgang mit Freunden und Bekannten, mit Organisationen und Vereinen. Aus diesen Bedingungen muss das Leben in den neuen Bundesländern und auch in den Kleinstädten des Landes Brandenburgs begriffen werden, auch wenn das Lebensalter, die Generationszugehörigkeit, eine erhebliche Rolle spielt, je nachdem, ob man die Phase der Industriekultur, also die Zeit vor der Wende noch erlebt hat oder erst nach dem Ende der 1980er Jahre geboren wurde. Aber auch für die Jüngeren ist der Hintergrund „DDR" nicht ohne Bedeutung, da Erwartungen oder Enttäuschungen aus dem Systemwechsel innerfamiliär tradiert und von Eltern auf ihre Kinder übertragen werden können, obwohl damit nicht gesagt ist, ob die Kinder zustimmend oder ablehnend auf solche Zumutungen reagieren.

Nach allen vorliegenden Studien[2] zu diesem Thema scheint eines sicher: Nachbarschaft, ihre eventuell stützende oder entlastende Wirkung hat nicht durchweg an Bedeutung gewonnen, sondern vermutlich eher verloren. Es wäre unzutreffend, anzunehmen, Nachbarschaft habe in der Unstetigkeit und Unsicherheit des Umbruchs in kompensierender Weise stabilisierend, stützend und ausgleichend gewirkt, sie sei möglicherweise eine Form von Kooperation zur Überwindung akuter Mangelerscheinungen geworden, wie man sich das aus der Frühindustrialisierung innerhalb der Arbeiterschaft vorstellt. Nicht einmal die Annahme, dass die Kommunikation zwischen Nachbarn zur wechselseitigen Information und mentalen Stützung bei großen Orientierungsunsicherheiten gewirkt habe, dürfte durchweg zutreffend sein, auch wenn das punktuell der Fall gewesen sein mag. Eher deutet sich an, dass gerade diese kleinen, informellen, aber auch empfindlichen Beziehungen gravierend unter dem großen Bruch ge- »

litten haben. An die Stelle eines gewissen Grundvertrauens scheint ein tiefes Misstrauen gerade auch gegenüber Nachbarn getreten zu sein, eine Scheu vor dem Gefühl, in den mühsamen Überlebensstrategien beobachtet zu werden, aber auch eine Abgrenzung gegenüber denen, den es möglicherweise noch schlechter geht und in deren Elend man nicht hineingerissen werden möchte.

Die Modernisierung der Turnhalle in Doberlug-Kirchhain erfolgte in den 1970er Jahren mithilfe eines gemeinschaftlichen Arbeitseinsatzes. Weißgerbermuseum Doberlug-Kirchhain.

Der moderne, für die meisten bedrohlich nahe, für einige akute, immer aber differenzierende Mangel löst offenbar mehr Neid, Konkurrenz, Missgunst und Abschottung aus, als ein systemisch bedingter Mangel, dem alle unterliegen. Aus der DDR wurde immer wieder berichtet, dass Kooperationsformen der Industriearbeiterschaft bis weit in eine „Mittelschicht" hinein relativ gut funktionierten, dass informelle Tauschbeziehungen bestanden, mit denen allgemeiner Mangel bewältigt wurde. Die aktuellen Bedingungen in den neuen Bundesländern führen dagegen eher zu „verschämter Armut", die vor anderen und vor allem vor den Nachbarn verborgen gehalten werden muss, obwohl Kooperation zwischen Nachbarn eine ergiebige Ressource zur Milderung von Mangel sein könnte.

Es müsste daher ein entscheidender Punkt aktueller und zukünftiger Politik sein, eben diese sozialen Beziehungen und Netzwerke zu stützen und wieder herzustellen und nicht, wie das bislang überwiegend betrieben wurde, nach industriegesellschaftlichem Muster die großen Systeme der technischen Infrastruktur immer weiter zu optimieren oder gar zu maximieren. In der nachindustriellen Phase geht es mehr denn je darum, in Menschen und ihre Kooperationsfähigkeit zu investieren, nicht in Straßen. Dazu gehört auch, dass die Wohlfahrtssysteme informelle Kooperation ermöglichen und nicht etwa durch Arbeitszwang, die ja doch zu keiner dauerhaften und vollwertigen Beschäftigung und zu keinen relevanten Einkommen führt, zu verhindern. Allerdings müssen die Kooperationen, die zu entwickeln und zu stützen wären, deutlich über symbolische Vorgänge hinaus gehen und materielle Relevanz zeigen.

Schrumpfung, Exklusion und Fragmentierung: Faktoren der Gefährdung von Nachbarschaft

Drei zentrale Faktoren als Resultat des Überganges in die postindustrielle Kultur unter Bedingungen des Systembruchs in den neuen Bundesländern scheinen vorrangig auf Nachbarschaft einzuwirken: Schrumpfung, Fragmentierung und Exklusion.

In der Schrumpfung, im Rückgang von Einwohner- und Arbeitsplatzzahlen, die so gut wie alle kleineren Städte Brandenburgs – und der neuen Bundesländer insgesamt – erfasst hat, erleben diese Städte in den Augen ihrer Bewohner eine Stigmatisierung, die zu einer inneren Distanz, zu einer Abwendung von der Stadt, vom räumlichen Nahumfeld führen kann. Es wird unterstellt, dass Allen die Option

des Wegzugs offen steht, dass aber nur die Tüchtigen und Beweglichen diese Option auch nutzen.[3] Unter den Gebliebenen breitet sich der Eindruck aus, zu den Minderwertigen, den Untüchtigen, den Trägen zu gehören. Mangelsituation und Benachteiligungen unter den verbleibenden Einwohnern können von ihnen nicht positiv interpretiert werden, sondern erscheinen als persönlich zu verantwortendes, selbst verschuldetes Defizit. Eine Art Solidarität, ein Bemühen um Kontakte, basierend auf Anteilnahme, auf Empathie, wie sie Nachbarschaftlichkeit vorausgesetzt, erscheint aber unter Bedingungen von Ungleichheit und Stigmatisierten nicht erstrebenswert. Im Gegenteil ist jeder einzelne bemüht, sich von den Anderen, die auch geblieben sind, abzugrenzen, um sich allein zu suggerieren, dass entweder doch gute Gründe für das Bleiben vorlagen oder dass man trotz des Bleibens nicht zu den Untüchtigen, den Versagern des Wandels gehört.

Eine Abgrenzung vom Ort, von Umfeld, vom Nachbarn ist die Folge. Man möchte sich und die eigenen Lebensbedingungen dem Anderen nicht zeigen, um zumindest nach außen das Image des respektablen Lebens aufrechterhalten zu können. Waren sich unter industriegesellschaftlichen Bedingungen alle einig, dass Unterschiede gering waren, dass man nichts voreinander zu verbergen hatte, besteht jetzt gravierende Unsicherheit über die Bewahrung und vor allem über die Darstellung von Respektabilität. Nachbarschaftliche Gemeinschaft entfaltet unter diesen Bedingungen nicht ihr Stützungs- sondern ihr Kontrollpotential, dem man sich nach Möglichkeit durch Abschottung zu entziehen sucht. Gegenüber der Zeit der DDR findet eine enge Reprivatisierung auch der persönlichen Beziehungen statt. Die DDR kannte die Nischengesellschaft, die durch Rückzug aus dem Öffentlichen in den privaten Raum gekennzeichnet war. Aber diese Nischen reichten über den engsten Privatraum der Familie hinaus. Seit der Wende wird dieser zum Rückzugsort vor einer Gesellschaft, von der man sich ungerecht behandelt fühlt. Wegzug bedeutet Erfolg im Kampf mit den neuen Bedingungen, Bleiben ein Scheitern an ihnen,

Sozialistische Freizeitgestaltung mit Kolleginnen nach der Arbeit. Das in den 1970er Jahren in den Zementwerken Rüdersdorf aufgenommene Bild sollte Nähe, Freundschaft und damit auch soziale Bindung und Stabilität demonstrieren. Foto: Archiv Sascha Bütow.

dass man niemandem zeigen möchte, vor allem nicht dem Nächsten, der auch noch da ist, von dem man sich eher distanziert, als ihm mit dem notwendigen Maß an Empathie zu begegnen, dass auch für lose nachbarschaftliche Kontakte unverzichtbar ist.

Diese rigide innere Emigration scheint aber überwiegend nur bei den Älteren vorzuliegen, die beide Zeiten und Systeme erlebt haben. Die Jüngeren, für die das Leben in der nachindustriellen und nachsozialistischen Zeit zur Selbstverständlichkeit geworden ist, haben auch in den Schrumpfungsstädten ihre Freundschaften aufgebaut, ihre Jugend verbracht, die nicht ausschließlich von Mangelerfahrungen geprägt gewesen sein muss. So wächst unter den Jüngeren durchaus die Vorstellung, zu bleiben oder zumindest nach einer Ausbildung wieder zurückzukehren, auch wenn sich solche Perspektiven häufig als Illusion herausstellen könnten. Auch Empathie, Anteilnahme und Interesse am Nahumfeld könnten wieder wachsen und eine neue Basis für Nachbarschaftlichkeit bilden. Für die Älteren jedoch bleibt die Stadt, der Ort des Lebens Symbol eines Bruches, auch in seiner baulichen Erscheinung, die die Schrumpfung handgreiflich werden lässt. Leerstände und Abrisse dokumentieren den Abbruch der eigenen Biographie. Die Orte des gelebten Lebens, an denen „symbolischer Ortsbezug" hängt, verschwinden und reißen dieses Leben selbst mit ein. Um es dennoch zu retten, bleibt nur die faktische und symbolische »

Distanzierung von diesem Ort, der Rückzug ins Private, ein Abmauern gegen ein Außen, auch gegen den Nachbarn, den es im Zuge von „Rückbau" vielleicht auch schon gar nicht mehr gibt.

Ob die alten Innenstädte dem etwas entgegensetzen können, ist unklar, aber eher unwahrscheinlich. Sie symbolisieren keine Prozesse und Strukturen von „langer Dauer", die es gerade in den nördlichen neuen Bundesländern kaum zu geben scheint. Häufig stellt die Religion eine solche „longue durée" dar. In den protestantischen Regionen des deutschen Nord-Ostens mit seiner späten und immer nur oberflächlichen Christianisierung ist aber Religiosität niemals in den Rang einer tief verwurzelten Volkskultur aufgestiegen – oder eingesunken – wie in den katholischen Regionen des deutschen Südens. Prägend waren im Norden die säkularisierten Felder von Staatlichkeit und rationalem, abhängigen Arbeitsleben in Verwaltung oder Großbetrieb. Aber gerade diese beiden Felder, Staat und Großbetrieb, sind zurzeit vom Umbruch erfasst, beide durch Verlust ihrer Verlässlichkeit und Stetigkeit. Das begründet die tiefe Erschütterung, die die Wende und der Übergang zur Postindustrialisierung hier ausgelöst haben. Alles was dem täglichen Leben Struktur und Klarheit geben konnte, ist in Frage gestellt. In einer Zunahme von Ängsten, von Neid und Konkurrenzdenken, von Abgrenzung und Unterscheidungsstrategien und im Fehlen jeder Möglichkeit, die eigene Benachteiligung positiv zu interpretieren, zeigt sich dieser Mangel an einer stabilen Basis jenseits von Erwerbsleben und staatlicher Fürsorge.

Das gleiche gilt für eine zweite Tradition mit potentiell stabilisierender Wirkung, für Bürgerschaftlichkeit. Auch diese scheint in den schrumpfenden Städten des Norden und Nord-Ostens nicht hinreichend entwickelt zu sein, um auf sie im krisenhaften Umbruch zurückgreifen zu können. Zu sehr ist die Geschichte dieser Region von aufgeklärtem Absolutismus, von staatlicher Autorität und Fürsorge geprägt, als dass sich eine selbstbewusste Bürgerlichkeit und Selbstverwaltung hätten entwickeln können. Auch im Typ der Ackerbürgerstadt scheint keine Tradition von Bürgerlichkeit zu schlummern, die jetzt als Ressource wieder geweckt werden könnte. Weder Religiosität noch Bürgerlichkeit, weder Transzendierung noch Autonomie sind als Fundamente lokaler Bindung und als Ersatz für eine Industriekultur der Gleichheit, wie sie Großbetrieb und Staatlichkeit garantierten, verfügbar.

Was bereits Schrumpfung allein auslöst, wird durch die Fragmentierungen vertieft, die die neuen Bundesländer erfasst haben. Sowohl soziale als auch baulich-räumliche Strukturen haben ihre Kohärenz, ihren Zusammenhang verloren und erscheinen als gebrochen oder gar zerbrochen. Kohärenz aber war das prägende Zeichen der Industriekultur, der Integration aller Einzelnen und Einzelteile in einen funktionalen Zusammenhang, der jedem Menschen und jedem Gegenstand seine Aufgabe und Position zuwies. Was man negativ als Maschinenbewusstsein oder Maschinenbild des Sozialen sehen kann, das jeden zwar als Rädchen in einem großen Ganzen entpersönlicht, ihm aber auch seine funktionale Bedeutung zuweist und alle Teile als gleich notwendig erscheinen lässt, wird durch Statuskonkurrenzen und Positionskämpfe ersetzt, die einer sozialistischen Industriekultur völlig fremd sein müssen. An Stelle der Werte Gleichheit und Zugehörigkeit treten unausweichlich Distinktionsstrategien, sei es zwischen denen, die noch ein bisschen haben, gegenüber denen, die fast gar nichts mehr haben, sei es zwischen gleichmäßig Benachteiligten, die sich untereinander diese Benachteiligung nicht eingestehen wollen.

Wenn aber soziale Kontakte gesucht werden, dann zwischen Gleichen, innerhalb eines Fragments des ehemaligen Ganzen. Der Nachbar aber ist nicht notwendiger Weise ein Gleicher. Soziale Strukturierung, gleiche soziale Lagen, gleiche Aspirationen, gleiche Positionen oder materiell relevante Hilfsbeziehungen mit Tauschcharakter innerhalb eines Jobs oder Nebenjobs werden zu Momenten von Vergemeinschaftung, hinter denen Aspekte mehr oder weniger zufälliger räumlicher Nähe zurücktreten. Bereits die Straßenbilder in Städten der neuen Bundesländer können die Fragwürdigkeit von Nachbarschaft signalisieren, wenn sich direkt neben sorgfältig renovierten »

Alte Stadt – jugendfrei?! Der historische Stadtkern von Angermünde. Foto: aviapictures.com.

und sanierten Wohnhäusern Lücken und Leerstände auftun oder heruntergekommene, verwahrloste Bauten stehen, deren Besitzer offensichtlich weder Willens noch in der Lage sind, ihren Lebensort in Ordnung zu halten. Zwischen solchen Nachbarn entwickeln sich höchstens elende Nachbarschaftsstreitigkeiten, keine einer positiven Anteilnahme, wie sie dem Begriff des Nachbarn eigen ist. Die nachbarschaftliche Selbsthilfe, die das alte Arbeiterquartier oder die frühen Genossenschaften der Industriekultur auszeichnete, fehlt in diesen Fragmentierungen des baulichen und sozialen Umfeldes und findet sich nur in einzelnen Fragmenten, z.B. bei Älteren, die noch in der Industriekultur wurzeln.

Aber es scheint auch das Gegenmodell zum Rückzug zu geben, engste nachbarschaftliche Zusammenhänge zwischen denen, die sich gegenseitig nichts mehr vorzumachen haben. Wenn klar ist, dass es allen Bewohner eines größeren Mehrfamilienhauses gleich schlecht geht, scheinen sich manchmal nachbarschaftliche Gemeinschaften zu finden, die als letzte Quelle von Anerkennung und Respektabilität dienen. Doch ist auch hier die gleiche soziale Lage Ausgangspunkt von lebendiger Nachbarschaft, die aber die Fragmentierung eher verfestigt, als sie zu überwinden. Die Homogenität der Gemeinschaften ist primär, nicht die räumliche Nähe. Und in diese Nachbarschaften muss investiert werden. Sie dienen weniger als Basis für Subsistenzökonomie oder materiell relevante wechselseitige Unterstützungssysteme, sondern als Quellen einer Selbstbestätigung, die versichert, noch nicht ganz am Ende, nicht ausgeschlossen zu sein. Für diejenigen aber, die es in eine neue Mittelschicht geschafft haben, und sei diese Position auch prekär und instabil, scheint sich das räumliche Umfeld eher zur Bedrohung zu entwickeln, zu dem, was es zu meiden gilt, Zeichen von Versagen und Abstieg. Aber auch das kann sich bei einer jüngeren Generation ändern.

Die härteste Ausprägung erfährt kultureller und ökonomischer Wandel in der sozialen Ausgrenzung, in der Exklusion, die alle Normen der Industriegesellschaft auf den Kopf stellt, und die daher, so verbreitet sie auch sein mag, mit allen Mitteln von allen Menschen vermieden oder, wenn das nicht mehr geht, verleugnet werden muss. Dennoch hängt sie als Bedrohung über vielen. Die Großorganisationen des Großbetriebes und des Staates garantierten in der Industriegesellschaft durch eine gewisse Gleichheit auf der einen, durch Fürsorge auf der anderen Seite die Integration Aller, und sei diese auch erkauft durch den Zwang zu Anpassung und Wohlverhalten. Und sie garantierten durch die Entwicklung technischer Netze und Systeme, verbunden mit einer staatlichen Wirtschafts- und Raumplanung die Kohäsion der territorialen Einheit des Staatgebietes mit gleichen Lebensbedingungen im gesamten Territorium des Staates. An diesem Modell hat sich über 25 Jahre die Wirtschaftsförderung für die neuen Bundesländer orientiert. Soziale und räumliche Exklusion sollten auf diese Weise ausgeschlossen werden. Interne Grenzen, Ab- und Ausgrenzungen sollten ausgeschlossen sein. Allerdings wurde diesem Konzept auch immer vorgeworfen, Besonderheiten, Eigenarten, den Eigensinn von Personen und Gruppen, von Landschaften und Regionen zu negieren.

Erreicht aber hat diese Integrationspolitik nach klassischem industriegesellschaftlichen Muster, überspitzt gesagt das Gegenteil. Die Mobilität aller Einwohner und Unternehmen wurde so gesteigert, dass sich Ungleichheitstendenzen des postindustriellen Modells, die territorial gesehen in der Tat auf „Identitäten" basieren, spielend leicht durchsetzen konnten. Dienstleistungskonzentrationen, die Wachstumskerne postindustrieller Ökonomie, konnten ihre Attraktivität durchsetzen und zur Entleerung der altindustriellen oder agrarisch geprägten Räume führen. In postindustriellen Dienstleistungsgesellschaften scheint die Perfektionierung von Infrastruktursystemen durch flächendeckend gleiche Mobilitätschancen nicht zur Auflösung von räumlichen Identitäten sondern im Gegenteil zu deren Verfestigung im positiven wie im negativen Sinne zu führen. Die Chancen zur Mobilität sind überall die gleichen, aber sie werden unterschiedlich genutzt. Diejenigen, die sie nutzen, zieht es unweigerlich in die prosperierenden

Leerstand und Ruinen als Folgen sozialer Abwanderung und anderer Faktoren sind Herausforderungen für den modernen Städtebau. Planeberg 1–4 in Jüterbog vor der Restaurierung im Jahr 2013. Foto: Erik-Jan Ouwerkerk.

Regionen, nicht in die ökonomischen Abstiegsräume. Über diesen und ihren Bewohner hängt insgesamt die Bedrohung einer Ausgrenzung vom Wachstumsmodell, zu dem sich trotz aller Bemühungen noch keine Alternative gefunden hat. Diese Bedrohung der Exklusion zerstörte bisher die Empathie, die das Fundament für lokale Bindung und Nachbarschaft bildet. Aber das mag sich, wie gesagt, in einer jetzt ins Erwachsenenalter tretenden Generation ändern, obwohl sich das Ausmaß der Abwanderung noch nicht reduziert hat.

In der modernen Ausgrenzung fallen Einzelpersonen, Gruppen, Raumteile oder ganze Regionen aus der Zeit und aus den Zusammenhängen, die Wohlstand und Anerkennung garantieren können. Sie werden überflüssig, zu falschen Dingen am falschen Ort in der falschen Zeit, buchstäblich zu „Abfall". Das unterscheidet neue Benachteiligung der postindustriellen Periode von der der Industriegesellschaft. Auch diese kannte Ungleichheit, aber auch die Unterschichten oder Benachteiligten galten nicht nur, sondern waren faktisch notwendig für das Funktionieren des Ganzen. Benachteiligte des Postindustrialismus aber sind überflüssig, und sie spüren es. Von einer Weiterbildungs- zur nächsten Arbeitsbeschaffungsmaßnahme verschoben, in Ein-Euro-Jobs geparkt, empfinden sie ihre Redundanz. Von denen, die es anscheinend geschafft haben, wenn auch möglicherweise nur vorübergehend, die aber in den Ausgegrenzten ihre eigene potentielle Zukunft und permanente Bedrohung sehen, gemieden, suchen sie sich unter ihresgleichen durch z. T. komplizierte Arrangements Anerkennung und Respektabilität zu erhalten. Nachbarschaft aber im umfassenden Sinne als informelle soziale Kooperation durch räumliche Nähe wird auf diese Weise nicht begründet. Sie wird eher gemieden. Wenn überhaupt, entwickelt sie sich unter Gleichen als Strategie der Abgrenzung von anderen Fragmenten eines ehemaligen Ganzen.

Nicht nur in den Kleinstädten der neuen Bundesländer findet sich diese neue Form sozialer Ausgrenzung. Selbst in westdeutschen Großstädten ist sie anzutreffen, in den Großprojekten des sozialen Wohnungsbaus wie in der „Platte" Ostdeutschlands.[4] Hier wie dort gilt Ausgrenzung als Quelle von Ressentiments, als Ursprung einer aggressiven Ablehnung des „Systems", das sie nach Auffassung der Betroffenen in diese missliche Lage gebracht hat, fast immer verbunden mit dem Rekurs auf eine Solidarität der Nation, die sich als kulturelle Einheit aber aufzulösen beginnt. An diesen dunklen Seiten der Exklusion wird noch einmal die alte Vorstellung von Ganzheitlichkeit, von einem großen Zusammenhang Aller erkennbar. Aber gerade der wird unter postindustriellen Bedingungen von Ungleichheitsentwicklungen verdrängt, die zu Schrumpfung, Fragmentierung und Exklusion führen.

Perspektiven

Die Entwicklung zur postindustriellen Dienstleistungsgesellschaft beginnt zurzeit gerade erst, richtig Fahrt aufzunehmen. Auch wenn sich viele der Lebensbedingungen, die sie stellt, noch im Stadium des Experiments befinden mögen, sind die Grundbedingungen erkennbar. Die Tendenz zur ungleichen Entwicklung, zum Nebeneinander von Wachstum und Schrumpfung wird sich auf absehbare Zeit nicht umkehren. Ein Weg zurück in die Gleichheit räumlicher Entwicklung, zur Gleichwertigkeit oder gar Gleichheit der Lebensbedingungen innerhalb eines Staatsgebietes wird sich auf absehbare Zeit nicht auftun. Damit sind aber auch die Folgen dieser Entwicklung, Fragmentie- »

rung und Exklusion für die kommenden Jahre kaum zu verhindern. Sie stellen die Rahmenbedingungen lokaler Planung und Politik dar.
Es mag irritierend und übertrieben klingen, wenn unter diesen Bedingungen die kleineren Städte in Schrumpfungsregionen als „Nicht-Orte" bezeichnet werden. Geprägt wurde dieser Begriff für die transitorischen Räume des Industriezeitalters als „Nicht-Orte" der Einsamkeit, ohne Identität und Gestalt, für den dauernden Aufenthalt von Menschen ungeeignet, nur als Durchgangsstationen akzeptabel, die man so schnell wie möglich zu verlassen geneigt sein würde.[5] Städte mit z. T. jahrhundertlanger Geschichte in diese Kategorie einzuordnen, mag zynisch erscheinen, verweist aber doch auf das relevante Problem, dass die Mehrzahl der kleinen Städte in Schrumpfungsregionen unter den Bedingungen der postindustriellen Dienstleistungsgesellschaft ihr Selbstbild noch nicht gefunden hat und dass zumindest nennenswerte Teile der Bevölkerung dieser Städte sie eben als das empfinden könnten, was der Begriff des „Nicht-Ortes" signalisieren soll, als Orte des Übergangs, als Durchgangsstationen. Das, was diese Städte in der Epoche der Industriegesellschaft waren, zerfällt. Ein Rückgriff auf die Zeit vor der Industrialisierung scheint auch dann, wenn die historischen Versatzstücke noch existieren, kaum möglich, da die entsprechenden Lebensbedingungen heute als völlig unakzeptable gelten müssten, und die historischen Modelle z.B. der „Ackerbürgerstadt" aktuell keine ökonomischen Anknüpfungspunkte darstellen, im Unterschied z.B. zur „Handelsstadt", so dass sich diese Städte tatsächlich in einem transitorischen Zustand befinden, in den sie ihre Bewohner hineinzuziehen scheinen. Versuche einer Traditionswahrung ohne jede aktuelle und materielle Grundlage einer Tradition dürften selbst als Erinnerungskultur nicht besonders stabil und attraktiv sein. Es zeigt sich aber auch, dass dies vor allem die Wahrnehmung der Generation ist, die die Wende miterlebt hat und dass sich bei Jüngeren durchaus andere Einstellungen entwickeln können, in denen auch diese Städte wieder als „Orte" erscheinen, in denen zu bleiben oder zumindest zu ihnen zurückzukeh-

Montage von Ausstellungselementen in Perleberg im Rahmen des Kulturland Brandenburg Themenjahres 2007 unter den neugierigen Blicken der Stadtbewohner. Foto: complan Kommunalberatung GmbH.

ren, durchaus zur Lebensplanung gehören kann. Die Dienstleistungsmetropolen aber behalten ihre Attraktivität, ihre Sogwirkung auf die schwächeren Regionen, gerade auch für Jüngere, so dass die Zukunft bestenfalls offen sein könnte.
In dieser Situation erscheint es durchaus nachvollziehbar, dass sich wiederholt Bemühungen finden, den kleinen Städten mit historischen Stadtkernen eine „Identität" zu geben, um sie auf diese Weise aus dem Transitorischen der „Nicht-Orte" herauszuheben. Das bedeutet nichts anderes, als die jeweilige Stadt als die gemeinsame Basis des Lebens anzuerkennen, das Gemeinsame herauszuarbeiten, das die Teile einer fragmentierten Gesellschaft doch wieder verbindet, jenseits aller Unterschiede, die in der Fragmentierung trennend

wirken. Ein solches Gemeinsames wäre dann auch die Grundlage von Nachbarschaft, über die Abgrenzungen und Distinktionen neuer Ungleichheiten hinweg.

Ob das in jedem Fall gelingt und worin diese „Identität" begründet sein könnte, lässt sich allgemein nicht sagen. Fragwürdig an solchen Konstruktionen kollektiver Identität sind jedoch immer die Abgrenzungen zu anderen „Identitäten", die auf wertenden Unterscheidungsmerkmalen basieren. Es soll ein positives „Wir" von einem tendenziell eher negativen „Anderen" abgegrenzt werden. Damit unterläuft Identitätspolitik gerade das, was sie sucht, die Solidarität größerer Zusammenhänge, ganz davon abgesehen, dass es zurzeit als äußerst schwierig erscheinen muss, derartige positive Elemente stark schrumpfender Städte zu bestimmen. Das ist ja einer der Befunde aus Forschungen in diesen Räumen, dass es den massiv Betroffenen eben nicht gelingt, ihre Lage positiv zu interpretieren.

Darüber hinaus gilt es als gesicherter Befund der Stadtforschung, dass „Identität" zwar eng verwandt ist mit „Image", dass sie also ein Bild, in diesem Fall also ein Selbstbild entwirft, dass aber dennoch derartige Bilder nicht beliebig konzipiert werden können. Sie brauchen die Fundierung in einer zumindest ansatzweise dem Bild entsprechenden Realität und lassen sich nicht gegen jede wahrzunehmende Wirklichkeit formulieren und aufrechterhalten.

Und ein dritter Einwand wird seit langem diskutiert: Es gibt mehr Städte und Orte als formulierbare Identitäten. Die Unterscheidungsleistung, die von Identität erwartet wird, geht verloren, wenn eine größere Zahl von Städten unter dem gleichen Problembündel leidet und diesem mit der gleichen Identitätsstrategie zu begegnen sucht. Die Bemühungen verlieren im gleichen Maß an Glaubwürdigkeit, wie sie als Planungsstrategien durchschaubar werden. „Man spürt die Absicht und ist verstimmt". So nachvollziehbar also diese Bemühungen sein mögen, so zweifelhaft ist ihr Gelingen. Sie müssen zumindest von materiell greifbaren Maßnahmen gestützt sein, um Überzeugungskraft zu gewinnen.

Eine zweite Strategie, die auch bei den Städten im Kulturlandprojekt deutlich zu Tage tritt, liegt in Versuchen, einer Stadt eine bestimmte Funktion zu geben, die sie materiell stützt, die sich aber auch als Identitätselement nutzen lässt. Bedingung für diese Alternative ist zunehmend, dass es sich um eine Funktion innerhalb der Dienstleistungsgesellschaft handelt, dass also bestimmte Humandienstleistungen in besonderer Weise entwickelt werden, und dass diese Funktion allgemein so positiv besetzt ist, dass sie möglicherweise zum Identitätselement taugt. Beispielhaft für diesen Ansatz könnte die Stadt Kyritz sein, in der versucht wird, aus fünf Ackerbürgerhäusern im alten Kern der Stadt ein Projekt gemeinschaftlichen Wohnens für Ältere zu entwickeln. Zum einen ist die Versorgung Älterer in mobilen und flexiblen Gesellschaften, in denen weder mit der Verfügbarkeit von Familienangehörigen noch mit umfassender staatlicher Absicherung gerechnet werden kann, tatsächlich ein hoch relevantes Problem, zum anderen gelten Gemeinschaftsprojekte des Wohnens nicht nur als zeitgemäß, sondern als zukunftsweisend. Mit einem solchen Projekt kann es einer Stadt gelingen, an aktuelle Strömungen der Dienstleistungsgesellschaft anzubinden und ihre eigenen Qualitäten – kurze Wege, verfügbare Wohnungen und Häuser in kompakter Innenstadtlage – in den Fordergrund zu stellen. Nachbarschaftlichkeit kann als eigener, unter den Bedingungen dieser Stadt realisierbarer Wert betont werden und damit auf andere Bewohner ausstrahlen.

Diese Strategie, die faktisch nicht die ganze Stadt umfassen muss, zeigt dennoch ein wesentliches Element einer Politik, die auf Nachbarschaftlichkeit im hier verstandenen Sinne zielt. Sie ist an Projekte gebunden, die zum gemeinsamen Handeln auffordern, in denen also tatsächlich etwas getan und verändert wird, im Gegensatz zur reinen Imagekampagne, die nur ein Bild zu popularisieren sucht, ohne dass reale Aktivitäten und Veränderungen als Basis mitgedacht werden. Ausschließlich symbolische Maßnahmen haben geringe Bedeutung. Sie können sogar negativ wirken, wenn sie als Zynismen durchschaut werden. So gehört z.B. die Aktion um den Wiederaufbau einer lokalen »

Brauerei auf der Basis eines lokalen „crowd funding" in Altlandsberg zu den Maßnahmen mit ohne Zweifel hohem symbolischen aber eben auch realem, materiellen Wert für die Stadt. Es wird gezeigt, dass eine lokale Einwohnerschaft, und sei es in Ausschnitten, gemeinsam handlungsfähig ist, und das ist es ja, was Nachbarschaftlichkeit letzten Endes meint, kein zufälliges Nebeneinander, sondern wechselseitige, gemeinsame Kooperation, auch wenn der Organisations- und Formalisierungsgrad eines solchen Projektes dem Prinzip einer immer informell agierenden Nachbarschaft widersprechen könnte. Unsicher bleibt bei einem solchen Projekt weiterhin, ob es wirklich von der ganzen Stadt als positives Signal verstanden werden kann, oder ob es einer bestimmten Einwohnerschicht zugeordnet wird, also eventuell Fragmentierung vertieft. Aber derartige Ambivalenzen werden sich in allen Projekten finden und sollten nicht unbedingt gegen eine derartige Aktion sprechen.

Damit werden aber andererseits auch die Strategien erkennbar, die vermutlich zunehmend zum Scheitern verurteilt sind. Vorrangig der Versuch, Tourismuszentrum zu werden, ist dazu zu rechnen. Durch seine massenhafte Verwendung ist bereits das Bild so abgegriffen und entwertet, dass Erfolge kaum noch zu erwarten sind. Selbst in einer Stadt wie Luckau mit pittoresker, durchaus eines Besuches werter Innenstadt wird dies Image oder gar diese „Identität" brüchig, wenn im selben Moment, wo sie ausgearbeitet werden könnte, das letzte Hotel schließt. Moderner Tourismus sucht das Einmalige und Besondere, aber er sucht es in Verbindung mit hoher Dienstleistungsqualität und besonderen Events, die die kleineren Städten Brandenburgs kaum bieten können. Nur dann, wenn sich ein Gesamtszenario entwickeln lässt, das gleichermaßen populär wie besonders ist, in der Geschichte verankert und dennoch aktuell, wie die Fontane-Tradition in Neuruppin, kann ein zukunftsfähiges Image entstehen, das als Identität Gemeinschaftlichkeit stiftet und möglicherweise nach innen wirkt, auch wenn die Brüche gerade in dieser Stadt nicht zu übersehen sind.

Alle diese Ansätze werden aber Schrumpfung mit ihren Nebenfolgen in einer postindustriellen Regionalentwicklung der Ungleichheit nicht verhindern. Die Phänomene von Fragmentierung und Ausgrenzung, die Nachbarschaftlichkeit beeinträchtigen, bleiben also weiterhin wirksam, eventuell nur gemildert durch die genannten Strategien. Entscheidend für die kleinen Städte in Brandenburg wird sein, dass es ihnen gelingt, am „overspill" der Metropole Berlin zu partizipieren, also bestimmte Funktionen, die in Berlin nicht mehr durchweg erfüllt werden können, zumindest nicht für alle Einkommensgruppen, in bestimmter Weise zu übernehmen und daraus einen neuen Gemeinsinn zu entwickeln, auch wenn sie nicht zum berühmten „Speckgürtel" gehören. Und diese zu übernehmenden Funktionen sollten durchweg im Bereich der Humandienstleistungen, im Gesundheitswesen, in der Altenversorgung, in der Freizeit für Jugendliche oder im Bildungswesen liegen, um so Anschluss an die neue, postmoderne Dienstleitungskultur zu finden.[6] Diese Anbindung sollten nicht durch einzelne Großeinrichtungen, also nicht etwa durch die Verlagerung von Großkrankenhäusern oder Pflegeheimen ins Umland erfüllt werden, sondern nach Möglichkeit durch viele kleine Einrichtungen, um selbst in Teilfeldern der Humandienstleistungen Heterogenität zu erreichen. Das Beispiel von Kyritz mit einem Projekt des gemeinschaftlichen Wohnens für Ältere könnte hier als exemplarisch gelten und wäre weiter zu entwickeln, z.B. durch die Verbindung solcher Projekte mit Beratungseinrichtungen, die weiteres Interesse an derartigen Entwicklungen wecken können.

Vermutlich kann nur der Erfolg solcher Projekte den Städten Selbstbewusstsein und Selbstwertgefühl als Basis lokaler Identifikation und nachbarschaftlicher Beziehungen vermitteln. Rein symbolische Aktionen sollten demgegenüber allein wegen ihres inflationären Einsatzes, der sie bestenfalls als belanglos, schlimmstenfalls als zynisch erscheinen lassen muss, nach Möglichkeit vermieden werden. Alle vorliegenden Untersuchungen zu kleinen Städten in den Schrumpfungsregionen der neuen Bundesländer, besonders der norddeut-

Stärkung lokaler Identität: Eröffnung der Ausstellung WendePunkte in Doberlug-Kirchhain im Jahr 2009. Foto: Marion Bütow, Senzig.

schen, legen recht unmissverständlich nahe, dass deren Einwohner durchaus zu realistischen Einschätzungen ihrer Lage fähig sind und hoch komplexe Arrangements treffen, um respektabel in einer „Überlebensgesellschaft" zurecht zu kommen. An belanglosen Spielereien dürfte kaum ein Interesse bestehen. Die Abkehr von der industriekulturell geprägten Vorstellung, dass nur große Maßnahmen zum Erfolg führen können, die Anerkennung kleinteiliger Aktionen als möglicherweise sinnvoller, wird allein schon als Bruch wahrgenommen werden und erheblicher Gewöhnungen bedürfen. Dass spielerischen Aktionen in einer „arbeiterlichen Kultur", wie sie in den neuen Bundesländern besonders des Nordens noch immer bestimmend ist, mit großen Sympathien begegnet wird, ist höchst unwahrscheinlich. An die Stelle von mehr oder weniger leeren Verweisen auf die Geschichte einer Stadt müssen reale Aneignungen dieser Geschichte in dauerhaften, kooperativen Projekten treten, in denen die Einwohner das erleben können, was eine neuere Sozialpolitik als „Selbstwirksamkeit" bezeichnet , die Erfahrung von Kompetenz und Autonomie in der Gestaltung des Lebensumfeldes und der eigenen Biographie.

Historische Stadtkerne
im Land Brandenburg

Unter Nachbarn...

Stadtquartier Klosterhof, Dahme/Mark

Einbahns

Historischer Stadtdiener, Uebigau

Musikalische Jugend, Goethe-Gymnasiums Nauen

Marktplatz, Wittstock/Dosse

Dahme/Mark

Auszeichnung Denkmal des Monats, Wittstock/Dosse

775-Jahrfeier in Perleberg

HOTEL
SCHUHE

Gute Nachbarschaft in der Goethestraße, Nauen

Spree-Chalet in Lübbenau/Spreewald

Bäckerei und Blumenladen, Uebigau

MODEPARTNER SCHMIDT

Dahme/Mark

Perleberg

Sommertheater „Max und Moritz", Beelitz

Weihnachtsmarkt, Lübbenau/Spreewald

Konzert im Klosterhof, Dahme/Mark

775-Jahrfeier in Perleberg

775-Jahrfeier in Perleberg

30

Historische Stadtkerne
im Land Brandenburg

Anhang

Autorenverzeichnis

Dr. Rainer Baatz, Dipl.-Volkswirt, Stadtplaner. 1984–1989 wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Technischen Universität Berlin, 1989–1991 Projektleiter beim Sanierungsträger Wohnstatt GmbH, Berlin. Seit 1991 Geschäftsführer des Sanierungs- und Entwicklungsträgers Stadtkontor Gesellschaft für behutsame Stadtentwicklung mbH in Potsdam.

Dr. Julia Binder, studierte Kulturwissenschaft, Romanistik und Journalismus in Bremen und Buenos Aires. 2014 Promotion an der Humboldt-Universität Berlin. Ihre Forschungsschwerpunkte bilden u.a. das Kulturerbe, die Raum- und Gedächtnistheorie sowie die vergleichende Stadtforschung.

Bettina Brandt, Projektleiterin bei der DSK mbH und Co.KG, die seit über 20 Jahren als Sanierungsträger für die Stadt Lübbenau/Spreewald tätig ist. Als ausgebildete Stadt- und Regionalplanerin betreut sie die Stadt seit 1993.

Christopher Brandt, Studium der Geschichte, der Germanistik und der Politischen Bildung an der Universität Potsdam, Studium der Wirtschaftswissenschaften an der Humboldt Universität zu Berlin. Tätigkeit im brandenburgischen Schuldienst, Koordinator für Abitur-Online an der Kleist-Schule Potsdam. Lehrbeauftragter an der Professur für die Didaktik der Geschichte an der Universität Potsdam.

Dr. Sascha Bütow, Studium der Geschichte, Germanistik und Philosophie an der Universität Potsdam. 2014 Promotion. Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Historischen Institut der Universität Potsdam. In dieser Tätigkeit Arbeiten an verschiedenen Ausstellungen u.a. in Beeskow, Doberlug-Kirchhain und Peitz. Forschungen zu Themen der Stadt- und Verkehrsgeschichte sowie zur brandenburgischen und vergleichenden Landesgeschichte.

Elfi Czaika, Stadtplanerin. Studium an der Hochschule für Architektur und Bauwesen (HAB) Weimar. 1980 Diplom. 1990 Gründung der Planungsgruppe WERKSTADT in Berlin. Seit 1991 Sanierungsplanung für die Stadt Bad Belzig.

Marlies Donath, Dipl.-Ingenieurin. 1974 bis 1978 Studium an der Ingenieurhochschule Cottbus. Heute freiberuflich tätig als Bauingenieur vor allem im Bereich des besonderen Städtebaurechts. Mitglied der Brandenburgischen Ingenieurkammer.

Hathumar Drost, Dipl.-Pädagoge. Studium und parallel praktische Tätigkeiten in den Bereichen Sozialarbeit sowie Stadt- und Regionalplanung. Seit 1991 geschäftsführender Gesellschafter der complan Kommunalberatung GmbH, Potsdam. Seit 2003 Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft »Städte mit historischen Stadtkernen« des Landes Brandenburg und seit 2008 Leiter der Bundestransferstelle Städtebaulicher Denkmalschutz.

Brigitte Faber-Schmidt, Dipl.-Pädagogin. Seit Mai 2002 Vorstandsvorsitzende und Geschäftsführerin des Kulturland Brandenburg e.V. Nach dessen Zusammengehen mit dem Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte seit Januar 2014 neben Dr. Kurt Winkler Geschäftsführerin der Brandenburgischen Gesellschaft für Kultur und Geschichte gGmbH (BKG) Kulturland Brandenburg.

Prof. Dr. Monika Fenn, Studium der Geschichte an der Universität Würzburg, 1./2. Staatsexamen für das Lehramt, 10 Jahre Schuldienst, Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität München, seit 2012 Professorin für die Didaktik der Geschichte am Historischen Institut der Universität Potsdam. Neben empirischer Forschung bilden u.a. das Identitätskonstrukt „Heimat", das Historische Lernen im Archiv sowie „Public History" Schwerpunkte ihrer Forschung.

Dr. Albrecht Göschel, Dr. Albrecht Göschel, Dipl.-Ingenieur. Studium der Architektur und Stadtplanung an den Universitäten Hannover (Tu) und Berlin (Tu), der Soziologie und Sozialpolitik an der University of Essex. 1980 Promotion (Soziologie) an der Universität Bremen. War von 1987 bis 2006 wissenschaflicher Mitarbeiter/ Projektleiter am Deutschen Institut für Urbanistik in Berlin, zuletzt u. a. Projektleiter zum Forschungsverbund „Stadt 2030" des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft. Forschungen u.a. zur kommunalen Kultur- und Sozialpolitik, dem Wertewandel, der Generationenfolge, Stadtschrumpfung und zur Zukunft der Stadt.

Prof. Dr. Heinz-Dieter Heimann, 1981 Promotion, 1988 Habilitation. Seit 1994 Inhaber der Professur für Geschichte des Mittelalters der Universität Potsdam. Forscht u.a. zur historischen Kommunikationspraxis, deutschen Territorialgeschichte sowie westfälischen und brandenburgischen Landesgeschichte.

Markus Hennen, Dipl.-Volkswirt, Geschäftsführer der Bruckenbauer & Hennen GmbH, Jüterbog. Arbeitsschwerpunkte Stadtentwicklung, Sanierung und Konversion. Unter anderem Sanierungsbeauftragter der Stadt Wittstock/Dosse. Fachliche Begleitung und Unterstützung des Forums für Konversion und Stadtentwicklung (FOKUS) und des Konversionssommers im Land Brandenburg.

Michael Knape, Bürgermeister der Stadt Treuenbrietzen seit 2002 und Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft „Städte mit historischen Stadtkernen" des Landes Brandenburg seit 2008.

Rainer Lehmann, Studium an der Technischen Universität Dresden. 1974 bis 1990 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Städtebau und Architektur der Bauakademie der DDR. 1991 bis 1998 Projektleiter der EWS Planungs- und Entwicklungsgesellschaft für Wohnungsbau und Stadterneuerung mbH. Seit 1999 Geschäftsführer der ews Stadtsanierungsgesellschaft mbH.

Dr. Joachim Müller, Studium der Kunstgeschichte, Klassischen Archäologie und Geschichte in Würzburg und Köln. 1992 Promotion. Seit 1993 Mitarbeiter der Stadt Brandenburg, FG Denkmalschutz.

Hans-Joachim Stricker, Dipl.-Ingenieur, Stadt- und Regionalplanung. Seit 1995 im MSWV bzw. MIR und heute Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft des Landes Brandenburg, Referat 22, Bautechnik, Energie, Bau- und Stadtkultur.

Quellennachweis

S. 18–23
Heinz-Dieter Heimann

Wir alle sind Nachbarn? Soziale Beziehungen im Wandel der historischen Stadt und Nachbarschaften

- Bertels, Lothar: Gemeinschaftsformen in der modernen Stadt. Opladen 1990.
- Bollnow, Otto Friedrich: Mensch und Raum. 11. Aufl. Stuttgart 2011.
- Erler, Adalbert/Kaufmann, Ekkehard/Stammler, Wolfgang Friedrich (Hg.): Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte. Bd. 3 List bis Protonotar. Berlin 1984.
- Häußermann, Hartmut/Siebel, Walter: Soziologie des Wohnens. Weinheim 2000.
- Krabbe, Wolfgang R.: Die deutsche Stadt im 19. und 20. Jahrhundert. Göttingen 1989.
- Schulze, Hans K. (Hg.): Städtisches Um- und Hinterland in vorindustrieller Zeit. Köln/Wien 1985.
- Weichhart, Peter: Raumbezogene Identität. Stuttgart 1990.
- Schlaffer, Hannelore: Die City. Straßenleben in der geplanten Stadt. Opladen 2013.

S. 28–35
Joachim Müller

Neue Nachbarn: Historische Aspekte von Nachbarschaft in Brandenburg an der Havel

- Bodenschatz, Harald/Seifert, Carsten: Stadtbaukunst in Brandenburg an der Havel. Vom Mittelalter bis zur Gegenwart. Berlin 1992.
- Müller, Joachim: Brandenburg an der Havel. Die Siedlungstopografie 1100 bis 1400. In: Müller, Joachim/Neitmann, Klaus/Schopper, Franz (Hg.): Wie die Mark entstand. 850 Jahre Mark Brandenburg. Wünsdorf 2009, S. 79–100.
- Niemeyer, Wolfgang: Deutsche und Slawen als Nachbarn. Die Siedlungen vor und nach dem Beginn der askanischen Herrschaft über Brandenburg. In: Archäologischer Kontext und soziale Interpretation. Mitteilungen der Deutschen Gesellschaft für Archäologie des Mittelalters und der Neuzeit. Nr. 25 (2013), S. 31–42.
- Schich, Winfried: Zur Genese der Stadtanlage der Altstadt und Neustadt Brandenburg. In: Schich, Winfried (Hg.): Beiträge zur Entstehung und Entwicklung der Stadt Brandenburg im Mittelalter. Berlin/New York 1993, S. 51–96.
- Tschirch, Otto: Geschichte der Chur- und Hauptstadt Brandenburg/Havel. Festschrift zur 1000-Jahrfeier. Bd. 1,2. Brandenburg an der Havel. 1928/1929.

S. 36–37
Markus Hennen

Gelebte Nachbarschaft Der Wittstocker Markt, die gute Stube der Stadt

- Abrolat, Volker/Wendler, Lars: Vortrag „Mittelalterliche Marktplatzbebauung wiederentdeckt – Einige Aspekte zur archäologischen Dokumentation“, gehalten am 20. Juni 2014 in Wittstock anlässlich der Verleihung Denkmal des Monats.
- Brauer, Olaf/Wendler, Lars: Der mittelalterliche Marktplatz in Wittstock/Dosse – Eine vorläufige archäologische Bestandsaufnahme (Faltblatt zur Bürgerinformation), o. J.
- Dost, Wolfgang: Wittstock, Deutschlands drittgrößte Stadt. Horb am Neckar 2011.
- Hennen, Markus: „Mittendrin“ - Wittstock/Dosse 20 Jahre nach der politischen Wende 1989. Beiträge zur Stadtsanierung und Stadtentwicklung 1989–2009. Wittstock/Dosse 2009.
- Polthier, Wilhelm: Geschichte der Stadt Wittstock. Berlin 1933.
- Vogel, Werner (Hrsg.): Das Wittstocker Häuserbuch (= Veröffentlichungen aus den Archiven Preussischer Kulturbesitz. Bd. 46. Hrsg. v. Jürgen Kloosterhuis und Iselin Gundermann). Köln/Weimar/Wien 1998.

S. 38–43
Marlies Donath

Die „Noppern" in Luckau Nachbargemeinschaften mit Tradition

1 Bütow, Sascha: Ausstellungstext: Von Sando bis zum Töpferende – Alte und neue Nachbarschaften im historischen Stadtkern von Luckau", Luckau 2014.
2 Vgl. Vetter, Julius/Petersen, Adolf: Chronik der Stadt Luckau im Markgraftum Niederlausitz. Luckau 1904.
3 Vgl. Ceglarek, Petra: Die Luckauer Noppern – Nachbarschaftshilfe mit Tradition. Luckau 1997, S. 9–11.
4 Vgl. Tucek, Helga: Luckau – Ein historischer Rundgang. Horb am Neckar 1992.
5 Lehmann, Rudolf: Die Urkunden des Luckauer Stadtarchivs in Regesten. Berlin 1958, Nr. 342, S. 190f.
6 Vgl. ebd.
7 Vgl. Redlich, Friedrich: Herkunftsnamen des 16. Jahrhunderts in Luckau. Eine demographische und namenkundliche Studie. In: Onomastica Slavogermanica. Bd. 3 (1967), S. 59–76, hier S. 60.
8 Vgl. Rietze, Ernst: Traditionen werden weiter gepflegt: Über die Nachbargemeinschaften (Noppern) der Vorstädte Luckaus. In: Luckauer Heimatkalender Jg. 30 (1998), S. 62–65.

S. 46–51
Elfi Czaika

100 Jahre Sandberg in Belzig

1 Die Textinhalte wurden in Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung Bad Belzig, der Geschichtswerkstatt Belzig e.V., der Ortschronistin Helga Kästner (Bad Belzig), Hr. Dr. phil. Matthias Helle (Fredersdorf), Fr. Ines Baptist (ev. Kirchengemeinde St. Marien Hoher Fläming Bad Belzig) und Hr. Prof. Dr. Heinz-Dieter Heimann (Universität Potsdam) erarbeitet. Besonders hingewiesen werden soll hier auf die Publikation Geschichtswerkstatt Belzig e.V. (Hrsg.): Geschichten aus dem alten Dorf Sandberg. 3 Bde. Berlin 2009–2010.
2 suburbium = Siedlung, die einer Burg vorgelagert war.
3 oppidum = kleine stadtähnliche Siedlung mit Marktfunktion.
4 Vgl. Kästner, Helga/Kästner, Günter: Chronik von Bad Belzig 1910 bis 1921. Berlin 2012.

S. 54–57
Sascha Bütow

Vielheit statt Einheit: Nachbarschaften im historischen Stadtkern von Beeskow

1 Riedel, Adolf Friedrich (Hg.): Codex Diplomaticus Brandenburgensis (= CDB). Reihe B. Bd. 1. Berlin 1843, Nr. CCCCLXXII, S. 389.
2 Schumann, Dirk: Burg Beeskow (= Schlösser und Gärten der Mark). 2. Aufl. Berlin 2006, S. 8.
3 Brandenburgisches Landeshauptarchiv (= BLHA) Rep 8. Beeskow, Nr. 10, fol. 2–3, hier fol. 2.
4 CDB. Reihe A. Bd. 20. Berlin 1861, Nr. III, S. 342.
5 Ebenda, Nr. CXLI, S. 514.
6 BLHA Rep 8. Beeskow, Nr. 10, fol. 4.
7 CDB. Reihe A. Bd. 20. Berlin 1861, Nr. CXXXIII, S.465–488, hier S.467.
8 Vgl. Buchwald, Gustav v.: Regesten aus den Fischerei-Urkunden der Mark Brandenburg 1150–1710. Berlin 1903, Nr. 520, S. 86.
9 CDB. Reihe A. Bd. 20. Berlin 1861, Nr. XCII, S. 418–419, hier S. 419.
10 Vgl. Koldrack, Klaus: Der Beeskower Kietz (= Beeskower Heimathefte 3). Beeskow 2001, S. 13. »

Quellennachweis

Fortsetzung S. 54–57
Vielheit statt Einheit: Nachbarschaften im historischen Stadtkern von Beeskow

[11] Ausführlich zur Geschichte der Vorstadt, seiner Bewohner und deren Beziehung zur Stadt Beeskow vgl. Bütow, Sascha: »… ohne uns hierüber zu fragen, [mussten wir] Städter werden …«. Zur Bildung mittelalterlicher Vorstädte im Umfeld stadtnaher Siedlungen unter besonderer Berücksichtigung von Beispielen aus Brandenburg und der Niederlausitz. In: Das Mittelalter endet gestern. Beiträge zur Landes-, Kultur- und Ordensgeschichte Heinz-Dieter Heimann zum 65. Geburtstag. Hrsg. v. Sascha Bütow/Peter Riedel/Uwe Tresp. Berlin 2014, S. 23–49.

[12] BLHA Rep. 8 Beeskow, Nr. 73, fol. 3.

[13] Ebenda.

[14] Vgl. hierzu Bütow, Sascha: »Vom König neu gestaltet – vom Magistrat treu verwaltet«. Stadtumbau und Herrschaft in Beeskow während des 18. Jahrhunderts. In: König Macht Stadt. Preußens und andere Einflüsse auf die historischen Stadtkerne im Land Brandenburg. Hrsg. v. d. Arbeitsgemeinschaft „Städte mit historischen Stadtkernen" des Landes Brandenburg. Potsdam 2012, S. 32–41.

[15] BLHA Rep. 8 Beeskow, Nr. 443, fol. 2.

[16] BLHA Rep. 8 Beeskow, Nr. 504, fol. 3.

[17] Ebenda, fol. 4.

S. 66-73
Rainer Lehmann

Alte Nachbarhäuser – neue Hausnachbarn

- Chronik der Stadt Kyritz, Fragment unveröffentlichtes Manuskript, undatiert – Kulturstandort Klosterviertel Kyritz. Hrsg. v. d. Stadt Kyritz. Kyritz 2008.

[1] Kyritz Neubau Wohnhaus Johann-Sebastian-Bach-Straße 5, Archäologische Begleitung, Archäologischer Bericht Archäologie-Agentur Dr. Dittrich & Geßner GbR Berlin, BLDAM PRH 2011, 132, S. 7.

[2] Grundbücher von Kyritz, Brandenburgisches Landeshauptarchiv Potsdam, bearb. v. Historischen Heimatverein Kyritz und die Ostprignitz e.V., Dorte Schmeissner, unveröffentlichtes Manuskript Kyritz 2014.

[3] Ebenda.

[4] Landkreis Ostprignitz-Ruppin, Amt zur Reglung offener Vermögensfragen, Außenstelle Kyritz, Teilbescheid, Begründung S. 3 [08.07.1997].

S. 76-79
Monika Fenn/Christopher Brandt

»Time-Travel-Treasures« Eine Mobile-Learning-App zur Erkundung des historischen Altlandsberg

[1] Vgl. zu den Vorzügen und Formen des Lernens am historischen Ort Schreiber, Waltraud: Geschichte lernen an historischen Stätten, in: Schreiber, Waltraud (Hg.): Erste Begegnungen mit Geschichte. Grundlage historischen Lernens, 2. Aufl. Neuried 2004, S. 629–646; Baumgärtner, Ulrich: Historische Orte. Basisartikel, in: Geschichte lernen 19 (2005), H. 106, S. 12–18.

[2] Vgl. Freytag, Gustav: Die Technik des Dramas, Leipzig 1863, Neuausgabe Berlin 2003, S. 92–120.

S. 82–93
Albrecht Göschel

Nachbarschaft in kleinen Städten Brandenburgs
Zur alltäglichen Bewältigung eines historischen Umbruchs

1 Mit Ausnahme der wenigen Städte im Einzugsbereich von Berlin sind alle brandenburgischen Städte mit historischen Stadtkernen von gravierenden Einwohnerverlusten betroffen, wie in weitgehender Übereinstimmung alle verfügbaren Prognosen, sei es des Landes Brandenburg, sei es der Bertelsmann-Stiftung unmissverständlich zeigen. Schrumpfung ist also die Bedingung, von der alle Überlegungen über die Zukunft dieser Städte auszugehen haben.

2 Um den Beitrag nicht zu überladen, wird auf detaillierte und ausführliche Quellenverweise verzichtet. Als sehr aufschlussreich über das Leben in der Schrumpfung sollen jedoch die Publikationen aus dem „Wittenberge-Projekt" von 1907/1908 erwähnt werden, denen dieser Beitrag entscheidende Anregungen verdankt: Heinz Bude/Thomas Medicus/Andreas Willisch (Hg.): Überleben im Umbruch. Am Beispiel Wittenberge: Ansichten einer fragmentierten Gesellschaft, Hamburg 2011; Andreas Willisch (Hg.): Wittenberge ist überall. Überleben in einer schrumpfenden Region, Berlin 2012.

3 Dass dieser Eindruck nicht ganz falsch ist, zeigen alle Befunde zu Abwanderungen in den neuen Bundesländern. Immer sind es die Qualifizierten, die Jungen und Beweglichen, die sich zum Weggang entschließen. Besonders trifft das für jüngere, gut ausgebildete Frauen zu, die am ehesten geneigt sind, einer maskulin geprägten Industriekultur den Rücken zu kehren, vor allem dann, wenn sie einen Lebenspartner suchen, der nach Möglichkeit nicht dieser Kultur entstammen soll und daher vorwiegend im Westen zu finden sein dürfte. Vgl. die zahlreichen Studien des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung, z.B.: Not am Mann. Vom Helden der Arbeit zur neuen Unterschicht? Lebenslagen junger Erwachsener in wirtschaftlichen Abstiegsregionen der neuen Bundesländer, Berlin 2007.

4 Als eine der eindrucksvollsten neueren Studien zur Ausgrenzung vgl. Heinz Bude: Die Ausgeschlossenen. Das Ende vom Traum einer gerechten Gesellschaft. Bonn 2008.

5 Marc Augé: Orte und Nicht-Orte. Vorüberlegungen zu einer Ethnologie der Einsamkeit, Frankfurt/M 1994.

6 Diese Konzentration auf Humandienstleistungen gilt zweifellos nicht absolut. Stellenweise bieten sich in den neuen Bundesländern auch Projekte moderner Industrialisierung geradezu an, werden aber offenbar von einer offiziellen Politik, die nach wie industriellen Entwicklungsvorstellungen verpflichtet ist, nicht hinreichend genutzt. So kann die Prignitz; in der mehrere Städte mit historischen Stadtkernen liegen, energetisch zu den modernsten Regionen Deutschlands gerechnet werden. Über drei Viertel der in der Region verbrauchten Energie werden nicht nur in der Region, sondern auch als erneuerbare Energie erzeugt, ohne dass diese Leistung größere Auswirkungen auf das Selbstbewusstsein der Region oder ihrer Städte zu haben scheint. Solche Ergebnisse aber sind es, auf denen lokale Identität aufbauen könnte, um eine Erneuerung von Empathie und Solidarität zu erneuern, die die Bedingungen dann auch für Nachbarschaft darstellen. Vgl. zu diesem Potential der Region Andreas Willisch: Dimensionen des Umbruchs. Der lange Weg zum schnellen Absturz und die Suche nach neuen Überlebensformen, in: Ders. (Hg.) Wittenberge (wie Anm. 2), hier S. 29.

Impressum

Förderer
Das Projekt wurde im Rahmen des Themenjahres Kulturland Brandenburg 2014 „PREUSSEN – SACHSEN – BRANDENBURG. nachbarschaften im wandel" entwickelt und durch das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur sowie das Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft des Landes Brandenburg gefördert.

Mit freundlicher Unterstützung der brandenburgischen Sparkassen.
Mit freundlicher Unterstützung der Investitionsbank des Landes Brandenburg.

LAND BRANDENBURG

für Brandenburg

Investitionsbank des Landes Brandenburg ILB

In Kooperation mit der Universität Potsdam,
Historisches Institut der Philosophischen Fakultät.

Universität Potsdam

Herausgeber
Arbeitsgemeinschaft »Städte mit historischen Stadtkernen« des Landes Brandenburg
Geschäftsstelle c/o complan Kommunalberatung GmbH
Voltaireweg 4 · 14469 Potsdam
Telefon (0331) 201 51 20
Fax (0331) 201 51 11
E-Mail: info@ag-historische-stadtkerne.de
Internet: www.ag-historische-stadtkerne.de

Inhaltliches Konzept und Redaktion
complan Kommunalberatung GmbH, Potsdam
Sascha Bütow, Universität Potsdam

Bildnachweis
Fotos des Kapitels „Unter Nachbarn…" (S. 96–119): Erik-Jan Ouwerkerk.
Alle anderen Nachweise sind in den jeweiligen Bildunterschriften vermerkt.

Grafisches Gesamtkonzept und Gestaltung
Schweiger Design, Potsdam

Druck
Druckerei Arnold, Großbeeren

Auflage
1. Auflage, Dezember 2014

kulturland
brandenburg 2014

PREUSSEN
SACHSEN
BRANDENBURG

nachbarschaften im wandel

ISBN 978-3-00-047888-8

Die Arbeitsgemeinschaft „Städte mit historischen Stadtkernen" des Landes Brandenburg

Die Arbeitsgemeinschaft „Städte mit historischen Stadtkernen" des Landes Brandenburg hat sich bereits 1992 mit ihrer Gründung dazu verpflichtet, das baukulturelle Erbe unserer einmaligen historischen Städte durch behutsame Stadterneuerungsstrategien zu erhalten. Neben dem Erfahrungsaustausch zu Fachfragen der erhaltenden Stadtsanierung besteht die Kernaufgabe der Arbeitsgemeinschaft in der Zusammenarbeit der Mitgliedstädte im Rahmen gemeinsamer Projekte und im fortlaufenden Austausch mit Fachbehörden und Institutionen. Zudem bildet die gemeinsame Interessenvertretung etwa zur finanziellen Unterstützung durch Bund und Land einen wichtigen Arbeitsschwerpunkt. Unterstützt werden die Städte dabei durch das erfolgreiche Bund-Länder-Programm „Städtebaulicher Denkmalschutz".

Im Rahmen einer Fachtagung tauschen sich die Mitgliedsstädte einmal im Jahr mit Vertretern von Ministerien, Landesämtern, Sanierungsträgern und Verbänden zu Fachfragen der Stadterneuerung und Denkmalpflege aus. Die Entwicklung der historischen Stadtkerne im Zeitalter des demographischen Wandels stellt einen zentralen Arbeitsschwerpunkt in der Arbeitsgemeinschaft dar, die auch in den „Leitsätzen zu den Perspektiven der Arbeitsgemeinschaft" nachzulesen sind.

Über Fachfragen der Stadterneuerung hinaus sind die gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit sowie die Qualifizierung des touristischen Marketings sowohl der Arbeitsgemeinschaft als auch in den Mitgliedsstädten wichtige Aktivitäten. Zu nennen sind hier insbesondere die Broschüre „Im Kern einzigartig", die Aktion „Unser Denkmal des Monats" mit dem gleichnamigen Kalender, die Internetseite oder Aktionen wie die „Sommertheatertournee durch die historischen Stadtkerne", der „Historischer Adventskalender" und die „Schaustelle Stadtkern". Dies alles trägt zur Steigerung des Bekanntheitsgrades und zur Identifikation der Stadtbewohner mit den historischen Stadtkernen bei. Seit dem Jahr 2004 beteiligt sich Arbeitsgemeinschaft an den Themenjahren von Kulturland Brandenburg. Hochwertige Ausstellungen und umfassende Begleitprogramme bringen Besuchern und Bewohnern die Bau- und Kulturgeschichte ihrer historischen Stadtkerne näher.

Doch nicht nur in Printmaterialien und in Form von Veranstaltungen und Ausstellungen sind die historischen Stadtkerne im Land Brandenburg präsent. Schon lange weisen die touristischen braunen Hinweisschilder die Besucher entlang der Bundesstraßen und Bundesautobahnen auf diese Zielorte hin. Im historischen Stadtkern angekommen, informiert eine ansprechende Edelstahlstele Besucher und Einwohner zum Sanierungsgebiet „Historischer Stadtkern". Außerdem bietet die Arbeitsgemeinschaft eine Internetplattform für den Verkauf und die Vermietung von Altstadtimmobilien – www.altstadtboerse.de – an. Denn: Menschen, die ein Haus sanieren, ein Eigenheim errichten oder eine Immobilie erwerben, gehen eine dauerhafte Bindung mit ihrer Stadt ein und tragen zur Belebung des historischen Stadtkerns bei.

Wer die kulturelle Vielfalt der brandenburgischen „Städte mit historischen Stadtkernen" per Rad erfahren will, kann zwischen sechs Radrouten wählen. Die sechs Radfernwege „Radrouten Historische Stadtkerne im Land Brandenburg" verbinden von A wie Altlandsberg bis Z wie Ziesar alle 31 historischen Stadtkerne miteinander. Die sechs Radrouten bieten Kultur, attraktive Einkehr- und Übernachtungsmöglichkeiten sowie reizvolle Natur- und Kulturlandschaften. Die sechs Radfernwege lassen sich jeweils als gesamte Route oder auch in Teilabschnitten befahren. Aufgrund der zahlreichen Bahnanbindungen gibt es flexible Ein- und Ausstiegmöglichkeiten. Zwei der Routen wurden im März 2013 vom Allgemeinen Deutschen Fahrrad-Club e. V. (ADFC) mit dem Gütesiegel „ADFC-Qualitätsradroute" klassifiziert: Route 1 wurde mit drei Sternen und Route 2 sogar mit vier Sternen vom ADFC ausgezeichnet.

Gerne sind Sie zu unseren zahlreichen Aktionen in den historischen Stadtkernen eingeladen. Nähere Informationen finden Sie auf unserer Internetseite www.ag-historische-stadtkerne.de.

31 Mitgliedsstädte der Arbeitsgemeinschaft »Städte mit historischen Stadtkernen« des Landes Brandenburg